

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 20

Artikel: 1917 bis 1977 : 60 Jahre sowjetisches System
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094928>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZEITBILD

Sondernummer

Erscheint alle zwei Wochen
18. Jahrgang Nr. 20
Bern, den 5. Oktober 1977

1917 bis 1977

60 Jahre sowjetisches System

Bild: Europäischer Teil der Sowjetunion. Aufnahme aus einem Erdsatelliten. «Unbekannte UdSSR», Frankfurt 1977.

IN DIESER NUMMER

Das Werden

Der Weg zur Macht	2
Bürgerkrieg	
und Kriegskommunismus	4
Gründung der UdSSR	5
Von der NEP zur Kollektivierung	7
Machtkämpfe und Säuberungen	8
Krieg und Kriegsgewinn	9
Die Satelliten	10
Chruschtschow	11
Breschnew	13

Der Stand

Der Staat	14
Die Partei	16
Grundrechte	18
Die Völker	19
Aussenpolitik	20
Landwirtschaft	22
Wirtschaft	23
Militär und Militarisierung	24
Kultur	25
Kirche und Religion	28
Der Standard	29
Opposition	32

Das Werden des Sowjetsystems 1917 – 1977

Am Anfang steht der Mythos. Ein Rückblick auf die Oktoberrevolution von 1917 samt ihren Folgen muss zunächst festhalten, dass es sie nicht gegeben hat. Es gab vielmehr einen revolutionären Putsch, der allerdings Geschichte machte und macht. Ihr sowjetischer Teil ist bei weitem nicht das Ganze. Aber er zeigt am besten, was aus den Hoffnungen auf eine neue Gesellschaft geworden ist. Wie hat sich die sogenannte Oktoberrevolution dort ausgewirkt, wo sie gesiegt hat und in der dritten Generation weiter siegt?

Der Weg zur Macht

Vor 1917 gab es in Russland mehrere Parteien, die revolutionäre Veränderungen nach verschiedenen Vorstellungen und auf verschiedenen Wegen erstrebten. Die Bolschewiken (die späteren Kommunisten) waren keine Partei, sondern bildeten lediglich eine Fraktion innerhalb der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP), bei der allerdings die Sozialdemokraten sozusagen auch nur eine Fraktion stellten, nämlich die Menschewiken.

Lenin bereitete seine führende Rolle im bolschewistischen Flügel im Ausland vor. Kaum war er von seiner sibirischen Deportation (1897–1900) nach Petersburg zurückgekehrt, emigrierte er, wobei er vorerst in Grenznähe blieb und revolutionäres Propagandamaterial nach Russland lieferte. An Geld fehlte es ihm nicht. Er stammte aus einer begüterten Familie und verfügte ferner über so oder anders gemeinte Sympathisantbeiträge, besonders nach der fehlgeschlagenen «bürgerlich-demokratischen» Revolution von 1905 bis 1906, die zum Teil von Intellektuellen aus der «Jeunesse dorée» getragen worden war. So gelangte das legendäre Morosow-Vermögen testamentarisch an die RSDAP insgesamt, doch Lenin — ein tüchtiger Kapitalist im Interesse der antikapitalistischen Sache — sorgte dafür, dass ausschliesslich sein eigener Parteiflügel davon profitierte.

1914 brach der Erste Weltkrieg aus. Die k. u. k. Behörden internierten Lenin, liessen ihn aber dann auf Intervention von Nationalrat Robert Grimm in die Schweiz ausreisen. In dieser Zeit fielen die bisherigen Geldüberweisungen durch seine Freundin Klara Zetkin aus Deutschland aus; Lenin trat 1915/16 in Kontakt mit der Botschaft des Deutschen Reiches und liess sich von ihr eine kleinere finanzielle Unterstützung geben. Den Zentralmächten war ja daran gelegen, Revolution im Feindesland zu fördern.

1917 kam es in Russland zur Februarrevolution, zur Abdankung des Zaren und zur Bildung einer Provisorischen Regierung. Die Bolschewiken, nominell der Diktatur des Proletariats verpflichtet

(die es nie geben sollte), hatten von einer allgemeinen Demokratie nur zu fürchten, schon weil sie entgegen ihrem Namen (Bolschewiken = Mehrheitler) nur einen Bruchteil der Bevölkerung hinter sich wussten. Aber sie hatten sich nunmehr über ihren innen- und aussenpolitischen Kurs zu einigen, der ihrer eigenen Revolution förderlich wäre. Hier bewies Lenin die Qualitäten eines Führers.

*

Lenin und seine Exilanhänger konnten im April 1917 über Deutschland nach Petrograd reisen. Sie sollten und wollten (u. a. mit finanzieller Unterstützung Berlins) ihre neue Revolution an Ort und Stelle vorbereiten und mit den Zentralmächten einen Sonderfrieden abschliessen.

Unmittelbar vor Lenins Ankunft am 16. April 1917 hatte das bolschewistische Zentralkomitee in Petrograd einen dreifachen Beschluss gefasst: Verschiebung der Revolution auf später, Unterstützung der Provisorischen Regierung und Fort-

setzung des Krieges. Unmittelbar nach seiner Ankunft verabschiedete es ein Programm, das allen drei Punkten frontal widersprach.

(Uebrigens: Das «Leninsche Prinzip des Demokratischen Zentralismus» sieht vor, dass ein einmal gefällter Mehrheitsentscheid von der Minderheit übernommen werden muss und nicht erneut zur Debatte gestellt werden darf.)

Die RSDAP, ohnehin nicht viel mehr als eine Dachorganisation, zerbrach in der Folge vollends; bis zum Sommer 1917 war die Trennung in eine menschewistische und eine bolschewistische Partei vollzogen.

Seit seiner Rückkehr nach Russland hatte sich Lenin bemüht, seiner Fraktion eine Stimme und einen Stosstrupp zu geben. Mit Vorrang widmete er sich einerseits dem Aufbau einer eigenen bolschewistischen Presse und andererseits der Gründung der Roten Garden, die hauptsächlich von Jungintellektuellen und Jungarbeitern bemannt waren.

Thematische ZeitBild-Nummern

Diese Ausgabe gehört zu den ZeitBild-Nummern, die ausschliesslich oder überwiegend einem bestimmten Thema gewidmet sind. Sie können von Interesse für Personen und Institutionen sein, die sich mit der jeweiligen Problematik beschäftigen oder auch mit der Frage, wie sich eine hier generell empfundene Problematik in der alternativen Gesellschaftsordnung ausnimmt.

Wir weisen hier auf folgende Nummern hin, die bei unterschiedlichen Vorräten noch lieferbar sind:

● ZB, Nr. 2/1972: «Pille oder Messer?» Schwangerschaftsunterbrechung in Osteuropa. Das Beispiel einer keineswegs einheitlichen Theorie und Praxis.

● ZB, Nr. 19/1972: «An alle: Seid Soldaten!» Die Militarisierung von Jugend und Gesellschaft im Sowjetlager.

● ZB, Nr. 21/1973: «Leitest du den Betrieb?» Mitsprache und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der UdSSR und in Osteuropa.

● ZB, Nr. 1/1974: «Band oder Fessel?» Die Rolle der Gewerkschaften in den kommunistisch regierten Ländern.

● ZB, Nr. 21/1974: «Neue Menschen?» Die Erziehung zum neuen Menschen in der Sowjetunion und in Osteuropa.

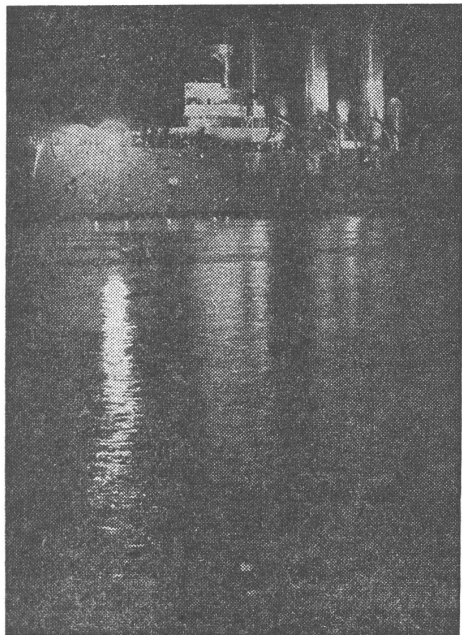
● ZB, Nr. 21/1975: «Krieg im Frieden». Die Dialektik von Krieg, Frieden und Revolution.

● ZB, Nr. 19/1976: «Wohin der Marsch?» Das Verhältnis von Moskau zum Eurokommunismus.

Der Stückpreis für Einzelnummern beträgt Fr. 2.—. Bei grösseren (auch gemischten) Bestellungen reduziert sich der Preis: Fr. 1.— (10–45 Exemplare), Fr. .70 (50–99), Fr. .50 (100–500).

Bestellungen nimmt entgegen die ZeitBild-Administration, CH-3000 Bern 6.

Administration ZeitBild



Der Panzerkreuzer «Aurora». Die Mannschaft jenes Schiffes gab am 7. November 1917 dem Putsch in Petrograd seinen militärischen Erfolg.



Lenin bei einer Parade.

Sein gleichzeitiger Werbefeldzug für einen Separatfrieden stützte sich auf schon vorhandene Träger: die Soldatenräte oder Soldatenkomitees in vielen Einheiten. Der Erfolg bei der kriegsmüden und disziplinfeindlichen Truppe war beträchtlich.

Die eigentliche politische Parole Lenins lautete: «Alle Macht den Sowjets» (den Räten). Aber er selbst befolgte sie höchstens bis Ende Juni 1917. Denn die ersten Wahlen in die Sowjetkongresse verliefen ungünstig für ihn. Obwohl dabei schon selektiv nur die leitenden Gremien der sogenannten Linksrevolutionäre bestellt wurden. Zum Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte im Juni waren auf 1090 Delegierte nur 105 Bolschewiken gewählt worden (und erst noch mehrheitlich Soldaten, die sich bloss die Friedensforderungen zu

eigen machten); beim Bauernsowjet (zu dessen Kongress Lenin eine programmatische Rede hielt) war der Prozentsatz noch kleiner.

Also wollte es Lenin lieber nicht auf die Macht der Räte ankommen lassen. Er gab die Losung zur sofortigen Revolution aus. Der Versuch scheiterte im Juli 1917.

Lenin flüchtete jetzt Richtung Finnland, aber mehr deshalb, weil die Behörden von den deutschen Geldern erfahren hatten. Sonst suchte die Provisorische Regierung ihre verschworenen Feinde durch Nachgiebigkeit milde zu stimmen und zog es vor, ihren Mut gegenüber weniger gefährlichen Kräften zu beweisen.

Der gewaltsame Umsturz war nach wie vor beschlossen. Ihn organisatorisch vorzubereiten, war weitgehend die Sache Trotzkijs. Zum Zeitpunkt bestimmte man den 25. Oktober (nach dem Julianischen Kalender; d. h. den 7. November in moderner Datierung), weil man dem zweiten Sowjetkongress zuvorkommen wollte, der auf den 26. Oktober einberufen war.

Und so fand dann an diesem Tag die durchaus legendäre Grosse Oktoberrevolution statt. Ihr Kernstück war der «Sturm auf das Winterpalais» von Petrograd, in dem die Provisorische Regierung tagte. Technisch betrachtet war es eindeutig ein Putsch. Und nicht einmal gegen das schon längst erledigte Ancien régime, sondern gegen den ersten Versuch einer demokratischen Alternative dazu.

Der Versuch war allerdings zu schwach gewesen. Zu schwach für die Demokratie und viel zu schwach für ihre Behauptung.

Den Staatsstreich führten 150 bis 200 vor allem publizistisch profilierte Bolschewiken durch. Und die «proletarischen Massen» wurden zur Hauptsache von Matrosen des Panzerschiffes «Aurora»

markiert, welche die Schiffsgeschütze in einer militärischen Drohgebärde auf den Regierungssitz richteten. Selbst diese Seeleute waren übrigens fast alle Anarchisten. Sie liessen sich immerhin freiwillig von den Bolschewiken einsetzen, die ihrem Hass auf die Anarchisten erst später vernichtenden Ausdruck geben sollten.

Hier zeigte sich erstmals in der Geschichte die Kraft des elitären Volksvertretungsanspruches: Eine Weltmacht mit 161 Millionen Einwohnern konnte durch diese winzige Gruppe via Anarchie und Terror zur Diktatur gebracht werden.

Lenin wollte am nächsten Tag seine Machtübernahme durch den Sowjetkongress bestätigen lassen. Die Mehrheit der Delegierten verliess jedoch das «Parlament» (das schon nur aus Parteiwahlen der revolutionären Linken zustande gekommen war), das somit beschlussunfähig wurde. Die kleine Minderheit der Bolschewiken und linken Sozialrevolutionäre kümmerte sich allerdings nicht weiter um die nach ihren eigenen Kriterien fehlende Legalität. Sie bildete von sich aus eine Revolutionsregierung, den Rat der Volkskommisars, unter Lenins Präsidium.

Auf Druck der revolutionären Kräfte im ganzen Land liess Lenin dann noch die Wahl zu einer Verfassungsgebenden Versammlung zu. Die Niederlage war eklatant. Obwohl seine Partei im Besitz der Macht das Wahlrecht in ihrem Sinn einschränken liess und ihre Möglichkeiten zu Einschüchterung und Terror voll ausnutzte, erhielt sie nur ein Viertel der Stimmen, und dementsprechend weigerte sich die frischgewählte Konstituante am 5. Januar 1918, die «Revolution» anzuerkennen. Da liess Lenin die Versammlung mit Gewalt auseinanderjagen. Damit hatte die Berücksichtigung der Wählerbasis ihr definitives Ende gefunden.



Lenins Ankunft in Russland. Ein nicht ganz zeitgenössisches Gemälde, weil sich Stalin hinter Lenin darstellen liess, obwohl er nicht dabei war.

Bürgerkrieg und Kriegskommunismus

Die ersten Schritte der Bolschewiken nach ihrer Machtergreifung waren programmatisch wichtig. Sie umfassten:

- Das Dekret über den Frieden. In dieser Hinsicht hielt Lenin sein Wort.
- Die Liquidierung der «feindlichen» Presse.
- Die Bildung der Ausserordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution (Tscheka). Damit war der Staatssicherheitsdienst geschaffen, der dann unter verschiedenen Namen ausgebaut wurde bis zum heutigen KGB, dessen Mitglieder man umgangssprachlich immer noch «Tscheken» nennt. Er machte es zum tödlichen Risiko, gegen die herrschende Macht zu sein, und sicherte sie damit entscheidend ab.
- Die «Deklaration über die Rechte der Völker Russlands». Sie anerkannte nationalstaatliche Selbstbestimmung, die dann wieder aufgehoben wurde, sobald das Moskauer Zentrum dafür genügend stark war. Inzwischen eignete sie sich dazu, die Unabhängigkeitsbedürfnisse der Minderheiten im Interesse der Partei wirken zu lassen.
- Verstaatlichung der «grundlegenden Produktionsmittel» (oder zunächst die Vorbereitung dazu), um die «wirtschaftliche Grundlage» zum Sozialismus zu schaffen.
- Die Bildung der Roten Armee.

Diese Armee, gut zwei Monate nach der «Revolution» gegründet, war das eigentliche Werk von Trotzki. Er baute sie entgegen den ursprünglichen Verheissungen als «Kaderarmee» auf, während Lenin zuvor immer die Milizarmee nach schweizerischem Muster als echte Volksarmee gelobt hatte. Nunmehr löste man auch die Roten Garden und die Soldatenräte auf. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan und waren überflüssig geworden. Die Armee wurde nicht länger «demokratisiert», sondern diszipliniert.

*

Die Armee wurde in Etappen, die einander überlappten, für drei Zwecke eingesetzt.

Vorrangig und vorerst als Bürgerkriegsinstrument gegen die «Weisse Armee».

Nach dem Ende des Weltkrieges begann sie zudem gegen die brandneuen Nationalstaaten zu marschieren, um die territoriale Einheit des alten Russland wiederherzustellen.

Schliesslich diente sie dem Export der Revolution; laut eigener Darstellung kam man dabei dem Wunsch der jeweiligen Volksmassen nach. Lenins Truppen waren freilich 1919 nicht imstande, zur Ungarischen oder gar Slowakischen Räterepublik durchzustossen, und 1920 erlitten sie bei Warschau eine Niederlage.

Umgekehrt unternahmen derweil die Entente-Mächte einen allerdings nur halbherzigen Versuch, die alte Ordnung zu retten. Einerseits setzten sie im Norden und Süden Truppen an Land, andererseits gaben sie die Weisung aus, Kollisionen mit der Roten Armee zu vermeiden. So wa-

ren sie gerade präsent genug, um dieser ein Alibi für ihre Kriegführung zu geben (die immer mehr gegen eine unwillige Bevölkerung gerichtet war), blieben aber als Interventionsmacht praktisch eine Schimäre.

Ernsthafter war die Bedrohung durch 60 000 Mann japanischer Truppen, die über die Ostgrenze einmarschierten. Lenin begegnete ihr durch politische Befriedung. Er schuf als Pufferstaat die sog. Fernost-Republik auf der Grundlage von politischem Pluralismus. Worauf die Japaner abzogen. Worauf Lenin die «Republik» erneut der RSFSR einverleibte.

*

Mit vorsorglicher Beschwichtigung bannte man eine weitere Gefahr. China hatte zwischen 1858 und 1900 etwa 1,5 Millionen Quadratkilometer an Russland verloren, und die Aeussere Mongolei (formell eine unabhängige Monarchie) war Einflussgebiet der Zaren geworden. Würden die Chinesen jetzt ihre Ansprüche militärisch unterstreichen? Vorbeugend liess Lenin 1919, als seine Einheiten den Ural überschritten, erklären, der Sowjetstaat gedenke die zaristischen Eroberungen nicht für sich zu beanspruchen. Die betreffenden Territorialverträge zwischen Russland und China seien «ungleiche Verträge» und demzufolge null und nichtig. Sein Volkskommissar für Aussenpolitik wiederholte das 1920 offiziell, und in China quittierte man den Gebietsverzicht mit einem Interventionsverzicht.

*

Der Bürgerkrieg (1918—1921) brachte Hunger und Elend von grösstem Ausmass. Millionen flüchteten aufs Land, um essen zu können. Dazu kam der politische Terror.

Unter dem Kommando von Felix Dserschinskij begann die Tscheka mit den Säuberungen und Liquidierungen. Bei der physischen Vernichtung der Klassenfeinde fing man mit den höheren Schichten an; so wirkte man das Stillhalten der jeweils nächsten Auswahl. Besonders nach 1919 kamen dann auch die ehemaligen Verbündeten an die Reihe, nämlich die Sozialrevolutionäre und Menschewiken, die praktisch ausgerottet wurden.

Auf dem Land führte man nach der Tötung der nicht geflüchteten Grossgrundbesitzer diesen Prozess allerdings etwas umsichtiger. Die Parole «Arme Bauern gegen Kulaken» (Grossbauern) galt nur der politischen Entmachtung der Kulaken, aber noch nicht ihrem Leben, das man als Produktionskapazität einstweilen erhalten wollte. (Ihre systematische Schlachtung erfolgte dann später.)

Anstelle des Handels trat zwischen Stadt und Land der «Warenaustausch». In der Praxis bestand er darin, dass man auf dem Lande alles konfiszierte, was aufzutreiben war, um die Truppen und die Städte zu versorgen. Die Durchführung lag bei Gremien, die den Namen «Komitee zur Bekämpfung der Armut auf dem Dorfe» führten; später übernahm das die Tscheka direkt.

Aus unserem Verlagsprogramm

Mihajlo Mihajlov

Russische Themen

1969, 251 Seiten, Leinen, 22.85

Friedrich Salzmänn

Mit der Freiheit leben

1967, 237 Seiten, Pappband, 16.80

Kampf des Glaubens

Dokumente aus der Sowjetunion. Aus dem Russischen von G. Bruderer. 1967, 142 Seiten, broschiert, 7.80

Peter Parker

Vietnam – wie es wirklich war

Indochina im Kräftefeld der 3 Grossmächte. 1974, 322 Seiten, Paperback, als Manuskript gedruckt, 34.20

Chien-jen Chen

Die Lohnstruktur in der Volksrepublik China

Als Manuskript gedruckt. 1972, 200 Seiten, laminiertes Paperback, 36.–

Laszlo Révész

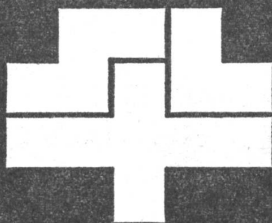
Der osteuropäische Bauer im 17. und 18. Jahrhundert

1964, 311 Seiten, Leinen, 24.80

Erhältlich in jeder Buchhandlung.

Verlag SOI Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

Für alle Bankgeschäfte



Spar + Leihkasse
in Bern

Handels- und Hypothekenbank

Bundesplatz 4 Telefon 031 221351

Gründung der UdSSR

Vorläufer der Sowjetunion als Bundesstaat waren sechs «souveräne» Sowjetrepubliken: die Russische Föderation (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik: RSFSR), die Ukraine, Weissrussland und die drei transkaukasischen Republiken Armenien, Aserbeidschan und Georgien. Das war weniger als der Bestand des zaristischen Russlands. Zum Zeitpunkt der Unionsgründung 1922 fehlten die polnischen Gebiete, das Baltikum, Finnland und Bessarabien.

Die übrigen Gebiete waren bis zur Oktoberrevolution durchaus bereit gewesen, mit Russland weiterhin zusammenzuleben, freilich im Rahmen einer erheblichen nationalen Autonomie. Dann änderte sich die Lage. Unter Berufung auf die schon erwähnte «Deklaration über die Rechte der Völker Russlands» (Recht auf Selbstbestimmung, Trennung und eigene Staatsbildung) entstanden rasch Nationalstaaten mit eigenen Parlamenten und Regierungen.

Nur hatte Lenin die Rechte der Völker nicht deshalb verbrieft, damit sie davon Gebrauch machten, sondern um sich den Goodwill der nationalen Befreier so lange zu sichern, als er darauf angewiesen war. Dann ging er an die Wiedereingliederung, und zwar zumeist nach folgendem Schema: In den betreffenden Ländern oder auch in der sowjetrussischen Nachbarschaft liess er Sektionen der Russländischen Kommunistischen Partei (RKP; so nannten sich mittlerweile die Bolschewiken, nachdem sie sich von den ausgelöschten Menschewiken nicht mehr abzu-

heben brauchten) die Revolution im anvisierten Nationalstaat verkünden und die Rote Armee zu Hilfe rufen. Diese konnte sich dann ihrer «internationalistischen Pflicht» nicht entziehen und kam ins Land. Der weitere Ablauf bis zum Anschluss war damit vorgegeben.

*

In der *Ukraine* wurde der unabhängige Staat (Ukrainische Nationale Republik, UNR) am 20. November 1917 ausgerufen. Die Sympathisanten Lenins verkündeten ihrerseits am 25. Dezember 1917 die Ukrainische Sowjetrepublik, deren erster Feldzug am 29. Januar 1918 in Kiew mit einem Blutbad zu Ende ging, worauf die UNR (24. 1. 1918) ihre bis anhin noch bestehenden föderativen Kontakte zu Russland aufkündigte. Die KP der Ukraine tagte dann im Oktober 1918 ehrlicherweise in Moskau und erklärte dort die Vereinigung von RSFSR und «Sowjetukraine» als gemeinsame Aufgabe im Kampf gegen die ukrainische Konterrevolution. Ende 1918 marschierte die Rote Armee.

Die UNR suchte sich mit einer Bündnispolitik zu retten, die ihre Lage höchstens noch verschlimmerte. Sie hatte schon im Februar 1918 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen, um Hilfe von der Entente zu erhalten. Sie rief weissgardistische Truppen ins Land und musste feststellen, dass deren Kommandant seine Eroberungen für Moskau machte. Schliesslich suchte sie die Allianz mit Polen, was nicht gut ausgehen konnte, weil Polen 1772 Gebiete an die Ukraine verloren hatte und beim ganzen Handel nur darauf bedacht war, sie wiederzukriegen. Deshalb unterzeichnete Warschau am 12. Oktober 1920 lieber einen Waffenstillstand

mit Moskau, bei dem es Territorien der Ukraine und Weissrusslands zurückerhielt. Die verlassenen Ukrainer kämpften bis zum 18. November 1918; dann unterwarfen sie sich oder flüchteten nach Polen.

Aehnlich ging es mit *Weissrussland*. Die Rote Armee wurde im Namen einer fiktiven Weissrussischen Sowjetrepublik ins Land geschickt, die am 25. Dezember 1918 ausgerufen wurde. In Moskau.

In *Bessarabien* blieb schliesslich nur noch die Alternative übrig, nach welcher Seite man sich anschliessen wolle; vor der Oktoberrevolution war man sich weitgehend über einen Autonomiestatus im russländischen Staatsverband einig gewesen.

Aber Ende 1917 marschierten einerseits die Rote Armee und andererseits rumänische Truppen ein. Als Ergebnis entstand eine Moldauische SR, die sich zur RSFSR bekannte, während der nationalstaatliche Teil des Landes in Rumänien eingegliedert wurde. Ein bemerkenswerter Unterschied indessen: die monarchistische Diktatur Rumäniens liess den Anschluss durch eine Volksabstimmung bestätigen, die «Volksmacht» der Sowjets tat nichts dergleichen.

Die *transkaukasischen Republiken* hatten schon im Frühjahr 1918 ihre endgültige Trennung von Russland proklamiert. Nach der Oktoberrevolution wurde das in Moskau feierlich anerkannt. So hiess es im Friedensvertrag vom 7. Mai 1920 mit Georgien: «In Uebereinstimmung mit ihrer Proklamation der freien Selbstbestimmung aller Völker anerkennt die RSFSR bedingungslos die Unabhängigkeit und Souveränität des grusinischen Staates und verzichtet freiwillig auf

Neu im Verlag SOI Bern

Laszlo Révész

Schüler und Lehrer in Osteuropa

Entwicklung des Bildungswesens in der UdSSR; die osteuropäischen Schulen; Schüler und ihre Organisationen; Berufswahl und Berufsberatung; Ausbildung und Weiterbildung der Lehrer. TM 36, 1977, 183 Seiten, broschiert, Fr. 16.20.

Alfred Stucki

Der überforderte Mensch

Uebearbeitete und erweiterte Fassung einer vierteiligen Sendefolge des Schweizer Radios. Bemerkungen zur wirklichen und vermeintlichen Ueberforderung des Menschen. TM 37, 1977, 56 Seiten, broschiert, Fr. 5.80.

Laszlo Révész

Menschenrechte in der UdSSR

Untersuchung über die Menschenrechte in Osteuropa, insbesondere in der Sowjetunion. Theorie und Praxis. TM 38, 1977, 320 Seiten, broschiert, Fr. 19.80.

Erhältlich in jeder Buchhandlung!

Verlag SOI Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

Prospekte
Kataloge
Zeitschriften
Bücher
Geschäftsdrucksachen



W. Steiger
Druck und Verlag AG
Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 412775

Die «treffende Reihe» – für Leute, die viel reden und schreiben

NEU – ist soeben erschienen!



Reinhard v. Normann

Treffend argumentieren

Schlimm wird es, wenn gesagt wird: «Argumente zählen bei uns nicht!» Damit es nicht soweit kommt, gibt es dieses einmalige Nachschlagewerk, das uns zwingt, auch die Argumente des Gegners zu sehen und kennenzulernen.

Unter 500 alphabetisch geordneten Stichwörtern (Streithemen) findet man über 10 000 Denkanstösse (Argumente) und 1000 Zitate.

194 Seiten, gebunden, Fr. 28.–.

Weitere bestbewährte Werke aus der «treffenden Reihe»:

Markus M. Ronner

Die treffende Pointe

Humoristisch-satirische Geistesblitze des 20. Jahrhunderts.
2. Auflage, 332 Seiten, Leinen, Fr. 34.–.

Karl Peltzer

Das treffende Wort

Wörterbuch sinnverwandter Ausdrücke.
16. Auflage, 694 Seiten, Leinen, Fr. 36.80.

Karl Peltzer

Das treffende Zitat

Gedankengut aus drei Jahrtausenden und fünf Kontinenten.
6. Auflage, 886 Seiten, Leinen, Fr. 54.–.

Ferner:

- Karl Peltzer, Treffend verdeutscht
- Karl Peltzer, Der treffende Reim
- Kurt Wortig, Zitate mit Pfiff und Schliif (2 Bände)

Erhältlich in der Buchhandlung SOI
Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6
Telephon 031 43 12 15

alle früheren russischen Rechte.» Im Dezember des gleichen Jahres erfolgte die Invasion. Das Alibi war ein hypothetischer Notruf des Volkes, im Namen der Massen formuliert von einer KP, die zu jenem Zeitpunkt auch offiziell nichts weiter war als eine Sektion der KPR.

Ebenso viele Vertragsbrüche markierten 1921 bis 1924 die Einverleibung der zentralasiatischen Kleinstaaten Buchara und Chiwa in die UdSSR, die unter den Zaren einige Selbständigkeit genossen hatten. Als Buchara bereits in eine «zugewandte» Sowjetrepublik verwandelt, der Moskauer Zentrale aber zu wenig botmässig war, wurde es normalisiert: Die «breschnewsche» Doktrin von der beschränkten Souveränität sozialistischer Staaten hat ihre Vorläufer.

Die Befriedung ging als Blutbad vor sich, denn die Volksmassen aus Fleisch und Blut wehrten sich verzweifelt. Auch in Guerillakriegen der damaligen nationalen Befreiungsbewegungen, die man als konterrevolutionäre Banden ausrottete.

Nach erfolgter Normalisierung löste man das ehemalige Gebiet von Turkestan aus der RSFSR und zerschnitt es in die fünf zentralasiatischen Sowjetrepubliken (Buchara und Chiwa wurden unter mehrere verteilt), um der Wiedererstehung eines einheitlichen Nationalgefühls vorzubeugen.

In den baltischen Staaten war der nationale Widerstand besser organisiert. Deshalb hielt sich Moskau unverhältnismässig lange an seine Verträge von 1920, in denen es die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Estlands, Lettlands und Litauens «für ewige Zeiten» anerkannte. Der Anschluss erfolgte dann erst bei der Beuteteilung zwischen den verbündeten Mächten von Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus.

Hinsichtlich seiner «chinesischen» Territorien blieb Moskau bis 1924 bei seiner Verdammung der zaristisch-imperialistischen Eroberungspolitik und unterzeichnete sogar ein vorläufiges Abkommen über die Rückgabe jener Gebiete (31. 5. 1924). Dann änderte man die Sprachregelung und bezeichnete die «historisch entstandene» Grenze als «heilig und unantastbar».

1921 kam Moskau zu seinem ersten Satelliten. Damals riefen die einhundertundsechzig Mitglieder der Mongolischen Volksrevolutionären Partei die Revolution aus und baten die Rote Armee um Hilfe. Sie half.

Zu jener Zeit benutzte man beiläufig das Argument, es gehe nicht an, sozialistisch befreite Menschen der Ausbeutung eines bürgerlichen Regimes auszuliefern. Nach der kommunistischen Machtergreifung in China vergass man das wieder.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurde am 30. Dezember 1922 formell ausgerufen, aber bis dahin hatten die Partner der RSFSR ihre Souveränität schon längst an diese abgetreten.

Die Entmündigung ging schon 1919/20 vor sich, auf der Grundlage der sogenannten «Vertragsföderation», die Militär, Wirtschaft und Aussenpolitik zur gemeinsamen und einheitlichen Sache machte. Wie «gleichberechtigt» die Republiken waren, ersieht man aber daraus, dass alle wichtigen Branchen (Militärwesen, Hochseeschifffahrt, Aussenhandel, Arbeitswesen, Verkehr, PTT) nicht etwa durch übernationale Gremien verwaltet wurden, sondern ganz einfach durch die Volkskommissariate (Ministerien) der RSFSR, die in allen Republiken *direkt* zuständig waren (!). Nur was übrigblieb (Bildungs- und Gesundheitswesen usw.), lag noch nominell in der Kompetenz der jeweiligen Republiken, wurde aber aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen koordiniert, d. h. praktisch ebenfalls auf Moskau ausgerichtet.

Unbefangen und ungetarnt tat sich die Hierarchie auf der Parteiebene kund: die KPs der fünf nichtrussischen Partner waren auch nominell *Bestandteile* der Russländischen KP. Von Föderation also keine Spur.

Die Parteistruktur allein hätte übrigens schon als Kriterium auch für die zentrale Staatsstruktur genügt. Denn 1918 wurden die ersten Sowjetverfassungen erlassen, und diese gewährleisteten für alle Sowjetrepubliken die Führungsrolle der Partei im Staat. Die weltanschauliche und organisatorische Alternativlosigkeit war damit Grundgesetz geworden.

Was also 1922 passierte, war lediglich das, dass man einen schon geschaffenen Einheitsstaat mit einheitlicher und zentraler Parteidiktatur nachträglich als Föderation definierte. Und den Verwaltungsablagen ausserhalb der RSFSR gab man von nun an und bis heute föderative Namen.



Mit der Roten Armee verschoben wurden die Propagandaschriften.

Laszlo Révész

Kommentar zum Statut der KPdSU

Als Manuskript gedruckt. Format DIN A 4 mit Schuber, 1973, 890 Seiten, laminiertes Paperback, Fr. 98.-. ISBN 3-85913-068-4

Die grundlegende Bedeutung des Statuts ergibt sich daraus, dass die Verfassung der UdSSR der kommunistischen Einheitspartei die Leitung von Staat und Gesellschaft überträgt. Das Statut gibt darüber Auskunft, wie die KP alle Gebiete des staatlichen bzw. gesellschaftlichen Lebens leitet und überwacht. Ohne Kenntnis des Parteistatuts ist das Funktionieren eines kommunistisch regierten Staates nicht verständlich. Wenn das Statut der Schlüssel für das Verständnis der Sowjetunion ist, so stellt Révész' Kommentar wiederum den Schlüssel zum Statut dar. (Spezialprospekt auf Anfrage)

Verlag SOI
Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

Von der NEP zur Kollektivierung

Wichtiger aber als die Staatswerdung war die Entstehung der neuen Ordnung innerhalb des alt-neuen Territoriums.

Nach dem Bürgerkrieg war das Land verwüstet. Deshalb wurde zunächst die Verwirklichung von ideologischen Modellen der wirtschaftlichen Neubelebung hintangestellt. Dazu führte man 1921 die sogenannte *Neue Oekonomische Politik (NEP)* ein.

Die NEP bestand nebst einigen weiteren Liberalisierungen darin, den Bauern und Handwerkern privates Wirtschaften zuzulassen. (Ein lebenswichtiges «Ueberbleibsel» dieser Periode sind noch die bäuerlichen «Nebenwirtschaften».) Der Staat begnügte sich mit der Kontrolle dieses Sektors und liess ihn als Teil der staatlichen Planung gelten. Tatsächlich verbesserte die theoretisch verordnete Duldung bis Ermunterung der Privatinitiative in der Folge die Versorgungslage. Darüber hinaus bewirkte die NEP freundliches Interesse bei ausländischen Kapitalgebern, die an den Eurokommunismus glaubten, obwohl sie ihn noch nicht so nannten.

Die NEP hielt sich als Begriff bis 1928, aber ihrem Geiste widersprach Stalin schon 1925, als er die «sozialistische Industrialisierung» verkündete. Das Stichwort bedeutete damals wie heute: Ausbau der Schwerindustrie auf Kosten der Leichtindustrie. Nur tönte die Versicherung, man brauche den Maschinenbau eben als Voraussetzung für eine maximale Konsumgüterproduktion, vor fünfzig Jahren doch etwas frischer.

1928 lief der *erste Fünfjahresplan* an, und das Industrialisierungsprogramm war sein Kernstück. Dabei fehlte es an Kapital, an Arbeitern und an technischen Führungskräften.

Sowohl mit Arbeiterrekrutierung als auch mit Kapitalersparnis hatte die *Kollektivierung der Landwirtschaft* zu tun, die 1929 anfang und 1933 beendet war. Für sie scheute man keine Opfer: Rund 12 Prozent der Landesbevölkerung (damals 130 Millionen) kamen dabei um.

Zuerst deportierte man die eigentlichen Grossbauern, die Kulaken, dann die «Mittelbauern», die bis anhin als Verbündete gegolten hatten. Die Zugehörigkeit der Bauern zu diesen Klassenfeindkategorien wurde dadurch bewiesen, dass man sie unter dieser Begründung abholte. 4 bis 5 Millionen Familien, d. h. 15 bis 16 Millionen Menschen, starben in Konzentrations- und Arbeitslagern unter den unmenschlichsten Bedingungen. Aus den eingezogenen Gütern der Gross- bis Kleinbauern bildete man die Kolchosen.

Die regulären Abkommandierungen zum «Ausbau der Arbeiterklasse» kamen noch dazu. Die lokalen Verwaltungen erhielten den Auftrag, bestimmte Quoten junger Bauern in die städtischen Industriebetriebe einzuweisen. Die Gesamtzahl belief sich laut der Grossen Sowjetenzyklopädie (2. Ausg., Bd. 12, S. 308) auf 6,3 Millionen. So kam der Arbeiterstaat etwas verspätet zu seinem städtischen Proletariat, und so kam dieses zu seiner Diktatur. 1941 bestand die Arbeiterklasse zur Hälfte aus «Angeworbenen», d. h. Abkommandierten, d. h. Zwangsarbeitern.

Wenn die Pünktlichkeit die Höflichkeit der Könige ist, so stellt die alternativlose Unterordnung unter die *Arbeitsdisziplin* das Privileg der herrschenden Klasse im Sozialismus dar. Tatsächlich fand das neue Proletariat zur Ausübung seiner Diktatur Bedingungen vor, die sich von den Bedingungen unter dem hemmungslosesten Frühkapitalismus dadurch unterschieden, dass sie härter waren:

1. Die Wahl und die Kündigung des Arbeitsplatzes waren nicht frei.
2. Die «Massnahmen zur Festigung der Arbeitsdisziplin» waren ein Bestrafungskatalog. Wer sich zum Beispiel innerhalb eines Monats dreimal um maximal zehn Minuten verspätete, konnte nicht nur arbeitsrechtlich, sondern je nach Einstellung (des Betroffenen oder seiner Vorgesetzten) auch strafrechtlich verfolgt werden. Eine milde Strafe bestand in einer 20prozentigen Lohnkürzung während eines halben Jahres, eine strenge Strafe bedeutete Arbeitslager. (Streiks gehörten nicht zum Thema der Arbeitsdisziplin, sondern der Sabotage; darauf stand der Tod.)
3. Löhne und Arbeitsnormen waren ebenso kompliziert wie ausbeuterisch.

1932 führte man das System der «internen Pässe» ein, das nur noch eine vom früheren Arbeitgeber genehmigte Bewerbung um eine Stelle zuließ, und schaffte das Kündigungsrecht für Arbeitnehmer vollends ab. So blieben alle da, wo sie hingehörten: die Bauern in ihren Kolchosen

und die Arbeiter in ihren Fabriken. Wie die Gefangenen in ihren Gefängnissen. Man nannte das sozialistische Demokratie.

Der Kollektivierung der Landwirtschaft folgte die *Kollektivierung des Handwerks* durch die Bildung von Genossenschaften. Bis 1934 war der «private Sektor» verschwunden, und 1936 konnte man verkünden, die «Grundlagen des Sozialismus» seien gelegt.

Sherry


Xérès

DRY SACK

Williams & Humbert Ltd.



Tanqueray
SPECIAL DRY ENGLISH GIN



TAYLOR'S
PORT PORTO



I.W. HARPER
KENTUCKY
STRAIGHT BOURBON
WHISKEY

SISCA

LA VÉRITABLE
CRÈME DE CASSIS
DE DIJON

Generalvertretung
für die Schweiz:

Berger & Co. AG
3550 Langnau BE

Machtkämpfe und Säuberungen

Neben den gesellschaftlichen Transformationen ging in den zwanziger und dreissiger Jahren der Kampf um die Macht weiter, nunmehr aber innerhalb der Partei. Oben intrigierten die Führer gegeneinander, unten wurden namenlose Genossen als Links- oder Rechtsabweichler liquidiert. Das mündete in die grossen Säuberungen von 1936 bis 1939, denen Millionen zum Opfer fielen.

Es ergibt sich, dass die grössten Kommunistenverfolgungen aller Zeiten in der kommunistisch regierten Sowjetunion stattgefunden haben.

Das scheinbare Paradox erklärt sich dadurch, dass die gesamte Ideologie auf Feindbild basiert. Wer immer in die Kategorie des Klassenfeinds oder seiner Verbündeten eingewiesen wird, ist liquidierungswürdig. Der Marxismus-Leninismus enthält in Potenz alle Rechtfertigung zu jeglicher (also auch zur unblutigen) Kriegführung gegen die Feindkategorien. Wer an der Macht ist, hat auch das ideologische Alibi.

Lenin starb im Januar 1924. Die Nachfolge sicherte sich Stalin, seit 1922 Generalsekretär der RKP. Er verstand es, effektive oder potentielle Rivalen gegeneinander auszuspielen und zu erledigen. 1925 bis 1927 verbündete er sich mit Bucharin und Rykow gegen die «Opposition» von Sinowjew, Kamenew und Trotzki, der 1929 exiliert (und 1940 in Mexiko ermordet) wurde. Dreissig andere Leute wurden zunächst nach Zentralasien verbannt, durften aber 1929 nach Moskau zurückkehren, wo sie dann in den dreissiger Jahren hingerichtet wurden. Vorerst halfen sie Stalin dabei, seine erstwilligen Partner Bucharin, Rykow und Tomskij zu liquidieren.

Die Konstellationen wechselten, aber Stalin blieb immer Sieger und nutzte die Erfolge zur jeweils nächsten Säuberung.

*

Anlass zum eigentlichen *Massenterror* wurde im Dezember 1934 die (wohl von Stalin befohlene) Ermordung des Leningrader Parteichefs Kirow. Darauf erliess Stalin die berühmte «Lex Kirow» gegen die «eingeschlichenen Feinde» in der Partei. Bei Verdacht auf staatsfeindliche (d. h. politische) Delikte dauerte die Voruntersuchung zehn Tage. Dem Beschuldigten wurde die Anklage 24 Stunden vor dem Prozess bekanntgegeben. Dieser fand in seiner Abwesenheit statt, ohne Beiziehung eines Verteidigers. Gegen Todesurteile gab es keine Berufung, und Begnadigungen waren ausgeschlossen. Der Terror wütete beliebig.

Die Militärs hatte Stalin relativ lange geschont, weil er sie brauchte. Dann kamen auch sie an die Reihe. Das letzte prominente Opfer war 1937 Marschall Tuchatschewskij. Er hatte 1921 den letzten Aufstand gegen das bolschewistische Regime niedergeschlagen, den Aufstand jener Matrosen, die 1917 in der Sinnggebung der KP noch die revolutionären Massen dargestellt und den Druck der Strasse bewirkt hatten.

Den Säuberungen fielen u. a. die meisten Mitglieder des 1934 bestellten Zentralkomitees (ZK) zum Opfer; erschossen oder eingesperrt wurden ferner gerade die fähigsten Generäle und Kommandanten der Roten Armee.

*

Zur Beendigung der Säuberungen entschloss sich Stalin erst angesichts der äusseren Gefahr durch den Nationalsozialismus, den man übrigens systematisch «Faschismus» nannte und nennt; man will den Leuten die historische Tatsache nicht bewusst machen, dass sich die Faschisten selber als Sozialisten ausgeben. Der 18. Parteikongress Anfang 1939 erklärte den inneren Frieden und strich aus dem Parteistatut von 1934 den ominösen Artikel über die systematischen Säuberungen innerhalb der Partei.

(1956 verurteilte dann Chruschtschow die Säuberungen als Fehler des «Personenkults»; und man rehabilitierte «schuldlose Genossen», ohne der Millionen von Nichtgenossen weiter zu denken. Inzwischen geht die Tendenz eher wieder dahin, die damaligen Henker zu rehabilitieren.)

Liebes altes Bern

Stadtbilder 1850–1925. Eine nostalgische Rückschau auf das verschwundene Antlitz von einst. Zusammengestellt von Arnold H. Schwengeler

112 Seiten, 96 meist ganzseitige Bilder in zweifarbigen Offsetdruck mit Legenden in den Sprachen Deutsch, Französisch und Englisch, in Leinen gebunden mit Goldprägung. Format 22×25 cm, Fr./DM 39.80.

Zauber altbernischer Städtchen

Aarberg, Laupen, Wangen a. d. A., Büren a. d. A., Thun, Biel, Huttwil, Wiedlisbach, Erlach, Unterseen, Burgdorf, Nidau, La Neuveville. Einzigartige Photodokumente des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Zusammenestellt von Arnold H. Schwengeler.

120 Seiten, zweisprachig (Deutsch und Französisch), 100 Bilder, in Leinen gebunden mit Goldprägung, Format 22×25 cm, Subskriptionspreis bis zum 31. Dezember 1977, Fr./DM 35.–, späterer Ladenpreis Fr./DM 39.80.

dr Zibelemärit

Eine kleine Geschichte und Botanik rund um die Zwiebel und den Berner Zwiebelmarkt, von Hans Erpf.

64 Seiten mit über 50 Photos von Eduard Rieben und zahlreichen schmackhaften Zwiebelrezepten, farbiger Pappband, Fr./DM 14.80.

Das Backen im Bauernhaus

Eine Geschichte über das Brot. Die Bestandteile, Eigenschaften und Lagerung des Mehls, Teigzubereitung, Form des Brotes und das Backen im Ofen. Mit vielen praktischen Hinweisen, die das Brotbacken erleichtern, sowie verschiedenen Brotrezepten, von Berta Schnyder.

6. Auflage, erweitert und neu gestaltet von Christine Brauchli und Gertrud Kaderli.

52 Seiten, illustrierter Umschlag, Fr./DM 6.90.

In allen Buchhandlungen



**Buchverlag
Verbandsdruckerei AG
Bern**

Frankfurter Buchmesse
Halle 6, Stand 1113



Importeur feiner Qualitätsweine

Suchen Sie alten Portwein?

Wir haben:

Golden White Port 1952
zu Fr. 28.–/Fl.

Golden White Port 1944
zu Fr. 40.–/Fl.

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktstrasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

Krieg und Kriegsgewinn

Der Grosse Vaterländische Krieg gegen die Deutschen gilt heute in der offiziellen Geschichtsschreibung als Sieg des Sozialismus über den Faschismus. Aber die angeblich fundamentale Gegensätzlichkeit ist eine Fiktion.

In Wirklichkeit waren die sowjetischen Beziehungen zu Hitlers NS-Regime sehr komplex.

Zwar hatte der letzte (7.) Kongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) 1935 die Mobilisierung gegen die faschistische Gefahr als Hauptaufgabe bezeichnet, aber Stalin (der die Komintern-Beschlüsse diktierte) hielt sich nicht an seine eigene Losung. Er kritisierte im Januar 1939 die Westmächte, weil sie Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der UdSSR provozieren wollten, und er warnte die Sowjetbürger davor, sich «von einem primitiven Antifaschismus mitreissen zu lassen» (!). Als erstrebenswert nannte er «gutnachbarliche Beziehungen» zu Deutschland.

Einiges Bemühen dazu hatte es schon gegeben, nur war es nicht an die grosse Glocke gehängt worden. Aussenminister Molotow sagte am

mit Hitler ausgehandelten ostpolnischen Gebiete zu besetzen. Gebrochen wurde dabei der «ewige Frieden» von 1920 und der gültige Nichtangriffspakt von 1932. Molotow am Invasionstag: «Die UdSSR muss für die Sicherheit ihres Staates sorgen.»

*

Am 28. September 1939 unterzeichneten die beiden Diktaturen ihren «Grenz- und Freundschaftsvertrag» und teilten sich Polen:

«Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates als ausschliesslich ihre Aufgabe, in diesem Gebiet die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkern ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern.»

Und die gemeinsame Erklärung vom gleichen Tag:

«Nachdem die Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion durch die heute unterzeichnete Vereinbarung endgültig die sich aus der Auflösung des polnischen Staates ergebenden Fragen geregelt und damit eine sichere Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben, geben sie gemeinsam der Meinung Ausdruck, dass es den wahren Interessen aller Nationen entsprechen würde,

Baltikum wurde im Juli/August von der Sowjetunion annektiert.

Dank seinem Bündnis mit der Sowjetunion war also Hitler in der Lage, den Weltkrieg zu beginnen, für den Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus zusammen die Verantwortung tragen. Die UdSSR betrachtet übrigens ihre Verträge mit Hitlerdeutschland offenbar noch heute als gültig. Sie hat sie nie revoziert, und sie hat die betreffenden Territorien nicht zurückerstattet.

*

Als dann Hitler am 22. Juni 1941 über seinen sowjetischen Verbündeten herfiel, war Stalin schlecht vorbereitet. Nach vier Monaten hatten vier Millionen Sowjetsoldaten die Waffen gestreckt, ein Indiz für die Gefühle des «einfachen Volkes».

Wenigstens sah sich Stalin jetzt zu einer neuen Politik veranlasst. Er verbündete sich mit den Alliierten, die ihm ausschlaggebende materielle Unterstützung im Wert von 65 Milliarden (damalige) Franken gewährten. Vor allem musste er nun der eigenen Bevölkerung Konzessionen machen. Insbesondere stellte er den Kampf gegen Kirche, Religion und Gläubige ein. Die Parolen zielten auf vaterländische Einheit.

Formelle Konzessionen der Aussenpolitik waren die Unterzeichnung der Atlantik-Charta 1941 und die Auflösung der Komintern 1943.



Im November wieder lieferbar

Das menschlich vertiefte Protokoll
der stürmischen Jahre 1932–1945, unter Mitarbeit
von Hans Rudolf Hubler und Oskar Reck

288 Seiten Fr. 21.—

VIKTORIA 

31. August 1939 vor dem Parlament, die Sowjetunion habe zu Hitlerdeutschland «schon in den vergangenen Jahren aktive politische Beziehungen entwickelt».

Stalin hatte mehr Vertrauen zu Hitler als zu den Westmächten, und so schloss er hinter dem Rücken der Franzosen und Briten am 23. August 1939 den Nichtangriffspakt mit dem NS-Staat. Ein zugehöriges Geheimprotokoll wies Ostpolen, Rumänien, Estland, Lettland und Finnland in die sowjetische Interessensphäre. Molotow vor dem Obersten Sowjet am 31. August 1939:

«Schon zuvor suchte die Sowjetunion ihre politischen Beziehungen zu Deutschland zu verbessern. (...) Der 23. August 1939 (...) ist als Datum von grosser Bedeutung anzusehen. Der Nichtangriffspakt (...) ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas und nicht nur Europas.»

Nach Hitlers Truppen marschierte ihrerseits die Rote Armee nach Polen (17. 9. 1939), um die

den zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand zu beenden. Die beiden Regierungen werden deshalb gemeinsame Bemühungen unternehmen (...). Sollten die Bemühungen der beiden Regierungen jedoch erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt, dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind.»

Der neue Vertrag wies auch Litauen in die sowjetische Interessensphäre.

Die Sowjetunion zwang jetzt sofort die drei baltischen Staaten zur Unterzeichnung von Beistandspakten und okkupierte sie mit dieser Legitimation. Finnland, das sich nicht einschüchtern liess, wurde am 30. November 1939 ohne Kriegserklärung überfallen, auch in diesem Fall unter Verletzung zweier Vertragswerke (von 1920 und 1932).

Finnland konnte nach einem verzweifelten Widerstand seine Souveränität bis auf einige Ostgebiete (Vertrag vom 12. 3. 1940) behaupten. Das

Mit dem Beitritt zur Atlantik-Charta 1941 verzichtete die UdSSR ausdrücklich zum voraus auf jeden Gebietszuwachs nach Kriegsende.

Indessen hätte kein Anlass zur Annahme bestanden, dass sie sich diesmal an ihre Verträge halten würde. Tatsächlich erzwang sie die erneute Ueberlassung Ostpolens, nahm sich das Baltikum und nebst dem rumänischen Bessarabien auch gleich die Nordbukowina, die nicht einmal zum zaristischen Russland gehört hatte. Königsberg (Kaliningrad) wurde einverleibt, und die befreite Tschechoslowakei musste auf die Karpaten-Ukraine verzichten.

Um sich in die Friedensregelung in Asien einzuschalten, brach die Sowjetunion ihren Nichtangriffspakt mit Japan und überfiel dieses Land unmittelbar bevor es (nach Hiroshima und Nagasaki) ohnehin kapitulierte. Das brachte ihr territorial die Kurilen und Süd-Sachalin ein und historographisch das (noch heute «gültige») Argument, damit sei der Krieg entschieden worden.

Die Satelliten

Zum direkten Gebietszuwachs kam nach dem Krieg die Bildung eines sowjetischen Satellitengürtels zwischen 1945 und 1948.

Stalin sagte vor Tito und Djilas: «Dieser Krieg ist anders als Kriege in der Vergangenheit. Wer immer ein Gebiet besetzt, auferlegt ihm sein eigenes Gesellschaftssystem, (...) soweit seine Armee vordringen kann.»

Das zeigt, was Stalin vom öffentlich ständig betonten Recht auf Selbstbestimmung der Völker tatsächlich hielt.

Die Ironie der Geschichte will es, dass in Osteuropa die verbündeten Sieger (CSR, Polen) das gleiche Schicksal als Lohn erhielten wie die besiegten Feinde (Ostdeutschland, Rumänien, Bulgarien, Ungarn).

In den besiegten Staaten wurde der Alliierte Aufsichtsrat vom jeweiligen Sowjetvertreter präsidiert und schaute so gut wie machtlos zu, wie sich die sowjetische Allgewalt etablierte. In Polen blieben die Sowjettruppen unter dem Vorwand des gemeinsamen Kampfes gegen die bis 1947 kämpfenden Einheiten der Landesarmee (AK) und gegen die ukrainischen UPA-Partisanen, die noch bis 1948 Widerstand leisteten.

Mit Einmischung und Einschüchterung gelang es Moskau, den zumeist kleinen kommunisti-

schen Parteien in Osteuropa beträchtliche Wahlerfolge und relative Mehrheiten in den Parlamenten zu sichern. Die Ausnahme war Ungarn. Dort errang die KP bei den Wahlen von 1947 nur 22 Prozent der Stimmen, und dies trotz militärischer Besetzung, Wahlrechtsbeschränkungen und einem enormen organisierten Wahlbetrug. (KP-Wähler wurden zwecks mehrfacher Stimmabgabe in Camions von Dorf zu Dorf gefahren.)

Am 10. Februar 1947 kam es zur Unterzeichnung der Friedensverträge mit den besiegten Staaten, die demnach innert 80 Tagen von den Sowjettruppen hätten geräumt werden müssen. Aber diese blieben in beträchtlicher Stärke da, und zur Zeit der Jugoslawien-Krise 1948 rückten neue Einheiten an.

Und an der Besetzung hat sich nichts geändert. Auch nicht an der «Einstweiligkeit». Denn tatsächlich heisst es nach mehr als 30 Jahren noch heute in den offiziellen Erklärungen: «Die in unserer Heimat provisorisch stationierten Sowjettruppen...»

Jugoslawien entzog sich dem Anschluss 1948; im verbleibenden Satellitengürtel übernahm Moskau die uneingeschränkte Befehlsgewalt. «Gefährliche» Politiker deportierte man in die UdSSR. Die Filialen des sowjetischen NKWD (heute KGB) kontrollierten alles, was in diesen Ländern geschah. Die «Militärberater» und die übrigen «Berater» hatten Kommandogewalt.

In einem Protestbrief Titos und Kardeljs vom

Frühjahr 1948 hiess es in diesem Zusammenhang:

«Wir halten es nicht für richtig, dass die Organe des sowjetischen Nachrichtendienstes in unserm Land, das zum Sozialismus voranschreitet, unsere Bürger anwerben. Wir können nicht umhin, das als Tätigkeit zu betrachten, die gegen unser Land gerichtet ist.»

Die sowjetische Antwort: «Es wäre merkwürdig, von den in Jugoslawien arbeitenden Sowjetmenschen zu verlangen, dass sie mit niemandem reden. (...) Nur sowjetfeindliche Elemente können die Auffassung vertreten, dass sich die Führer der Sowjetunion um die Unversehrtheit und Unantastbarkeit des neuen Jugoslawiens weniger kümmern als das Politbüro des ZK der KP Jugoslawiens.»

In seinem «Exkommunikationsbeschluss» hielt dann das Kominform fest, «... dass die Führer des BdkJ eine feindliche Politik gegen Sowjetunion und KPdSU betreiben. (...) Das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien betrachtet daher den Kampf gegen die Tito-Clique — gegen die gedungenen Spione und Lohnmörder — als Pflicht.»

Nach der Satellisierung Osteuropas kam ab 1949 seine Sowjetisierung. Man liquidierte Klassenfeinde ausserhalb und innerhalb der Partei. Man rief die Diktatur des Proletariats aus und handhabte die Diktatur über das Proletariat.

Am 1. Oktober 1949 wurde in China die Volksrepublik ausgerufen. Die Sowjetisierung begann durchaus nach osteuropäischem Muster...

Ein neuer Name: **CURA-DIA** Postfach 227, 3601 Thun
Ein neues Angebot: Lichtbildserien zu Fragen Osteuropas.

Das Konzept: Aktualität und Ideologie des heutigen Osteuropa werden in Form von Lichtbildserien dargestellt.

Die Bilder: Alle Bilder dürfen dokumentarischen Wert beanspruchen. Sie stammen durchwegs aus osteuropäischen Selbstzeugnissen (Schulbücher, Zeitungen, Museen, offizielle Verordnungen usw.).

Der Umfang: Die Darstellung osteuropäischer Gegenwart erstreckt sich über die sieben folgenden Sachbereiche (* = in Vorbereitung):

- A = Ideologie
- B = Jugend + Erziehung
- C = Religion + Kirche*
- D = Partei + Staat*
- E = Wirtschaft*
- F = Kunst*
- G = Geschichte + Geschichtsbild*

Begleittext: Zu den Bildserien wird ein Begleittext mitgeliefert, der eine genaue Quellenangabe und einige erläuternde und weiterführende Quellentexte enthält. Auf eine eigentliche Erläuterung der Bilder wird verzichtet, es werden lediglich ganz knapp die Motive zur Bildauswahl genannt.

Quellentexte: Die im Begleittext abgedruckten Quellentexte sind gesondert auch als ergänzende Dia-Serie erhältlich.

Ausführung: Die farbigen Bilder sind unverglast in Kunststoffrahmen mit aufgedrucktem Text lieferbar.

Der Preis: Eine Serie zu 6 Bildern kostet inkl. Begleittext Fr. 9.-, zuzüglich Porto.

Ich bestelle: fest, zur Ansicht (mit Rückgaberecht innert 3 Tagen)

Anzahl	Sachbereich	Serie
.....	A: Ideologie	1: Selbstverständnis der Lehre, Bilder 1-6
.....	A: Ideologie	2: Inhalt der Lehre, Bilder 1-6
.....	A: Ideologie	3: Aktualität und Ideologie, Bilder 1-6
.....	B: Jugend + Erziehung	1: Ideologisierung der Jugend, Bilder 1-6
.....	B: Jugend + Erziehung	2: Jugendorganisationen, Bilder 1-6
.....	B: Jugend + Erziehung	2: Jugendorganisationen, Bilder 7-12
.....	B: Jugend + Erziehung	3: Militarisierung der Jugend, Bilder 1-6
.....	B: Jugend + Erziehung	3: Militarisierung der Jugend, Bilder 7-12

Name: _____ Datum: _____
 Strasse: _____
 PLZ/Ort: _____ Unterschrift: _____

Thesen & Meinungen

eine neue Reihe bei Benziger

Marcel Schwander

**Jura
Konfliktstoff
für Jahrzehnte**

Broschiert, 136 Seiten, Fr. 17.80

Das Buch «Jura - Konfliktstoff für Jahrzehnte» will die notwendigen Grundlagen zur Beurteilung der Jurafrage vermitteln. Der Autor hat sich seit Jahrzehnten intensiv mit der Jurafrage beschäftigt.

Walter Matthias Diggelmann
Klara Obermüller

**DDR
Tagebuch
einer Erkundungsfahrt**

Broschiert, 120 Seiten, Fr. 16.80

Zwei Schweizer Intellektuelle auf Erkundungsfahrt durch die DDR. Keine objektive Bestandesaufnahme, sondern ein durch persönliche Erfahrung geprägtes Bild.

Benziger

Die Firmengruppe im Dienste der Sicherheit

SECURITAS



Securitas AG
Schweizerische
Bewachungsgesellschaft
3052 Zollikofen
Telephon 031 57 21 32

SECURITON



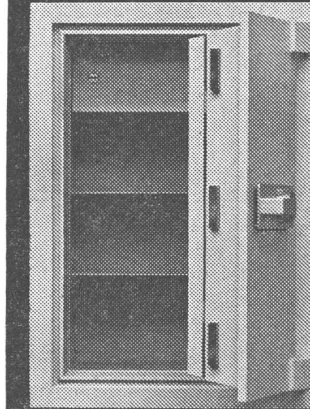
Securiton AG
Alarm- und Sicherheitssysteme
3052 Zollikofen
Telephon 031 57 04 92

CONTRAFEU



Contrafeu AG
Brandschutzsysteme
3110 Münsingen
Telephon 031 92 18 33

Bei Kassenschränken denken Sie daran:



Vidmar Kassen- und Panzerschränke bedeuten Sicherheit

Vidmar Kassenschränke sind feuer-, sturz- und diebessicher

Vidmar Panzerschränke bieten zusätzlichen Schutz gegen Einbruch

Vidmar – eine gute Entscheidung

Vidmar

A + R Wiedemar AG Bern
Tresor- und Stahlmöbelfabrik

Chruschtschow

In der Sowjetunion kam es weniger nach dem Krieg als vielmehr nach Stalins Tod 1953 zu Veränderungen, welche der Führung aus den Händen zu gleiten drohten. In der Breschnew-Aera hat man mit dem noch heute andauernden Versuch eingesetzt, die Entwicklung wieder in den Griff zu bekommen.

Die sowjetinternen Konzessionen, die Stalin zum Sieg über die äusseren Feinde gemacht hatte, nahm er nach seiner Erringung bald wieder zurück. Die positive Einstellung der Bevölkerung war nicht mehr vonnöten, und die faktische Devise lautete wieder: Mögen sie hassen, wenn sie nur fürchten.

Wirtschaftlich konzentrierte sich der Staat erneut auf die Förderung der Schwerindustrie; zum Ausbau der Friedensordnung ging die Kriegswirtschaft weiter. Auf den neuerworbenen Sowjetterritorien führte man den «Sozialismus» bis 1948 ein: Die Güterwaggons rollten von Westen nach Osten, angefüllt mit Klassenfeinden, mit Oppositionsverdächtigen und mit ganzen Nationalitäten (ethnische Minderheiten).

Stalin regierte ohne Parteikongresse und ohne Parlament durch das Politbüro (Partei-Exekutive) oder ganz einfach durch Ukase (Erlasse). Der erste Nachkriegs-Parteikongress wurde als formelles Alibi auf Spätherbst 1952 einberufen. In den letzten Monaten seines Lebens wollte Stalin anscheinend die Palette der Sündenbockpolitik um die bräunliche Farbe einer Judenverfolgung bereichern (Aerzteprozesse). Aber er starb noch rechtzeitig am 5. März 1953.

Nach dem Tode Stalins kam es zunächst zu einem *Interregnum*. Eine Koalition mit Malenkow, Molotow und Chruschtschow als Hauptfiguren tat sich zusammen, um den mächtigen Innenminister und Chef des Sicherheitsdienstes, Lawrentij Berija, zu liquidieren. Im September 1953 übernahm Chruschtschow die Parteifüh-

rung, wogegen Malenkow Ministerpräsident wurde. Dieser galt als Förderer einer gemässigt konsumorientierten Wirtschaft. 1955 musste er in einer immerhin unblutigen Macht ablösung ab danken.

Als massgeblicher Mann profilierte sich immer deutlicher Chruschtschow, der im Juni 1957 die «partei feindliche Gruppe» der früheren Anti-Berija-Koalition aus der KPdSU ausschloss und 1958 seine Parteifunktion mit dem Amt des Regierungschefs verband. Nunmehr bestimmte er bis zu seinem Sturz im Herbst 1964 das Geschehen im Ostblock.

Die nachstalinische Zeit brachte eine deutliche *Liberalisierung* im Rahmen der nach wie vor bestehenden Parteidiktatur.

1953 löste man etliche Konzentrationslager auf, und 1954 verlor das KGB seine Justizfunktionen (auf deren nominelles Bestehen es natürlich nicht unbedingt angewiesen war) und wurde auch tatsächlich etwas zurückgebunden. Man löste die Gesellschaft der Militanten Atheisten auf und fasste einen nicht übermässig eingehaltenen Beschluss, die atheistische Kampagne künftig ohne «administrative Massnahmen» (der Ausdruck ist im ganzen Sowjetlager die gängige Umschreibung für Repressionen und Verfolgung) zu führen.

Wesentlich gelockert wurde die zuvor rigore Spracherregung. Die Kritik im Namen allgemein formulierter Parteiziele erhielt Spielraum, was nicht zuletzt der Literatur zugute kam, die ihr *Tauwetter* erlebte.

1953/54 verbesserte man die Lage der am meisten benachteiligten Schicht, der Kolchosbauern, indem man ihnen höhere staatliche Ankaufpreise für ihre Produkte festsetzte. Zu einer neuen Anpassung an die Gestehungskosten kam es dann 1958, aber vor allem liess Chruschtschow zu jenem Zeitpunkt die grösste Last der Bauern abschaffen, die sogenannten Ablieferungen, eine Art Naturalsteuer.

1956 entlarvte Chruschtschow vor dem 20. Parteikongress in seiner «Geheimrede» die Greuel-taten Stalins (und seiner Anhänger, soweit das ohne Selbstaufgabe möglich war). Die Schuldigen wurden indessen nicht zur Verantwortung gezogen.

Im Frühjahr 1956 gab es Bestrebungen zur Herstellung der innern Freizügigkeit. Den Arbeitnehmern wurde das Recht auf Kündigung zuerkannt, und mit Ausnahme der Bauern erhielten die Staatsbürger Bewegungsfreiheit innerhalb der UdSSR, wenn auch nicht unbeschränkt.

Wirtschaftlich (mehr) und politisch (weniger) machte man kleine Schritte in Richtung auf Dezentralisierung. Wirtschaftlich wurde die Sowjetunion in 103 Wirtschaftsgebiete mit je einem Volkswirtschaftsrat an der Spitze aufgeteilt. Politisch gestand man den Unionsrepubliken erweiterte gesetzgeberische Kompetenzen in Dingen von geringerem Belang zu (und die Möglichkeiten, davon freien Gebrauch zu machen, waren noch geringer).

Justizreformen stellten zwar keine Rechtsstaatlichkeit her, bedeuteten aber eine Absage an die stalinistische Terrorjustiz. Der Oberste Sowjet verabschiedete am 25. Dezember 1958 eine Reihe neuer Texte: Strafrecht, Strafprozessordnung, Gesetz über staatsfeindliche Delikte, Militärstrafrecht (und dazu ein neues Unterrichtsgesetz). Wenigstens war nun das StGB von 1926 mit seinem berüchtigten Artikel 58 (staatsfeindliche Delikte) ausser Kraft gesetzt.

Der 22. Parteikongress von 1961 war vielleicht wegen der Effektivität seiner Vorhaben nicht so wichtig, aber äusserst bezeichnend für den Verheissungsstil der Chruschtschowschschina, der das Mass der kapitalistischen Konsumgesellschaft nahm und darauf die kommunistische Zukunftsgesellschaft projizierte.

Das neue Parteiprogramm 1961—1980 nahm sich vor, bis 1970 die amerikanischen Produktionszahlen zu erreichen und bis 1980 die Grundlagen zum Vollkommunismus zu legen. Der letzte Satz kündigte feierlich an, die heutige Generation werde schon im Kommunismus (d. h. zum Beispiel ohne Staats- und Polizeiapparat) leben.

Im übrigen wurde die Entstalinisierung in nunmehr öffentlichen Reden bestätigt. Auch prangerte man das Weiterleben des Stalinismus in Albanien an und meinte natürlich China (das waren damals noch die Vorzeichen der Auseinandersetzung). Der Bruch in der Weltbewegung war noch nicht vollzogen, aber sozusagen abgesteckt.

Die Reformpolitik ging weiter, in einem manchmal recht erratischen Kurs. Bewährte Genossen begannen sich zu fragen, wie weit noch auf die Diktatur (laut 22. KPdSU-Kongress übrigens vom ganzen Volk ausgeübt und nicht mehr vom Proletariat) Verlass sei. In Osteuropa sagten die Leute: «Chruschtschow kriegt von uns noch ein Denkmal, denn er tut das, was die USA nicht zustande bringen: er liquidiert den Kommunismus.»

Tatsächlich verschonten neue Experimente nicht einmal die Partei. Man unterteilte sie in einen Arbeiter- und einen Bauernflügel und belies nur noch die hohen Instanzen von Republiken und Union als Einheit. Aehnlich spezialisierte man auch die Sowjets (politische Behörden), was ein frisches Durcheinander in die Dinge brachte.

Die Liberalisierung löste in Staat und Wirtschaft Entwicklungen aus, die das von der Führung gewünschte Mass überschritten.

In der Landwirtschaft hatte Chruschtschow den Bauern als materiellen Anreiz etwas Privatproduktion zugestehen wollen, um die schlechten Gesamterträge zu verbessern. Es zeigte sich, dass die Bauern die Kollektivwirtschaft vernachlässigten, um sich ganz auf ihr eigenes Gemüse in der kleinen «Nebenwirtschaft» zu konzentrieren. Die «privateigentümerische Mentalität», laut ideologischer Erkenntnis eine bloss anerzogene Eigenschaft bürgerlicher Gesellschaft, kümmerte sich nicht um ihre wissenschaftliche Unmöglichkeit und beherrschte, wenn nicht das Feld der Theorie, so doch die Felder der Bauern. Chruschtschow vollzog eine Kehrtwendung und liess nunmehr die maximale Grösse der Nebenwirtschaften erheblich reduzieren. Für kurze Zeit verbot er sogar die «Kolchosmärkte», auf denen die Bauern ihre eigene Ware ausserhalb der staatlichen Preisbildung nach Angebot und Nachfrage verkauften. Aber er liess sie wieder zu, als offenbar wurde, dass der staatliche Handel die Versorgung mit Früchten, Gemüsen und Fleisch allein nicht zu gewährleisten vermochte. Heute sind sie so gut wie institutionalisiert.

Ihrerseits löste die Aufteilung des Landes in Wirtschaftsgebiete da und dort autarkische Bestrebungen aus, besonders im Baltikum. Man begann im Rahmen der eigenen Einheit zu kalkulieren auf Kosten der Gesamtinteressen oder dessen, was man in Moskau dafür hielt. So kam es dazu, dass man neuerdings die Unterlassung von Planlieferungen in andere Gebiete sehr scharf ahnden musste.

Damit auf dem freieren Arbeitsmarkt die Arbeit nicht zu einer fakultativen Sache werde, erliess Chruschtschow im Mai 1961 seine berühmte «Parasitengesetzgebung», laut welcher nichtarbeitende Leute ohne Gerichtsurteil für zwei bis fünf Jahre verbannt werden konnten, vorzugsweise in die sibirische oder kasachische Landwirtschaft. (In den folgenden Jahren wurde dieser Erlass — wie immer er ursprünglich gemeint war — zu einer Hauptwaffe des polizeilichen Kampfes gegen Leute von unerwünschter Gesinnung. Erst nahm man ihnen ihre Arbeit und sorgte dafür, dass sie keine mehr bekamen; dann

verschickte man sie als arbeitsscheue Elemente.) Chruschtschow sagte der stalinistischen Zucht ab, benötigte aber ein neues Sortiment an Züchtigungsmitteln, um keine Zuchtlosigkeit einreisen zu lassen. Er erweckte den Anschein, seinem gesamtheitlichen Reformwillen im einzelnen zu widersprechen und inkonsequent zu sein.

Auch in der Aussenpolitik gab es markante Kurskorrekturen.

Chruschtschow liess im November 1956 die ungarische Revolution, die er durch seine Entstalinisierung ermöglicht hatte, blutig niederschlagen. In Ungarn herrschten 1957—1960 Terror, Repression und Justizmord, aber dann war es wiederum dieses Land, dem (und in dem) Chruschtschow sein vielzitiertes Angebot vom «Gulaschkommunismus» machte. Insgesamt näherten sich die Länder Osteuropas wieder etwas ihrer eigenen Identität, ein Prozess, der sich im Falle der Tschechoslowakei 1968 als reversibel erwies.

Zu Jugoslawien normalisierte Moskau seine Beziehungen 1954/55, auch wenn das den Beschlüssen der KP-Weltkonferenzen von Moskau 1957 und 1960 kaum anzumerken war.

Chruschtschow wollte Kuba zu einem Raketenstützpunkt ausbauen, musste sich aber 1962 vor dem amerikanischen Ultimatum beugen. Moskau verlor dadurch viel von seiner Autorität in Havanna, und erst Breschnew konnte 1968 die Kontrolle über Kuba wieder etablieren.

Am kontinuierlichsten entwickelte sich das Verhältnis mit China. Es hatte auch sein Auf und Ab, wurde aber insgesamt immer schlechter. China war 1957/58 nicht bereit, einen «asiatischen Warschauer Pakt» zu akzeptieren, der Moskau das Kommando über alle brüderlichen Streitkräfte gegeben hätte. Darauf sperrten die Sowjets vereinbarte Raketenlieferungen nach China, das nun seinerseits vom Sowjetmodell abrückte und unter Missachtung des obligaten Vorbilds eigene Wege ging (Volkskommunen, «Grosser Sprung»). Zum offenen Bruch zwischen den beiden Ländern respektive ihren KPs kam es 1963.

Dafür erstrebte China eine Oeffnung nach Westeuropa, die ihm weitgehend gelang, u. a. auch in der Isolierung der USA in ihrem Engagement in Vietnam.



Zum 70. Geburtstag Chruschtschows am 17. April 1964 wünschte ihm Breschnew «ein langes Leben und neue Grosstaten für das Gedeihen unseres grossen Vaterlandes». Chruschtschow antwortete in seiner Dankadresse: «An meinem 70. Geburtstag geben Sie mir gute Worte als einen Vorschuss für die Zukunft. Ich möchte aber sagen, dass nicht alles von mir abhängt.» Er hatte recht: Am 14. Oktober jenes Jahres wurde er von Breschnew gestürzt.

Breschnew

Chruschtschow wurde am 14. Oktober 1964 gestürzt. Innerhalb der neuen Kollektivführung gewann dann Breschnew als Parteichef (seit 1966 wieder wie Stalin Generalsekretär genannt) allmählich die Oberhand. Das bestätigte sich im Frühjahr 1977 auch dadurch, dass er Podgornyj als Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets (Staatschef) ablöste und wiederum eine Personalunion an der Spitze von Partei und Staat herstellte.

Das Triumvirat Breschnew—Kossygin—Podgornyj widerrief als erstes die letzten Massnahmen Chruschtschows, nämlich die Einschränkungen für Nebenwirtschaften und Kolchosmärkte, die Zweiteilung von Partei und Regionalbehörden, die Gliederung des Landes in Wirtschaftsrayons. Die zentrale Verwaltung wurde gestrafft, indem man Ministerien in den einzelnen Unionsrepubliken aufhob (mehr als ein umständliches und kostspieliges Alibi waren sie ohnehin nicht gewesen) und ihre Kompetenzen direkt den betreffenden Zentralministerien übergab (1964—1971).

Die *Aussenpolitik* der vorangegangenen Periode hatte man erst «aventuristisch» genannt, setzte sie aber in wesentlichen Elementen fort. Ein halber Aussöhnungsversuch mit China scheiterte,

bau des Rechtssystems mit Neufassungen von Arbeitsrecht, Familienrecht, Strafvollzugsrecht usw. 1967 erliess der Oberste Sowjet das heute gültige Wehrgesetz, das verstärkte gesellschaftliche Militarisierung bezweckt.

Verantwortung und Kompetenzen der untern Behörden (vor allem Stadt- und Bezirkssowjets) sind in mehreren Gesetzen fixiert worden. Die Unterrichtsreform von 1973 führte mit der Zehnjahresschule (dazu Vorbereitungsklasse für die Sechsjährigen) die Mittelschulpflicht ein.

Mehr oder weniger *versandet ist die Wirtschaftsreform*, die 1965 ungefähr nach dem Muster der DDR-Reform von 1962 beschlossen wurde. Ihre Ziele waren vermehrte Selbständigkeit der mittleren und untern Wirtschaftsführung sowie Abbau von Verwaltungspersonal. Der «Kampf gegen die Bürokratie» war erfolglos. Zwischen 1959 und 1970 (Volkszählung) stieg z. B. die Zahl der Planer und Statistiker von 3,5 auf 5 Millionen. Das Motiv der Eigenverantwortlichkeit von Unternehmen usw. aber durfte schon gar nicht zu ernst gemeint sein, weil es sonst politisch geworden wäre.

Das *innenpolitische Klima* hat sich in der Breschnew-Aera verschlechtert. Man hat die Person Stalins vorsichtig wieder aufgewertet und sich seinen Abschreckungsmethoden (z. B. Schriftstel-



Breschnew-Doktrin der beschränkten Souveränität: Prag 1968.

und danach wurde das Verhältnis zu Peking um so schlechter. Die Oeffnung zum Westen trieb man ebenfalls weiter, vor allem in Richtung wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Allerdings glich man das nunmehr durch eine strikte *Disziplinierung im eigenen Lager* aus. Chruschtschow hatte den «Polyzentrismus» einreissen lassen; jetzt sorgte man dafür, dass der Ostblock wiederum seinen Namen verdiente. Die Invasion von 1968 in die Tschechoslowakei stautierte ein Exempel. Als geringeres Uebel nahm man dabei eine Belastung im Verhältnis zu den nichtregierenden KPs des Westens in Kauf; angesichts der «eurokommunistischen» Vorbehalte kam seit 1969 auch keine kommunistische Weltkonferenz mehr zustande.

Die von Chruschtschow 1957 eingeführte «Grundlagengesetzgebung» (die Union bestimmt den Inhalt der Gesetze, die in den Republiken formuliert werden) diente grosso modo zum Aus-

ler- und Dissidentenprozesse) ohne letzte Konsequenzen wieder angenähert.

Aber die unbeholfene Abkehr von der Liberalisierung hat ab Ende der sechziger und Beginn der siebziger Jahre zu einer neuen Erscheinung geführt: zur politischen *Opposition*. Dazu kommt, dass die Jugend sich für Regimeziele nicht mehr begeistern lässt, dass die ethnischen, nationalen und kulturellen Minderheiten zunehmend Unzufriedenheit äussern.

Während die Sowjetunion nach aussen offensiv und expansiv in Erscheinung tritt, versteift sich die Führung an der innern Front auf einen unfruchtbaren Konservatismus. Sie begegnet den neuen Strömungen mit der «Initiative» einer Ausweitung der ideologisch-politischen Erziehung, die aber mehr Ueberdruss schafft als Anhänger wirbt. Sie hat sich vorgenommen, die bedrohte Ordnung wiederherzustellen, aber die Frage nach dem Sinn der Ordnung hält sie schon für feindlich.

SOI-Sonderdrucke

4 Revolution in der UdSSR?

Von Dimitrij Panin.
1974, 30 S., 5.-

5 Zusammenarbeit mit Regierenden oder Regierten?

Die osteuropäische Haltung zur Frage der menschlichen Beziehungen und des freien Informationsflusses an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit Europas.
Von Laszlo Révész.
1974, 88 S., 7.-

7 Aufgaben und Pflichten des sowjetischen Truppenführers

Zusammengestellt und kommentiert von Ernst Legahn.
1975, 29 S., 6.-

9 Was haben die Kirchen vom Kommunismus zu erwarten?

Dokumentation. Zusammengestellt und eingeleitet von Peter Sager.
1975, 50 S., 7.-

10 Problematische Verwendung kirchlicher Hilfsgelder

Dokumentation. Zusammengestellt und eingeleitet von Peter Sager.
1975, 50 S., 7.-

11 Rechtsauffassungen in Osteuropa

Ein Vortrag von Laszlo Révész.
1975, 27 S., 6.-

12 Der chinesische Sozialismus

Modell im Abriss.
Von Laszlo Révész.
1976, 94 S., 9.-

13 Moskau über Portugal

Taktische Fragen und Medienpolitik.
Von Laszlo Révész.
1976, 109 S., 9.-

14 General Ljuschkows Geheimbericht

Ueber die Stalinsche Fernostpolitik 1937/38.
Von Dirk Kunert.
1977, 59 S., 9.-

Nur direkt beim Schweizerischen Ost-Institut, CH-3000 Bern 6, erhältlich.

Der Stand der Union

Wie steht die Sowjetunion heute da? Wir gehen in einigen thematischen Aspekten auf die Frage ein, die sich zugleich auch exemplarisch für die Gesellschaft ihrer Ordnung stellt.

Der Staat

Das sowjetische Staatswesen ist ein Gebilde, bei dem man zum Beispiel zwischen legislativen und exekutiven Behörden nicht zu unterscheiden braucht.

Die Sowjetunion ist ein multinationaler Bundesstaat. Sie besteht aus 15 sogenannten souveränen Unionsrepubliken, 20 Autonomen Republiken, 8 Autonomen Gebieten und 10 Nationalen Kreisen, die jedoch, um das Wort «national» (das Ansprüche bei der «nationalen» Opposition weckt) zu vermeiden, in der neuen Verfassung 1977 in «Autonome» Kreise umbenannt worden sind.

Die grösste und zweifelsohne alles beherrschende Unionsrepublik ist die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR), die 17,5 Millionen Quadratkilometer Fläche von den insgesamt 22,4 Millionen umfasst und politisch, wirtschaftlich und kulturell restlos führend ist.

Was Sowjets alles sind

Die organisatorische Grundlage des Staates bilden die Sowjets, die vom Obersten Sowjet (Zentralparlament) bis zum Dorfsowjet (Legislative und Exekutive in einem) ein mehr oder weniger zusammenhängendes Ganzes bilden.

Die Sowjets sind einerseits Organe für die Rechtsschöpfung, andererseits für die Staatsverwaltung. Gleichzeitig üben sie durch ihre «gesellschaftlichen Kommissionen» eine gewisse Kontrolle auch über die Justiz aus. Schon aus dieser Darstellung sieht man, dass der Sowjetstaat das Prinzip der Gewaltentrennung prinzipiell ablehnt. Dieses gilt ihm als bürgerlich-kapitalistischer Grundsatz.

Das Schema im Aufbau der Sowjets ist auf allen Ebenen identisch. Jeder Sowjet wählt ein Exekutivkomitee, das an der Spitze des Verwaltungsapparates steht, während die Plenarsitzung des Sowjets eine Art Lokalparlament darstellen sollte.

Etwas komplizierter ist die Struktur des Obersten Sowjets, des Zentralparlaments. Das Plenum wählt von seinem Gremium ein Präsidium, das den Exekutivkomitees der Lokalsowjets entspricht, gleichzeitig aber auch als kollektives Staatsoberhaupt funktioniert.

Wer macht Gesetze?

Was die Kompetenzen angeht, so sieht man auf allen Ebenen der Staatsverwaltung und der Parteiorgane die Uebertragung der Kompetenzen von der Plenarversammlung auf ein kleineres

Gremium. Die Kompetenzen des Sowjetplenums werden in der Zeit zwischen zwei Sessions auf das Exekutivkomitee, jene des Obersten Sowjets hingegen auf sein Präsidium übertragen.

So entsteht besonders auf zentraler Ebene folgende juristisch sogar in der Sowjetunion kritisierte Situation: Obwohl die Verfassung als das einzige Legislativorgan den Obersten Sowjet anerkennt, ist das Zentrum der Legislative — infolge der Machtübertragung — das Präsidium. Das Präsidium kann durch *Gesetzesverordnungen* (Ukase) jede Frage regeln, die Gesetze und sogar die Verfassung ändern.

Die meisten Verfassungsänderungen erfolgen durch Ukase. Ukase rechtlichen Inhalts sind im Verhältnis von etwa 10 : 1 häufiger als Gesetze.

Die «Ukasgesetzgebung» widerspricht dem propagandistisch sehr oft gelobten gesetzgeberischen Prozedere: einer Prüfung der Entwürfe durch die Kommissionen und der «zweimaligen Lesung» an der Plenarsitzung. Die Ukase sollen zwar vom Obersten Sowjet nachträglich bestätigt werden, doch treten sie nach ihrer Erlassung sofort in Kraft, was besonders bei Einführung von Todesstrafen durch Ukase gefährlich war: Bis der Ukas bestätigt wurde, wurden Todesurteile bereits gefällt und vollstreckt.

Ein anderes Prinzip des Aufbaus und des Funktionierens des Staates — wie auch der Partei — ist der sogenannte *demokratische Zentralismus*.

Er bedeutet die Vereinigung zweier einander widersprechender Begriffe, wobei die Synthese gemäss Marxismus-Leninismus dialektisch herbeigeführt werden muss. In einer Periode wird die Demokratie, in einer andern der Zentralismus in den Vordergrund gestellt. Sozialistischer Zentralismus und Sozialistische Demokratie gelten als eine dialektische Einheit.

Das Element der Demokratie bedeutet: 1. die Wahl aller Organe der Staatsmacht — also aller Sowjets — und 2. die Möglichkeit der Abberufung der Gewählten durch die Wähler. Der Zentralismus bedeutet hingegen die doppelte — horizontale und vertikale — Abhängigkeit und Unterordnung der Sowjets verschiedenen Grades.

Ein Beispiel: Die Abteilungen des städtischen Sowjets haben zweierlei Verantwortung und sind in zwei Richtungen abhängig: einmal gegenüber dem eigenen Exekutivkomitee und dem eigenen Sowjet (horizontale Abhängigkeit), dann auch gegenüber der betreffenden Abteilung des unmittelbar höheren Sowjets, also des Gebiets- oder Regionssowjets (vertikale Abhängigkeit). Selbst die Exekutivkomitees haben eine solche Unterordnung und Verantwortung: gegenüber dem eigenen Sowjetplenum und gegenüber dem höheren Exekutivkomitee. Unter diesen Bedingungen kann natürlich keine Rede von irgendwelcher Autonomie sein: das höhere Organ hat das Recht, die Verfügungen des unteren ausser Kraft zu setzen oder abzuändern. Im ersten Fall



erlässt es *bindende* Richtlinien für eine neue Verfügung des unteren Organs.

Laut sowjetischer Theorie liegt der prinzipielle Unterschied zwischen bürgerlicher und sowjetischer Demokratie gerade in der Anerkennung oder Ablehnung des demokratischen Zentralismus. Nach offizieller Version ist der demokratische Zentralismus die wichtigste Garantie dafür, dass es in einem sowjetsozialistischen multinationalen Staat niemals zentrifugale Kräfte geben könne.

Der demokratische Zentralismus bildet auch die Grundlage für die Gesetzgebung, insbesondere seit der Chruschtschowschen Reform von 1957. Die sogenannte «Grundlagengesetzgebung» bedeutet: Das Unionsparlament erlässt die Grundsätze der Gesetze und die Unionsrepubliken deren Wortlaut.

Die Wahlen

Das entscheidende Element der Demokratie bilden in der Theorie die *Wahlen*, die aufgrund des allgemeinen, direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe abgehalten werden sollen. Aber gerade dieses Element der Demokratie fehlt in der Wirklichkeit, da die Wahl mindestens zwei Kandidaten voraussetzt, und bei den sowjetischen Wahlen gilt auf allen Ebenen der Grundsatz: ein Mandat — ein Kandidat. Der «Wähler» kann also nicht wählen, sondern nur stimmen. Noch mehr wird das passive Wahlrecht eingeschränkt; kein Wähler und keine Wählergruppe kann frei eigene Kandidaten aufstellen, sondern sie werden von aussenstehenden «gesellschaftlichen Organisationen», aber im Namen der Partei bestimmt. Die Möglichkeit zur programmatischen Alternative besteht ohnehin nicht. Jede Wahl (vom Obersten Sowjet bis zum Lokalsowjet) geht in drei Etappen vor sich.

Der erste Schritt ist die Aufstellung von Kandidaten, die wiederum in zwei oder drei Stufen zustande kommt: der Nominierung, der Bestätigung der Nominierung und — für den Fall, dass mehrere Personen für den gleichen Wahlbezirk von den gesellschaftlichen Organisationen aufgestellt werden — der Beschlussfassung der Delegierten der Wahlversammlungen bezüglich des endgültigen Kandidaten.

Artikel 38 des Wahlgesetzes bestimmt im Zusammenhang mit der Nominierung der Kandidaten folgendes: «Das Recht zur Aufstellung von Kandidaten für die Wahlen in den Obersten Sowjet der UdSSR haben sowohl die zentralen Organe der gesellschaftlichen Organisationen als auch ihre Republiks-, Regions-, Gebiets- und Bezirksorgane...» Wie aber betont wird, sind die von oben verfügbaren Nominierungen für die lokalen Gesellschafts- und Parteiorgane verpflichtend (Demokratischer Zentralismus).

Den zweiten Schritt bildet die Anerkennung der Nominierung durch die Wählerversammlungen.

Der dritte Schritt ist die «Wahl». Es ist charakteristisch, dass sowohl die Fachliteratur als auch die Rechtsnormen (Wahlgesetz, Art. 70) lediglich eine positive Agitation für die offiziellen Kandidaten zulassen, und zwar unter Berufung auf die Verfassung. In die Wahlagitation werden alle Presseorgane eingeschaltet, aber auch diese müssen — und dürfen — nur für die Kandidaten agitieren.

Es ist kein Wunder, dass unter solchen Umständen

während 60 Jahren noch kein einziger Kandidat für den Obersten Sowjet eine Wahlniederlage erlitt. Bei den Wahlen in die Lokalsowjets fallen jedoch jedesmal etwa 1500 bis 2000 Kandidaten (von gut 2 Millionen) durch. Aber auch die neue Nominierung erfolgt von oben, ohne Beteiligung der Wähler, weshalb es grundsätzlich ausgeschlossen ist, dass eine *Persona non grata* in ein Machtorgan des Staates gewählt wird.

Souveränitäten ...

An der Spitze der Staatsverwaltung steht die Regierung, der Unionsministerrat (bis 1946 der Volkskommissarenrat). Allerdings gibt es in der ganzen Sowjetunion 36 Regierungen — wie auch 36 Parlamente —: eine Zentralregierung, 15 Regierungen der Unionsrepubliken und 20 der Autonomen Republiken. Die Ministerien sind entweder «absolut zentralisierte» Unionsministerien oder *zentrale* Bundes- und Republikministerien, die in den einzelnen Unionsrepubliken gleichnamige, aber unter zentraler Führung tätige Republikministerien haben.

Nach der Rezentralisierung der Staatsverwaltung durch Breschnew zwischen 1965 und 1971 sind heute *alle wichtigen Ministerien*, vor allem die Wirtschaftsministerien, als Unionsministerien tätig, deren Kompetenzen das ganze Unionsgebiet *direkt* erfassen. Die in diesen Branchen tätigen Betriebe sind direkt ihnen unterstellt (die Lokalsowjets üben seit 1971 eine beschränkte Aufsichtsfunktion aus); sie haben in den Regierungen der Unionsrepubliken je einen Vertreter.

Ein Beispiel: die ganze sehr bedeutende aser-

beidschanische Oelindustrie ist direkt Moskau unterstellt. Die Aserbeidschaner haben also keine Möglichkeit, über ihre Naturschätze zu verfügen («Neokolonialismus» nach heutiger sowjetischer politischer Theorie).

Unter diesen Bedingungen kann die Behauptung schon gar nicht zutreffen, dass die 14 nichttrussischen Unionsrepubliken «souveräne» Staaten seien. Sie haben nicht einmal eine Autonomie, weder in der Legislative noch in der Staatsverwaltung. Um einer juristischen Präzisierung der Begriffe auszuweichen, erklärt die sowjetische Rechtswissenschaft, Souveränität und Autonomie seien keine juristischen, sondern politische Begriffe! Was immer das sonst bedeutet. Aber bestimmt: sie sind nicht rechtsverbindlich.

... und Kontrollen

Das normale Funktionieren des Staates wird durch das bürokratische und überdimensionierte Kontrollsystem erschwert. Es gibt eine staatliche und eine gesellschaftliche Kontrolle. Die erste umfasst die allgemeine Kontrolle (Parlament, Staatsanwaltschaft) und die Branchenkontrolle (über Handel, Finanzen usw.), die Regierungskontrolle via Ministerien, die Finanz- und Kreditkontrolle durch das Finanzministerium und die Staatsbank. Die gesellschaftliche Kontrolle wird verwirklicht von den Gewerkschaften, der Partei sowie von den Organen der 1962 errichteten Volkskontrolle, die allein über 10 Millionen Kontrolleure umfasst. (Zentrales Kontrollkomitee, Kontrollkomitees in allen territorialen Verwaltungseinheiten, Kontrollgruppen und -posten in Betrieben und Behörden.)

malerei
a.klima

Das
Fachgeschäft
für
individuelle
Arbeiten

Arthur Klima
dipl. Malermeister
Heimstrasse 31
3018 Bern
Telephon 031 56 40 31



Storen – Rolladen

Setzt neue Massstäbe in

Qualität
Leistung
Service

Altenbergstrasse 36 a
3000 Bern 13
Telephon 031 42 45 05

Die Partei

Die Macht im Staat liegt bei der Partei. Die Macht in der Partei liegt bei der Führung.

Die Partei ist die «führende und richtungweisende Kraft der sowjetischen Gesellschaft. Die Partei lenkt die grosse Bautätigkeit des Sowjetvolkes». In der Verfassung von 1936 war die Parteiführung im Staat ein Nebensatz von Artikel 126 («der leitende Kern aller Organisationen der Werktätigen, der gesellschaftlichen sowohl als auch der staatlichen»). In der neuen Verfassung ist der Parteiführung im Staat und in der Gesellschaft ein ganzer Artikel gewidmet (Art. 6: «führende und lenkende Kraft der Sowjetgesellschaft, der Kern ihres politischen Systems»); ausserdem bezeichnet Artikel 2 die Partei als «politische Grundlage der UdSSR».

Offiziell heisst es, die Parteiführung müsse beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung immer mehr ausgebaut werden. In der selbstverwaltenden staatenlosen kommunistischen Gesellschaft der Zukunft werde sie «vorerst» die Lenkung der Gesellschaft allein übernehmen, also den Staat ersetzen.

Ohne institutionalisierte Parteiführung gibt es keinen Sozialismus; den Ministerpräsidenten des ungarischen Volksaufstandes 1956, Imre Nagy, liess Chruschtschow am 17. Juni 1958 hinrichten, weil er auf die Parteiführung freiwillig verzichtet hatte und die Macht mit drei nichtkommunistischen Parteien teilen wollte.

Die Parteiführung ist eine objektive Gesetzmässigkeit des Sozialismus, da es nur die KP ist, welche die Entwicklungsgesetze erkennen und sie zum Wohl des Volkes ausnützen kann («Erkenntnisfunktion» als wichtigste Parteifunktion, im Sinne der Unfehlbarkeit).

Die Rechtswissenschaft definiert die Führungsrolle der Partei so:

1. Alle prinzipiellen und wichtigen Probleme des Staatslebens und der Gesellschaft müssen aufgrund der Parteidirektiven gelöst werden;
2. die Partei setzt in den wichtigeren Positionen die besten Werktätigen ein (Parteimonopol in der «Kaderpolitik»);
3. die Partei weist auf die Mängel in der Verwaltung hin und entscheidet (!), wie diese zu beheben sind.

Die Parteiführung als lückenlose Hierarchie im Staat, als «Staat im Staat», wird sichergestellt:

1. durch den parallelen Aufbau von Partei und Staat;

2. durch die mittels Parteimonopol in der «Kaderpolitik» garantierte Personalunion zwischen Partei- und Staatsorganen;
3. durch das im Parteistatut verankerte Recht der Parteiorgane auf die Kontrolle der parallelen Staats- und Wirtschaftsorgane.

1. Der Aufbau von Partei und Staat

Jeder territorialen Verwaltungseinheit des Staates entspricht eine Parteiorganisation, welche die Führung und Kontrolle *direkt* garantiert. Es gibt nur eine einzige Abweichung: Anstelle von 15 kommunistischen Parteien im Rahmen der Unionspartei — entsprechend den 15 Unionsrepubliken — gibt es ihrer nur 14. Die RSFSR hat keine eigene Partei, d. h. ihre Partei ist gleichzeitig die KPdSU. Die 14 Republikparteien gelten praktisch als Bestandteile der RSFSR-Partei. Die KPs der 14 Unionsrepubliken haben den Status einer Gebietsorganisation der Partei in der RSFSR!

Parallel zu den einzelnen staatlichen Organen funktioniert ein Parteiorgan, das den Staatsapparat leitet und kontrolliert. Den staatlichen Parlamenten (Obersten Sowjets) entsprechen die Parteikongresse (mit wenig echten Kompetenzen) und die Plenarsitzungen des Zentralkomitees (mehr Befugnisse). Vor jeder Parlamentssession wird eine ZK-Plenarsitzung abgehalten, wo alles entschieden wird, weshalb die Arbeit des staatlichen Parlaments nur eine leere Formalität ist.

Der Sowjetjurist Semjonow zur Parteiführung in der Rechtsschöpfung: «Das Recht wird... als Mittel zum Vollzug der Parteidirektiven formuliert, entwickelt und angewandt... Das Prinzip der Parteiführung im Sowjetrecht kommt in folgenden Aspekten zum Ausdruck: a) Das neue sozialistische Recht entstand und entwickelte sich unter Parteiführung... b) Auch die Formulierung des umfassenden nationalen Staatswillens, der das Wesen des Sowjetrechts in der Periode des kommunistischen Aufbaus ausdrückt, erfolgt unter der Führung der KP.»

Die Rechtsliteratur macht kein Geheimnis daraus, dass Parteibeschlüsse wichtiger sind als die staatlichen Gesetze und Verordnungen: «Was sind nun Beschlüsse? Dazu gehören die Beschlüsse des Parteitages, des ZK, des Politbüros und des Sekretariates des ZK, die Gesetze und Verordnungen der Regierung und die im Namen der Regierung abgegebenen Erklärungen.»

Die Reihenfolge dieser Aufzählung gibt zugleich die Hierarchie der Rechtsquellen an. Das erwähnte «Parteirecht» besteht aus veröffentlichten oder auch nichtveröffentlichten Beschlüssen und



Die Spezialfirma für:

- Schreinerarbeiten
- Innenausbau
- Fenster in Holz und Holz/Metall
- Zimmerarbeiten
- Bodenbeläge

Entscheiden. Sie verleihen dem Parteirecht — das die Grundlage des staatlichen Rechtes ist — einen willkürlichen Charakter.

Die Parallelität zwischen Staatsbehörden und Parteiorganen geht noch weiter. Im Rahmen des ZK-Sekretariates gibt es «Abteilungen» — ihre Zahl ist verschieden, entsprechend der jeweiligen Situation —, die eigentliche «Parteiministerien» sind. Auf die etwa 90 zentralen Ministerien und Staatskomitees (im Range eines Ministeriums) entfallen etwa 20 «Parteiministerien», die sie via entsprechende Sektionen leiten. Der Machthaber in den einzelnen Verwaltungsbranchen ist also nicht der staatliche Minister, der das Recht und die Pflicht hat, die Verordnungen und Verfügungen aufgrund der bindenden «richtungweisenden Anordnungen» des Parteiministeriums zu erarbeiten und (nach ihrer Bestätigung durch das Parteiministerium) zu verkünden, sondern die «graue Eminenz», der Parteiminister.

Die Verknüpfung zwischen Staats- und Parteiorganen geht vom Zentrum bis zum Dorf. Die Abteilung für Bildung und Kultur im städtischen Verwaltungsapparat arbeitet unter der Leitung der parallelen Abteilung im städtischen Parteikomitee.

2. Die Personalunion aufgrund der Kaderpolitik

Es gibt in allen Aemtern, Betrieben, Schulen usw. eine Anzahl Posten, die nur von der Partei oder aufgrund einer Parteiempfehlung — die für das Staats- oder Wirtschaftsorgan sogar *juristisch* bindend ist — besetzt werden dürfen. Jedes Parteikomitee — von der Grundorganisation bis zum ZK — hat eine Liste von Posten («Nomenklaturliste»), deren Besetzung seine Aufgabe ist. Auf der Liste sind auch die Namen jener Personen angeführt, die für diese Posten in Betracht kommen («Kaderreserven»).

Die Nomenklatur ist in dem Sinne beweglich, dass einzelne Posten und Funktionen den Kompetenzen gewisser Parteikomitees entzogen und in diejenigen anderer Komitees verwiesen werden können. Besteht in einer Unionsrepublik die Gefahr von «Lokalpatriotismus» (Nationalismus), oder will man gewisse Branchen der Volkswirtschaft direkter der zentralen Kontrolle unterstellen usw., so werden viele Posten, die bis dahin



«Bürger, die Versammlung ist schon zu Ende.» («Literaturnaja gaset», Moskau)

Wenn der Antrag ohnehin angenommen werden muss, braucht man nur anwesend zu sein, aber nicht präsent.

auf den Nomenklaturlisten der Bezirks-, Stadt- oder Gebietskomitees figurierten, in die Listen der Republik-ZKs oder sogar des zentralen ZK übertragen. Oder umgekehrt: Wollen Partei und Staat die lokalen Kompetenzen tatsächlich ausdehnen, kommen gewisse Funktionäre auf die Nomenklaturliste niedrigerer Parteikomitees.

Es kann vorkommen, dass offiziell ein Kurs auf Dezentralisierung der Kompetenzen auf Staatsebene läuft, während man auf Parteebene aber in entgegengesetzte Richtung treibt. Da immer die Partei primär ist, bedeutet dieser scheinbare Widerspruch nichts anderes, als dass die Partei einen Dezentralisierungskurs zwar innenpolitisch für opportun hält, sich aber dadurch gefährdet weiss und ihm daher hinter den Kulissen, wo alle Entscheidungen fallen, entgegenwirkt.

Die Karriere besteht also für die Funktionäre darin, dass man sie in eine höhere Nomenklaturliste einordnet. Die Nomenklaturfunktionäre haben ein Anrecht auf einen Posten, der auf ihrer Nomenklaturliste figuriert.

Die Partei sorgt dafür, dass ihre Leute, nach offizieller Version die «besten Söhne des Volkes», sogar gegenüber der staatlichen Justiz eine gewisse Immunität oder mindestens Sonderstellung geniessen. So brauchen sie sich um staatliche Verfügungen weniger zu kümmern und müssen ihre Aufmerksamkeit auf die strikte Verwirklichung der Parteianweisungen konzentrieren, auch wenn diese den ersten widersprechen

(was besonders in der Vergangenheit sehr oft der Fall war).

Eine eigentliche *strafrechtliche Sonderstellung* der Parteileute wird in Artikel 12 der Parteiverfassung (des Parteistatutes) garantiert: Begeht ein Kommunist eine strafbare Handlung, so wird er aus der Partei ausgeschlossen und erst dann vor Gericht gebracht. Bekommt er aber eine mildere Parteistrafe (Warnung, Verweis, strenger Verweis), so ist er für Staatsjustiz und Polizei tabu.

Die Partei hat also eine eigene Gerichtsbarkeit, mit dem Zentralen Komitee für Parteikontrolle an der Spitze («oberstes Parteigericht»). Bei den niedrigeren Parteikomitees funktionieren die sogenannten Kommissionen für die persönlichen Angelegenheiten der Kommunisten. Die Möglichkeit zur Berufung reicht für KP-Mitglieder bis zum «obersten Parteigericht».

Das Monopol auf führende Posten und die eigene Gerichtsbarkeit verleihen der Partei den Charakter eines neuen Adels, der den Staat als neo-feudales Instrument benutzt.

3. Kontrolle über die Staats- und Wirtschaftsorgane

Artikel 60 der Parteiverfassung garantiert den KPdSU-Grundorganisationen in den Behörden und Verwaltungen, in Betrieben, Schulen usw. das Recht auf die Kontrolle. Ein Ministerium steht also unter der Kontrolle des parallelen Parteiministeriums und der eigenen Grundorganisa-

tion; eine Schule untersteht der Kontrolle des Bezirks- (oder Stadt-)Parteikomitees durch dessen Abteilung für die Bildung sowie der eigenen Grundorganisation. In den Grundorganisationen bestehen verschiedene Kontrollkommissionen, welche die einzelnen Aspekte der Tätigkeit des Betriebes (oder des Amtes usw.) kontrollieren.

Die organisatorische Grundlage der Partei bilden einmal das *Verbot jeglicher Fraktionstätigkeit* (von einer Opposition gar nicht zu sprechen) und dann der *Demokratische Zentralismus*. Dieser bestimmt, dass die Parteiwahlen zwar von unten nach oben stattfinden, aber immer von der nächsthöheren Instanz zu bestätigen sind. Ferner darf eine überstimmte Gruppe eines jeden Gremiums nicht länger ihre Ansicht vertreten, wenn der Entscheid gefallen ist. Eine neue Willensbildung in der gleichen Sache ist also ausgeschlossen, es sei denn, sie komme von oben. Alles andere wäre ein Bruch mit der Parteidisziplin, der wichtigsten Voraussetzung zur Mitgliedschaft.

An der Spitze der Partei steht nominell der *Partei-kongress*, der einmal in fünf Jahren einberufen werden muss; dieser wählt ein *Zentralkomitee* mit Vollmitgliedern und Mitgliedschaftskandidaten und eine *Zentrale Kommission für Revision*. Das ZK wählt aus seinen Leuten das *Politbüro* (das oberste Kollektivorgan der Partei), das Sekretariat (das oberste Exekutivorgan) und das *Zentrale Komitee für Parteikontrolle* (oberstes Parteigericht).

Das ZK hält mindestens zwei Plenarsitzungen im Jahr ab. Das Politbüro kommt von Fall zu Fall zusammen, und die Mitglieder des Sekretariates sind vollamtliche Parteifunktionäre. Dabei ist die *Kompetenzübertragung* die Regel. Ausschliessliche Kongresskompetenzen wären: die Wahl des ZK, die Verabschiedung des Programmes und des Statuts, die Bestimmung der Generallinie der Innen- und Aussenpolitik. Bis auf diese paar Tage pro halbes Jahrzehnt *übernimmt das ZK die gesamte Kompetenz des Kongresses*. Seine eigenen Kompetenzen werden zwischen zwei Plenarsitzungen *vom Politbüro übernommen*, dessen 10 Vollmitglieder und 15 Kandidaten das oberste Entscheidungsorgan in der Partei und im Staate sind. In der Vergangenheit gab es noch eine Rivalität zwischen ZK-Sekretariat (11 Mann) und Politbüro.

Die 14 Republiksparteien haben die gleichen Führungsorgane. Alle übrigen Parteiorganisationen haben als oberstes Organ eine Parteikonferenz (die Grundorganisationen meistens eine Mitglieder-versammlung). Diese wählt das Parteikomitee und die Revisionskommission, das Komitee seinerseits die Sekretäre und das «Büro».

Die Partei versteht sich als Vorhut und nicht als Massenorganisation; heute hat sie immerhin rund 16 Millionen Mitglieder (unter 260 Millionen Einwohnern). Sie sollte ferner den Charakter einer «Arbeiterorganisation» haben; tatsächlich ist sie aber eine Organisation von Funktionären. Bedingungen der Mitgliedschaft: Mindestalter 18 Jahre, sowjetische Staatsbürgerschaft, Zahlung der (geringen) Mitgliedschaftsbeiträge, Anerkennung des Programms und des Statuts. Die Aufnahme erfolgt von den Grundorganisationen mit anschließender Bestätigung durch das Stadt- oder Bezirkskomitee. Die Mitgliedschaft ist zweistufig: Mitgliedschaftskandidaten (ein Jahr) und Vollmitglieder. Die Ausbildung der Kommunisten auf politischem Gebiet erfolgt im dreigliedrigen System der Parteischulen.

Neu im Verlag SOI Bern

Genossengeflüster

Flüsterwitze und Karikaturen aus dem Osten (4. Folge). Herausgegeben von Alexander E. Heimann. 1977, 117 S., br., 7.80; ISBN 3-85913-098-6



Was ist Kommunismus? Wenn alle von allem genug haben.

Was ist Sozialismus? Sozialismus ist ein System zum Ueberwinden von Schwierigkeiten, die es ohne Sozialismus gar nicht gäbe.

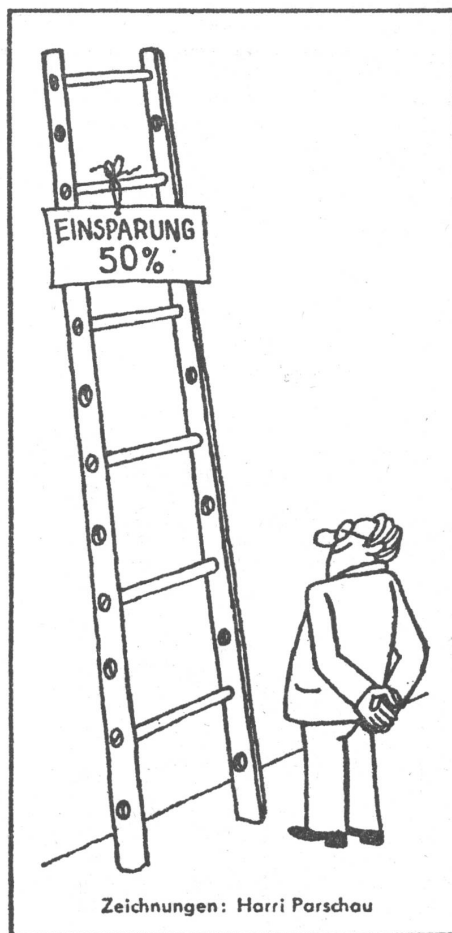


Etwas müdes Nachmittagsgespräch zwischen zwei Pensionierten in einem schattigen Ostberliner Park: «Sag mal, Günther, was geschieht, wenn man unsere staatliche Planungskommission in die Wüste schickt?» – «Na, zwei Jahre lang passiert gar nichts, dann wird voraussichtlich der Sand knapp.»



Erhältlich
in jeder Buchhandlung

Verlag SOI
Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6



Zeichnungen: Harri Parschau

(«Eulenspiegel», Ostberlin)

Grundrechte

Die Sowjetunion gewährt ihren Staatsbürgern gewisse Grundrechte und Grundfreiheiten. Der Nachteil ist, dass sie nur zu Zwecken gebraucht werden dürfen, welche die Führung als richtig befindet. Das bestimmt schon die Verfassung. Und die Machthaber sorgen dafür, dass wenigstens dieser eine Verfassungsgrundsatz auch eingehalten wird.

Etliche an sich wichtige Grundrechte und Grundfreiheiten waren bereits in den Verfassungen von 1924 und 1936 aufgezählt, wenn auch leider nicht garantiert worden. Bei etlichen andern fehlte schon die Erwähnung. Nicht genannt wurde insbesondere das Recht auf freie Bewegung (Freizügigkeit) im In- und Ausland, auf Arbeitsniederlegung, auf politische oder ideologische Opposition, auf freie Berufswahl, auf Gleichberechtigung unbeschadet der sozialen Herkunft, auf freies Privatleben, auf Eigentum.

Du darfst zum Zwecke von . . .

Die neueste, noch nicht rechtskräftige Verfassung von 1977 hat die Liste der Rechte erweitert. Und gleichzeitig noch mehr als früher betont, dass sie nicht frei in Anspruch genommen werden dürfen.

Die Dialektik ist immer die gleiche: Du darfst zum Zwecke von . . .

Schon das bis zu diesem Herbst noch geltende Grundgesetz «garantiert» in Artikel 125 den Bürgern der UdSSR: a) die Redefreiheit, b) die Pressefreiheit, c) die Kundgebungs- und Versammlungsfreiheit, d) die Freiheit von Strassenumzügen und Demonstrationen. Aber (nur) «in Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zum Zwecke der Festigung des sozialistischen Systems».

Also: Man darf z. B. am offiziellen Umzug zum 1. Mai mitmarschieren. Man darf bloss nicht für eine nicht genehme Zielsetzung demonstrieren.

Die Grundrechte und Grundfreiheiten sind restlos dem Belieben jener ausgeliefert, die sagen dürfen, was die werktätigen Interessen und die sozialistischen Festigungszwecke sind.

Das Bindeglied zwischen Recht und Politik ist die sogenannte *sozialistische Gesetzmäßigkeit*. Sie gehört zu den Grundsätzen der Rechtsanwendung. Keine Rechtsnorm darf gegen die sozialistischen Interessen missbraucht werden, denn sie hat diesen zu dienen und ist nie «an sich» gültig. Jede Rechtsanwendung muss die bestehende Ordnung festigen. Dazu das geltende Parteiprogramm (Teil 1, Kap. 1):

«Die Einhaltung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit kommt der Verwirklichung einer richtigen sozialistischen Zweckdienlichkeit gleich, die den Zielsetzungen der sozialistischen Revolution entspricht.»

Die «richtige Zweckdienlichkeit» ist demnach das Kriterium für die Anwendung des Rechts. Damit ist der absolute Rechtsschutz jeweils demjenigen zugesichert, der über die richtige Zweckdienlichkeit befindet. Eine Rechtsanwendung ausserhalb dieser Willkür ist tatsächlich unmöglich.

Der Tatbestand wird — unter natürlich anderer Bewertung — denn auch keineswegs abgestritten. Der sowjetische Rechtsexperte Kulikow:

«Wir verheimlichen nicht, dass die Rechte und Freiheiten, die den Mitgliedern der sozialistischen

Gesellschaft auf weitgehende Weise garantiert sind, die Einschränkungen gegen ihren Missbrauch einschliessen. Aber die Einschränkungen betreffen nur die einzelnen Personen, wogegen sie dem Interesse der Gesellschaft insgesamt dienen.»

Das ist, in euphemistisch begründeter Umschreibung, eine Bestätigung der *individuellen Rechtlosigkeit*.

Diese gilt übrigens als unerheblich, weil man vom (behaupteten) Prinzip ausgeht, dass *individuelle und gesellschaftliche Interessen identisch* seien oder sein müssten. Ein Interessenkonflikt wird daher als nur scheinbar und vordergründig verstanden. (Extrem ausgedrückt: «Du willst nicht sterben? Das kommt nur daher, dass du noch nicht verstehst, dass dein Tod als Teil des Gesamtinteresses auch *dein* Interesse ist.») Entsteht ein praktischer Konflikt, so muss er angesichts seiner unausweichlichen Scheinbarkeit so gelöst werden, dass das *Gesamtinteresse den Vorrang vor Einzelinteressen oder Gruppeninteressen* erhält. Wiederum: Wer das Gesamtinteresse bestimmt . . .

Oder, wie es der polnische Autor Sokolowicz sagt:

«Die Grundrechte sind im Sozialismus soweit garantiert, als sie das Programm zur sozialistisch-kommunistischen Umgestaltung nicht in seiner Verwirklichung stören. Dieses Programm bestimmt die Grenzen, innerhalb derer die Freiheit

der Meinungsäußerung, die Freiheit von Versammlung und Vereinigung und alle übrigen Rechte genutzt werden können.»

Sogar auf dem Höhepunkt der «Liberalisierung», nämlich 1962, sagte der «Chefideologe» Iljitschow:

«Es gibt bei uns vollständige Freiheit zum Kampf für den Kommunismus. Aber es gibt keine Freiheit zum Kampf gegen den Kommunismus, und es kann sie nicht geben.»

(Was nicht einmal stimmt. Soll ein Maoist versuchen, die vollständige Freiheit zum Kampf für den Kommunismus in Anspruch zu nehmen! Und: Die marxistische Opposition — etwa Kronid Ljubarskij — sagt schon lange, dass der Kampf gegen den Kommunismus im Namen des Kommunismus von der Parteiführung betrieben wird. Argumentativ ist, wie man sieht, alles möglich. Da kommt es also wirklich nur darauf an, wer wen wegen feindlicher Argumentation ins Gefängnis schicken kann.)

Im besten Fall, d. h. wenn man die Selbstdarstellung gelten lässt, heisst es: «Einschränkung der Freiheit im Interesse der Freiheit.» Unbeschränkte Freiheitsrechte, z. B. auf Berufswahl oder auf Kritik, werden nach dieser Auffassung erst dann aktuell, wenn der Mensch reif genug ist, sie nicht zu missbrauchen.

Der sowjetische Rechtsphilosoph Chomenok schreibt: «In der sozialistischen Sowjetgesellschaft ist es die Gesamtheit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Struktur, die den Staatsbürgern die politische Freiheit garantiert.» Gemeint: Was braucht ihr da noch nach gesetzlichen Garantien zu rufen! Und das ist denn auch das Paradox: Als Garant der Freiheit setzt sich ausgerechnet jener Faktor in Szene, in dessen Interesse die Freiheit unterdrückt wird.

Die ganze Interpretation der relativierten Grundrechte dient zunächst einem Ziel: der Verteidigung des Systems. Und indirekt verteidigt sie ganz einfach die uneingeschränkte Herrschaft einer kleinen Führungselite.

Dass man sich bei jeglichem Vorgehen auf ideologische Argumente beruft, spielt keine Rolle. Erstens haben sie ohnehin axiomatischen Charakter, und zweitens dienen sie als Rechtfertigung für die unterschiedlichsten, ja, gegensätzlichsten Dinge. Entscheidend ist, wem sie als Alibi der Machtausübung zur Verfügung stehen.

Was doch neu ist

Die neue Verfassung von 1977 hat die Liste der aufgeführten staatsbürgerlichen Grundrechte ausgedehnt. Nur hat das Regime nicht ihren Gebrauch abgesichert; vielmehr hat es sich selber vor ihrem Gebrauch abgesichert. Und das kommt im neuen Text noch unmissverständlicher zum Ausdruck als zuvor:

«Die Nutzung der Rechte und Freiheiten durch die Bürger darf den Interessen von Gesellschaft und Staat (. . .) keinen Schaden zufügen.» (Artikel 39)

«Die Verwirklichung der Rechte und Freiheiten ist von der Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten nicht zu trennen.» (Art. 59)

Und Breschnew sagte, als er den Text dem ZK vorlegte:

«Es versteht sich von selbst, Genossen, dass der Verfassungsentwurf davon ausgeht, dass die



Komitee-Sitzung. Was hat sie zu beschliessen? Wie die Beschlüsse von oben verwirklicht werden sollen.

Rechte und Freiheiten der Bürger nicht gegen unsere gesellschaftliche Ordnung, gegen die Interessen des Sowjetvolkes, ausgenützt werden können und dürfen.»

Von ihrem fehlenden Gebrauchswert abgesehen, zeigt die grössere Zahl von ausdrücklich genannten Grundrechten, dass man den Zeitbedürfnissen und ihrem Druck doch Rechnung tragen musste, sei es im nationalen oder im internationalen Kontext (Unterzeichnung entsprechender Konventionen durch die UdSSR).

*

Zu den Neuerungen gehört es, dass die Verfassung das Recht der Werktätigen auf *Miëbestimmung* hervorhebt (Art. 8 und 48). Allerdings ist das genau besehen ein Recht auf erweiterten Parteieinfluss. Die Werktätigen dürfen nämlich von ihrem Recht nur durch «ihre» Organisationen (hauptsächlich die Gewerkschaften) Gebrauch machen, die ihrerseits der Führung und Kontrolle durch die Partei unterstellt sind.

*

Neu sind ferner: das Recht auf *Berufswahl* (Art. 40), die Einführung der *41stündigen Arbeitswoche* (Art. 41), das *Recht auf Wohnung* (Art. 44), das *Recht auf Kritik* (Art. 49).

Die freie Berufswahl (innerhalb der Planwirtschaft und ihrer Vorschriften freilich) ist wohl wenigstens tendenziell auch so gemeint. Das Recht auf Kritik umfasst natürlich nur die «konstruktive» Kritik; die Anfechtung von Partei, Parteipolitik usw. bleibt verboten.

*

Positiv zu vermerken ist in Art. 34 eine neue Formulierung für die Gleichberechtigung. 1936 hatte man sie nur bezüglich «Nationalität und Rasse» (Art. 123) anerkannt. Heute entsprechen die Kriterien mehr den Anforderungen der UNO-Menschenrechtserklärung (auf die sich die Verfassung anderweitig, nämlich bei der Aussenpolitik, bezieht):

«Die Bürger der UdSSR sind vor dem Gesetze gleich, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer sozialen und materiellen Lage, ihrer Zugehörigkeit zu Nation und Rasse, ihrem Geschlecht, ihrer Bildung, ihrer Sprache, ihrer Religion.»

Natürlich fehlt «... unabhängig von ihrer Weltanschauung». Das wäre ein Widerruf nicht nur der Verfassung, sondern der gesamten Ordnung. Von durchaus praktischer Bedeutung ist Artikel 17, der die *Existenz des privaten Handwerkssektors* vorsieht, den man unter Stalin liquidiert hatte:

«In der Sowjetunion wird im gesetzlichen Rahmen die individuelle (private) Arbeit zugelassen im Handwerk, in der Landwirtschaft, im Dienstleistungssektor sowie in jeder weiteren Tätigkeit, die sich auf den persönlichen Einsatz eines Bürgers und seiner Familienmitglieder stützt.»

Diese Zusicherung muss schon deshalb praktisch gemeint sein, weil man aus Gründen der Theorieangleichung eher dazu kommen würde, den privaten Sektor zu verschweigen. Sicher trägt der Artikel der an sich eher peinlichen Tatsache Rechnung, dass die Bestrebungen zur staatlichen Bedürfnisdeckung z. B. im Konsum und bei Reparaturen usw. gescheitert sind. Um nicht länger mit der Schwarzarbeit zu leben, legalisiert man sie (zum Teil). Für viele «Private» hat das den Vorteil, dass sie nicht länger durch die «Parasitengesetzgebung» bedroht sind.



Völkerkarte der Sowjetunion.

Die Völker

Eines der Hauptprobleme sowjetischer Innenpolitik ist die Frage der Nationen und Nationalitäten (Völker und Völkerschaften).

Aufbau

Die UdSSR ist ein ausgesprochener *Vielvölkerstaat*, und es ist schon aus diesem Grund ein Unfug, sie «Russland» zu nennen (für «nationalbewusste» Balten oder Ukrainer z. B. ist es überdies eine Beleidigung).

Die Russen stellen mit 130 Millionen rund die Hälfte der 260 Millionen sowjetischer Einwohner. In die andere Hälfte teilen sich über 100 Völker und ethnische Gruppierungen, von deren Angehörigen allerdings ein variabler Prozentsatz vorwiegend oder ausschliesslich Russisch spricht, also sprachlich «russifiziert» ist.

Das zahlenmässige Gewicht der ethnischen Gruppierungen ist unterschiedlich: Ukrainer 41 Millionen; Weissrussen wie Usbeken gut 9; Tataren 6; Kasachen 5,3; Aserbeidschaner 4,4; Armenier 3,6; Georgier (Grusinier) 3,3; Moldauer und Litauer je 2,7; Juden 2,1 Millionen usw.

Der sowjetische Sprachgebrauch unterscheidet



Das Glück der Völker.

vier Kategorien: Nationen (34), Nationalitäten (23), ethnische Gruppen (19), nationale Gruppen (33).

Offiziell ist die Sowjetunion *nach dem nationalen Prinzip aufgebaut*, und so wird bestimmten Völkern eine eigene Staatlichkeit oder Autonomie im Rahmen der territorialen Gliederung — Unionsrepublik, Autonome Republik, Autonomes Gebiet, Nationaler Kreis (demnächst Autonomer Kreis genannt) — zugestanden. Das Kriterium ist kaum die Grösse: die 140 000 Tuwiner haben gleich eine Autonome Republik (die Untergliederungen liegen mehrheitlich in der RSFSR), die 1,8 Millionen Deutschen oder die 1,2 Millionen Polen aber nicht einmal einen Autonomen Kreis. Weil die diversen «Autonomien» ohnehin nicht viel mehr bedeuten als ein Alibi, spielt das allerdings keine zu grosse Rolle.

Selbstverständlich gibt es Ukrainer nicht nur in der Ukraine und Esten nicht nur in Estland. Und insofern ist es ebenfalls nicht so unnatürlich, dass sich auch die Russen keineswegs auf «ihre» Russische Föderation (RSFSR) beschränken. Nur wird ihre Präsenz in den übrigen Sowjetrepubliken leicht als kolonialistisch verstanden und enthält tatsächlich auch ein Element der zentralen Kontrolle Moskaus. Diese ist essentiell *sowjetisch*; sie wird von Russen und Nichtrussen über Russen und Nichtrussen ausgeübt. Aber sie hat unzweifelhaft auch eine russische Schlagseite. Da die andern Völker mit «ihren» Territorien über keinerlei echte Souveränität verfügen, lasten sie das zuweilen etwas summarisch «den Russen» an, die auch nichts dafür können.

Als Folge der (gelenkten oder un gelenkten) Migration sind viele «staatsbildende Nationen» auf ihrem eigenen Territorium zur Minderheit geworden. Das trifft auf 15 der 20 Autonomen Sowjetrepubliken (ASSR) zu.

Demographie

In einer «natürlichen» Beziehung stehen die Russen sozusagen in der Defensive: die *demographische Entwicklung* verläuft zu ihren Ungunsten. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung geht stetig zurück: 58,4 Prozent für 1939, 54,8 für 1959 und 53,3 für 1970 (letzte Volkszählung). Seither hat sich die Tendenz sogar verstärkt, so dass das Verhältnis von ungefähr 1 : 1 schon jetzt erreicht ist. Der Grund ist *der stär-*

kere Geburtenüberschuss in der Peripherie. Bei einer natürlichen Zuwachsrate von 9/1000 für die ganze Union liegen die Promillesätze für die ausserrussischen Gebiete höher: Georgien 11, Moldau 12, Armenien und Kasachstan je 17, Usbekistan und Turkmenien je 27, Tadschikistan 28 Promille.

Russifizierung

Wie steht es mit der Russifizierung? Es gibt sie nicht nur als Folge der Vermischung (die üblicherweise der Mehrheitskultur zugute kommt), sondern auch als regimegeförderte Nachhilfe, denn sie ist ein gegebenes Instrument zur angestrebten Schaffung einheitlicher «Sowjetmenschen».

Wichtigste Träger der bewussten Russifizierung sind die Schule, die Presse und die (insbesondere historische) Literatur.

Hinsichtlich der jeweiligen sprachlichen Gegebenheiten gibt es in der Sowjetunion drei Volksschultypen: die «nationale Schule» mit nichtrussischem muttersprachlichem Unterricht, die Schulen mit russischer Unterrichtssprache (auch in den nichtrussischen Gebieten) und die sog. gemischten Schulen. In den nichtrussischen Gebieten gehören die meisten Schulen dieser dritten Kategorie mit zweisprachigem Unterricht an. Insgesamt unterrichtet man heute auf dem sowjetischen Territorium (nur oder immerhin) in 56 Sprachen, was für rund die Hälfte der Nationalitäten und Volksgruppen muttersprachlichen Primarschulunterricht ausschliesst.

Auf der Mittelschulstufe (sie umfasst heute die oberen Klassen der Zehnjahresschule) gibt es muttersprachliche Lehranstalten für Russen und 16 weitere Nationen.

In den National Schulen kann von der 4. oder 5. Klasse an normalerweise auf russischsprachigen Unterricht umgestellt werden, wenn die Eltern das wünschen. Dagegen ist bei der häufigen Umwandlung von nationalen in russische Schulen die Berücksichtigung der Elternwünsche eine blosser Floskel der Berichterstattung. So war natürlich der angebliche «Volkswille» nirgends, als man gleich alle karelischen Schulen russifizierte. Besonders oft sind auch jüdische Schulen «transformiert» worden.

In der UdSSR gibt es eine sprachliche Vielfalt im Zeitungswesen, aber sie täuscht.

1971 zählte man Zeitungen in 57 Sprachen der Sowjetvölker (und in 9 Fremdsprachen). 32,1 Prozent aller Zeitungen waren nichtrussisch —, und es waren die kleinsten und unbedeutendsten. Auf russische Zeitungen entfallen 84 Prozent der Bogenzahl; sie sind also im Schnitt umfangreicher. In einigen Unionsrepubliken sind die landessprachlichen Zeitungen in der Minderzahl: So gab es 1971 in Kasachstan 130 kasachische und 216 russische Zeitungen.

Die Verteilung (1971) bei den Zeitschriften: 82,8 Prozent russisch, 14,8 Prozent nationalsprachig, 2,5 Prozent fremdsprachig.

1972 wurden in der UdSSR 82 795 Bücher herausgegeben, davon 63 132 russisch, 3477 ukrainisch, 12 523 in andern Sowjetsprachen, 3663 in Fremdsprachen. Für ausländische Propaganda gibt also die UdSSR mehr Bücher heraus als für die ganze Ukraine.

Bei den meisten nichtrussischen Büchern han-

delt es sich entweder um Lehrmaterialien oder um ideologisch-politische Unterweisung.

Als besonders grausam erweist es sich für die nichtrussischen Völker, dass man ihnen ihre Geschichte wegnimmt.

Von den Historikern und Literaten verlangt man, dass sie sich nur mit Faktoren befassen, die zur Annäherung der Sowjetvölker beitragen. Der Widerstand gegen diese Auflage ist allerdings so gross, dass die offiziellen Klagen über den «Chauvinismus» oder «die unverständliche Begeisterung für längst überlebte Traditionen» nicht mehr abbrechen. In Georgien z. B. hat man vor fünf Jahren eine Menge von Historikern aus Hochschulen und Instituten hinausgesäubert, und es hat nichts genützt.

Eine permanente Quelle für böses Blut ist die Souveränitätshypokrisie der (alten und neuen) Sowjetverfassung.

Diese gesteht den 15 Unionsrepubliken das Sezessionsrecht zu, aber gleichzeitig qualifiziert das Strafrecht (Art. 64 RSFSR-StGB und Art. 1 Unionsgesetz über staatsfeindliche Handlungen) jegliche Äusserung oder Handlung gegen die territoriale Integrität der UdSSR als Hochverrat. Also: das Sezessionsrecht habt ihr; aber wenn ihr es in Anspruch nehmen wollt, kann man euch erschliessen.

Dieser Hohn musste zur stalinistischen Zeit widerspruchslos hingenommen werden. Heute wirkt er kontraproduktiv, um so mehr, als er auch von russischen Bürgerrechtlern unmissverständlich angeprangert wird. Das Gegenrecht der nationalistischen Opposition würde darin bestehen, sich auch für die übernationalen Belange von Menschenrechten und Demokratie zu engagieren, schon weil ein solches Programm auch die Grundlage wäre, um freie Volksbefragungen selbst bei nationalen Anliegen zu ermöglichen.

Aussenpolitik

Die sowjetische Aussenpolitik enthält zwei Hauptkomponenten. Einmal bedeutet sie Systemexport nach ideologischen Revolutionsvorstellungen. Zum andern sucht sie die nationalen Ambitionen einer Grossmacht durchzusetzen, die tatsächlich zur Supermacht geworden ist.

Zu dieser erfolgreich kombinierten Doppelfunktion offensiver Natur ist in den letzten Jahrzehnten und Jahren vermehrt auch ein defensives Element in Erscheinung getreten: die Sorge um die Wahrung des Bestandes an Macht und Einflussphären. Aber die Sorgen des Reichen heben die Sorgen des Armen nicht auf. Wenn die Sowjetunion mit der Zeit den Preis ihrer Expansion zahlen muss, so entrichten ihn doch vorerst jene, die ihr zum Opfer fallen. Noch geht sie weiter. Insgesamt hat die Sowjetunion nicht aufgehört, an globaler Statur zu gewinnen. Im Gegensatz zum Westen.

Und hier sind die Merkpunkte einer Bilanz sowjetischer Aussenpolitik:

- *Das Sowjetlager ist wieder diszipliniert* worden. Die Invasion der CSSR war ein klares Veto gegen die Emanzipationsbestrebungen unter Chruschtschow. Rumänien hat seinen eigenen aussenpolitischen Kurs beibehalten, aber mit kleinerem Spielraum. Die Krisen in Polen von 1970 und 1976 führten nicht zur aussenpolitischen Konfrontation. Andererseits ist in Osteuropa wie in der UdSSR selbst eine artikuliertere Opposition aufgetreten; einen Machtfaktor stellt sie noch nicht dar.

- *Jugoslawien* schien zu Beginn der siebziger Jahre ins Sowjetlager zu gleiten, hat aber seither Selbständigkeit dokumentiert. Nach Titos Tod wird man weitersehen.

- *Der kubanische «Vorposten»* ist seit 1968 erfolgreich resatellisiert und neu sowjetisiert worden. Kuba hat seine Stellvertreterrolle unter anderem in Afrika gespielt.

- *Moskau konnte sein Verhältnis zu Peking nicht bessern*, weder nach dem Sturz Chruschtschows in der UdSSR noch nach dem Tod Maos in China. Die «ideologische Auseinandersetzung» von früher hat sich zur zwischenstaatlichen Feindschaft verfestigt. (Ursprünglich hatten die Chinesen den Sowjets die Entstalinisierung vorgeworfen, aber ihre sowjetische Zurücknahme hat die Sache nur noch schlimmer gemacht.) Im Rivalenkampf zwischen den beiden kommunistischen Mächten um äusseren Einfluss war die UdSSR erfolgreicher.

- *In Südostasien* war es die Sowjetunion, die von der Eroberung Südvietnams durch den Norden profitiert hat. Hingegen hat die mörderische kommunistische Machtergreifung in Kambodscha zu keiner eindeutigen Lagerzugehörigkeit geführt.

- *In Indien* hat die Abwahl von Indira Gandhi die sowjetische Beschützerrolle geschwächt, aber Moskau hat durch geschicktes Lavieren einen radikalen Kurswechsel vermeiden können.

- *In den arabischen Ländern* machen es wechselnde Konstellationen auch den Sowjets schwer. Mit Ägypten, ihrem Hauptstützpunkt zur Zeit Nassers, sind sie so gut wie verkracht, im Libyen des ehemaligen Sowjetfressers Gadhafi sind sie militärisch und politisch «in».

- *Am Horn von Afrika* wollte (und will) Moskau eine Fünfer-und-Weggli-Politik machen. Es

Victor Lasserre

Eine

SCHWEIZ

vom Verdacht befreit!

**Offener Brief an
Jean Ziegler**



176 Seiten, 13 x 20 cm Fr. 23.50
Cosmos-Verlag AG Bern, Tel. 031 424 666

hatte Somalia scheinbar auf sicher und dachte Äthiopien einfach dazu zu bekommen, obwohl die beiden Staaten Feinde sind. Immerhin: das Dilemma eines Ueberangebots an Schützlingen möchten andere haben. Vis-à-vis, in Südjemem, besteht die sowjetische Dominanz weiterhin.

● In *Angola* und *Mozambique* hat die Sowjetunion nach der Aufhebung der portugiesischen Macht sowohl den zuschauenden Westen als auch autochthone afrikanische Befreiungsbewegungen ausgespielt und beide Länder in unglaublich kurzer Zeit an sich genommen. Nun will sie nach einem Sturz der weisen Regimes in Rhodesien und Südafrika auch dort erben. Insgesamt ist der sowjetischen Politik in Schwarzafrika sozusagen ein grosser Sprung gelungen.

● Den *westlichen Ländern* gestattet Moskau einen Wettbewerb um den Export von Krediten, Know-how und Investitionen in die UdSSR. Nicht ganz nach sowjetischen Wünschen verlaufen ist bisher die KSZE, eine an sich sowjetische Idee; die Verbindung mit Menschenrechtsfragen (allerdings von der Opposition im Sowjetlager nachhaltiger gefordert als vom Westen) hatte nicht zum Moskauer Konzept gehört. In Portugal ist eine kommunistische Machtübernahme unter sowjetischen Vorzeichen nur knapp gescheitert; das Ringen geht weiter.

★★★

Die ideologische und theoretische Grundlage der sowjetischen Aussenpolitik ist der marxistisch-leninistische Begriff der Politik. Diese wird als *eine Form des Klassenkampfes* verstanden, und Aussenpolitik als Klassenkampf in internationalen Dimensionen.

Weil das Klassenkriterium als Grundlage der Aussenpolitik dient, kann man nicht von einer einheitlichen sowjetischen Aussenpolitik reden. Sie gestaltet sich je nach Klassencharakter der einzelnen Partnerstaaten verschieden — mindestens in der Theorie.

Breschnew-Doktrin

Als Prinzip für die Regelung der aussenpolitischen Beziehungen zu den «sozialistischen» Ländern gilt der *sozialistische Internationalismus*, der einen Teil der als «proletarischer Internationalismus» bekannten allgemeinen politischen Linie bildet. Die aussenpolitischen Beziehungen zu den entwickelten kapitalistischen Ländern beruhen auf der sog. *«friedlichen Koexistenz»*. Diese ist eine spezifische Form des internationalen Klassenkampfes in der Gegenwart. Dem proletarischen Internationalismus (Solidarität und Unterstützung der durch den Kapitalismus ausgebeuteten Schichten) liegt das Klassenbündnis zugrunde, der friedlichen Koexistenz aber der internationale Klassenkampf.

Zwischen Entwicklungsländern und entwickelten kapitalistischen Ländern wird eine friedliche Koexistenz bis zur Beseitigung des Kolonialismus in allen seinen Formen (Wirtschaftsaustausch mit dem Westen) ausgeschlossen. Einerseits «koexistiert» die UdSSR mit dem Westen «friedlich», andererseits schliesst sie sich mit der Dritten Welt gegen den Westen zusammen.

Der *sozialistische Internationalismus* bedeutet die Breschnew-Doktrin von der beschränkten Souveränität der Ostblockstaaten zugunsten des ältesten Bruders, der Sowjetunion, ferner das Interventionsrecht der übrigen Ostblockstaaten, wenn in einem von ihnen der Sozialismus sowje-

tischer Prägung gefährdet ist. Breschnew formulierte «seine» Doktrin — die allerdings schon vorher von Chruschtschow praktiziert worden war (Ungarn 1956) — auf dem 5. Polnischen Parteitag am 12. November 1968:

«Wenn die inneren und äusseren antisozialistischen Kräfte bemüht sind, die Entwicklung irgendeines sozialistischen Staates in Richtung auf die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung zu lenken, wenn in diesem Lande eine Gefahr für den Sozialismus entsteht, wenn die Sicherheit der ganzen sozialistischen Gemeinschaft gefährdet wird, so ist dies nicht mehr das Problem des betreffenden Landes, sondern ein gemeinsames Problem, das alle sozialistischen Länder angeht.»

WP nur nebenbei

Den organisatorischen Rahmen des Sowjetblocks bilden: 1. die bilateralen Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe, 2. der 1949 gegründete Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), 3. die 1955 gegründete Organisation der Warschauer-Pakt-Staaten, 4. die in den Statuten der Ostblockparteien verankerte Führungsrolle der KP.

Die friedliche Koexistenz ihrerseits ist berufen, im Westen eine revolutionäre Lage vorzubereiten, ohne die es laut Marxismus-Leninismus keine Revolution geben kann. Ein polnischer Autor drückte das Wesen dieser Politik so aus: «Wer behauptet, die friedliche Koexistenz bedeute die Aufrechterhaltung des Status quo, der irrt.»

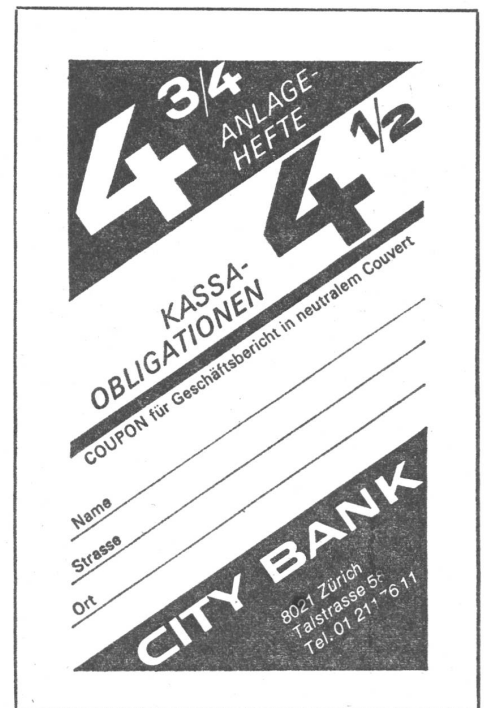
Das wichtigste Bestandelement der friedlichen Koexistenzpolitik ist der «Kampf für die Demokratie» im Westen; dieser Kampf richtet sich freilich nicht auf die Wiederherstellung allfälligerweise verletzter bürgerlicher Demokratie, sondern auf die Einführung der «sozialistischen Demokratie». Der sowjetische Politologe Minajew schrieb: «Der konsequente Kampf für die Demokratie führt letzten Endes zur Expropriation des Bürgertums, zur Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Der Kampf für die Demokratie ist also ein Mittel zur Durchführung der sozialistischen Revolution... Demokratische Reformen und Umgestaltungen sind in der Gegenwart ein neues taktisches Kampfmittel, das die Herbeiführung der sozialistischen Revolution garantiert.» Als Musterbeispiel für diesen Kampf sind Cunhals «demokratische» Kampfmethoden und «Errungenschaften» 1974/75 in Portugal zu erwähnen.

Transmissionsriemen

Im angeblichen Kampf für die Demokratie brauchen die Kommunisten «Transmissionsriemen», d. h. verbündete und unter ihrem Einfluss stehende Organisationen, durch die sie alle Gesellschaftsschichten erreichen können. Diese nennt man offiziell «internationale demokratische Organisationen» (Frontorganisationen). Ihre Aufgabe ist es, dort einzugreifen, wo die Kommunisten direkt kaum erfolgreich handeln können. Die wichtigsten Frontorganisationen sind:

1. der Weltfriedensrat, 2. der Weltgewerkschaftsbund, 3. der Weltbund Demokratischer Jugend, 4. der Internationale Studentebund, 5. die Internationale Journalistenorganisation, 6. der Internationale Demokratische Frauenbund, 7. die Organisation der Solidarität der afro-asiatischen Völker.

Der angebliche Kampf für die Demokratie ist



mit dem angeblichen Kampf für Frieden verbunden; zwischen den internationalen demokratischen Organisationen und den Friedensorganen gibt es mehrfache Querverbindungen; der Weltfriedensrat (gegr. 1949) gilt sogar als internationale demokratische Organisation. Weiter sind zu nennen: Die Christliche Friedenskonferenz (gegr. 1958/59) mit Sitz in Prag und mit vielen Mitgliedern aus den westlichen protestantischen Kirchen; die Komitees des Weltforums der friedliebenden Kräfte (gegr. 1973), dessen Leiter der Generalsekretär des Weltkirchenrates, Romesh Tschandra, ist (Personalunion), das Netz der sog. KSZE-Komitees unter der Leitung eines Internationalen KSZE-Komitees in Brüssel.

Krieg in der Dritten Welt

Neben dem «sozialistischen Lager» und der internationalen Arbeiterbewegung im Westen ist die nationale Freiheitsbewegung in der Dritten Welt die Säule des antiimperialistischen Kampfes.

Die organisatorische Form der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen war bis vor kurzem allein das Internationale Komitee für die afro-asiatische Solidarität, dessen wichtigstes Glied das Sowjetkomitee für die Solidarität mit den afro-asiatischen Völkern ist. Seit 1974 bekommt aber Schwarzafrika eine zunehmende Bedeutung. Angola wurde schon Mitglied des RGW, mit ihm und mit den «Frontstaaten» wurden entsprechende Verträge über Zusammenarbeit unterzeichnet. Diese Kooperation wird auf Staatsebene und immer mehr auf Parteiebene organisiert: die nationalen Befreiungsbewegungen wandeln sich in marxistisch-leninistische Parteien um und schliessen mit der KPdSU und mit den osteuropäischen KPs Verträge über Zusammenarbeit ab. Kuba schickte nicht nur Militäreinheiten nach Angola, sondern auch Einheiten des Staatssicherheitsdienstes, die dort «behilflich» sind, den «wissenschaftlichen Sozialismus» zu verwirklichen.



Oben: «Die Wiese gehört dem Staat, die Kuh dem Kollektiv; mir bleibt nur die Milch.» Rechts: Traktor mit einem Satz von Ersatzteilen. (Karikaturen aus «Krokodil», Moskau)

Landwirtschaft

Wenn es einen Sektor gibt, bei dem sich das sowjetische System flagrant widerlegt, dann ist es die Landwirtschaft. Denn ihr systemgerechter Teil, die kollektive Bewirtschaftung, verfügt über 97 Prozent der Anbaufläche, kommt aber nur für etwa zwei Drittel der Gesamtproduktion auf. Das restliche Drittel stammt aus den 3 Prozent, die von den Bauern zu ihrem eigenen privaten Profit bestellt werden dürfen. Mit andern Worten: Im Agrarwesen ist die private Arbeit rund zehnmal produktiver.

Die Landwirtschaft ist in der Sowjetunion von Anfang an am meisten vernachlässigt worden. Man hat sie aus ideologischen Gründen der Industrie hintangestellt, und daraus ist dann eine Gewohnheit geworden.

Auch die Bauern und Landarbeiter, die man als bloße «Verbündete» der Arbeiterklasse ansah, wurden und werden schlechter behandelt als die andern Schichten. Sie verdienen weniger als andere (wenigstens was ihre offizielle Entlohnung angeht), sie sind immer noch in ihrer Niederlassungsfreiheit eingeschränkt (keine beliebige Wahl des Wohnorts), und sie können sich erst seit 1975 innerhalb der Sowjetunion auf Reisen frei bewegen; wenigstens hat man seither angefangen, ihnen die entsprechenden nötigen Ausweispapiere («Pässe»; sie berechtigen allerdings nicht zu Auslandsreisen) auszustellen. Freilich hatten sie sich zum Teil diese Freiheit schon gewohnheitsrechtlich genommen.

Die Relation Bauer—Arbeiter (und überhaupt Landbewohner—Städter) hat sich in den letzten Jahren materiell gebessert, weil man die staatlichen Ankaufspreise für die landwirtschaftliche Produktion erhöht hat. Aber der Nachholbedarf ist riesig, und der mentalitätsmäßige Anschluss der jahrzehntelang regelrecht verschupften Landbevölkerung ist noch schwerer zu bewerkstelligen.

In der Sowjetunion ist der gesamte Grund und Boden staatliches Eigentum. Die landwirtschaftliche Nutzung erfolgt teilweise durch Sowchosen (Staatsgüter) und teilweise durch Kolchosen (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften/LPG).

Die Zahl der Kolchosen hat sich in den vergangenen Jahren infolge Zusammenlegung kleinerer

Einheiten oder infolge ihrer Umwandlung in Staatsgüter ständig vermindert und liegt heute bei 29 000. Insgesamt verfügen die Kolchosen über 98,2 Millionen Hektaren Anbaufläche (Durchschnittsgröße also 3400 ha) und beschäftigen insgesamt 15 Millionen Leute.

Die Zahl der Sowchosen hat sich dagegen erhöht und lag 1975 bei 18 000. Sie verfügen über eine Anbaufläche von 107,3 Millionen Hektaren (Durchschnittsgröße 6000 ha) und beschäftigen 10,8 Millionen Personen (davon 9,4 Millionen Landarbeiter).

Sowohl die Kolchosen als auch die Sowchosen kümmern sich überwiegend um Getreide, technische Kulturen und Futterpflanzen. Die arbeitsintensivere Produktion (z. B. Gemüse) ist ihnen für die Planerfüllung (verbunden mit Prämien und Beförderung) weniger interessant. Es gibt auch Spezialkolchosen (z. B. Teeplantagen).

Nun haben Genossenschaftsbauern und Sowchosarbeiter (wie auch einige Kategorien von Angestellten) das Recht, eine sogenannte Nebenwirtschaft (Hofstelle, Garten) privat zu bearbeiten. Deren Produktion können sie dann in den Städten auf den sogenannten Kolchosmärkten zu freien Preisen verkaufen. Das gilt als «Ueberbleibsel» der bäuerlichen Privatwirtschaft, ist aber für die Landesversorgung lebenswichtig geworden.

Mit ihren 6,6 Millionen Hektaren umfassen die Nebenwirtschaften nur 3% der sowjetischen Anbaufläche (von 218 Mio. ha). Aber sie erbringen 31% der Landesproduktion an Fleisch und Milch, 34% des gesamten Gemüseaufkommens, 39% der Eierproduktion und gar 59% der Kartoffelerzeugung. Auch der Tierbestand der Nebenwirtschaften lässt sich sehen. In ihrem Besitz befinden sich 22% aller Kühe, 18% der Schweine und Schafe sowie 79% der Ziegen. Die Angabe für Obst fehlt. Vermutlich deshalb, weil der Anteil der Nebenwirtschaften «unaussprechlich» hoch ist.

(Das sind Angaben der sowjetischen Statistik. Laut einem Budapester Korrespondenten aus Moskau vom letzten Jahr nehmen die Nebenwirtschaften gar nur 1,5% der Anbaufläche ein, so dass das Missverhältnis in der Produktivität noch viel krasser wäre.)

Wichtigstes Produkt der sowjetischen Landwirtschaft ist das Getreide, und hier wiederum der Weizen. Die besten Gebiete dafür liegen in der

sogenannten Schwarzerde-Zone, die sich als bis 300 Kilometer breiter Gürtel von der Westgrenze bis zu den Vorläufern des Altai-Gebirges erstreckt.

Seit Jahren propagiert man in der UdSSR die Umstellung auf Winterweizen, der mit 22,5 Zentner pro Hektare (q/ha) für die letzte Fünfjahresplanperiode erheblich mehr ausbitt als der Sommerweizen (11 q/ha), mit dem man aber der größeren Bequemlichkeit wegen immer noch 70% der Weizenanbaufläche bepflanzt.

Mit ihren Hektarerträgen steht die Sowjetunion im internationalen Vergleich schlecht da. Weit besser schneiden nicht nur die diesbezüglich führenden westeuropäischen Länder ab (BRD 44,7 q/ha, Dänemark 47,5 q/ha, Niederlande 50,6 q/ha), sondern auch die entwickelten RGW-Partner (CSSR 36,4 q/ha, DDR 40,7 q/ha).

(Ueberhaupt funktioniert das sowjetische Agrarsystem vielleicht in seinem Ursprungsland am schlechtesten. In der CSSR z. B. sind sowohl die staatlichen Ankaufspreise für Landwirtschaftsprodukte als auch die offiziellen Lohnsätze für die Landarbeiter viel höher. Dort hat die Landbevölkerung selber die Tendenz, zugunsten vermehrter Freizeit auf die Nebenwirtschaft zu verzichten. Und wenn die Stimmung trotzdem mies ist, dann nicht wegen des tschechoslowakischen Agrarsozialismus, sondern wegen des sowjetischen «Panzerkommunismus».)

Tatsächlich ist die jährliche Weizenproduktion in der Sowjetunion vom vorletzten zum letzten Planjahr fünf sogar in absoluten Zahlen gesunken (90 Mio. t für 1966—1970 und nur 89 Mio. t für 1971—1975).

Unter diesen Umständen muss die UdSSR Weizen importieren. In der letzten Fünfjahresperiode führte sie 37 Mio. Tonnen Weizen ein (und re-exportierte 20 Mio. davon in sozialistische Länder). 34 Millionen Tonnen kamen aus kapitalistischen Industriestaaten, die insgesamt über wesentlich geringere Weizenanbauflächen verfügen als die Sowjetunion. Am Importbedarf hat auch das Rekordjahr 1976 (224 Mio. t Getreide, davon 97 Mio. t Weizen) nicht viel geändert. Auch in diesem Ausnahmejahr kaufte die UdSSR 4,3 Millionen Tonnen Weizen aus Kanada, den USA und Australien.

Um die Agrarproduktion zu steigern, hat man schon vor mehreren Jahren die «Agrar-Industrie-Integration» ins Leben gerufen, worunter man

gemeinsame Betriebe von Landwirtschaft und Industrie versteht. 1976 gab es 6984 Unternehmungen dieser Art, grossteils im Bauwesen und in der Viehwirtschaft. Laut sowjetischen Angaben sollen hier der Arbeitsaufwand um 60% und der Selbstkostenanteil um 35—50% niedriger sein als bei Agrarbetrieben ohne diese industrielle Grundlage.

Die *Rückständigkeit der Landwirtschaft* wird von allen Instanzen sehr viel behandelt. Man führt sie u. a. auf die *ungenügende Mechanisierung* zurück. Die Industrie sei noch nicht in der Lage, den Bedarf an Agrarmaschinen zu decken. Das stimmt soweit. Aber vor allem kommt auch der vorhandene Maschinenpark katastrophal schnell zur Abschreibung, weil es an Ersatzteilen fehlt. Da kauft man dann brandneue Traktoren und schraubt laufend ab, was zum Flickens benötigt wird, eine kostspielige Art, sich Ersatzteillager zu halten.

Wirtschaft

Die sowjetische Wirtschaft ist ein Monstrum, das schwerfällig funktioniert. Den Einsatz des Monstrums bestimmt man oben, die Kosten der Schwerfälligkeit trägt man unten.

Die sowjetische Form der Wirtschaft ist die *Planwirtschaft*. Sie entspricht nicht nur der Ideologie, sondern nach Abschaffung des Privateigentums (das zugelassene persönliche Eigentum ist hierbei unerheblich) auch der Notwendigkeit.

Die Planwirtschaft ist schon im technischen Sinne des Wortes eine Befehlswirtschaft. Der Plan ist Gesetz. Anweisungen ersetzen das Spiel von Angebot und Nachfrage bei allen wirtschaftlichen Vorgängen. Einem Produktionsbetrieb z. B. ist es im wesentlichen vorgeschrieben, von wem und zu welchem Preis er seine Rohstoffe oder Halbfabrikate beziehen muss, wohin und zu welchem Preis er seine Erzeugnisse abliefern muss. Pläne gibt es auf jeder Stufe: von der gesamten Union bis zum Verkaufsladen.

Der *Vorteil* liegt darin, dass die gesamte Wirtschaft der politischen Macht nahezu unmittelbar zur Verfügung steht. Der *Nachteil* liegt darin, dass jede Störung (neben Nichterfüllung auch Ueberschüttung, die Ladenhüter oder Ausschuss häuft) eine Kettenwirkung hervorruft. Hier setzt dann doch die «Privatinitiative» ein, die in Form von Schwarzarbeit und Schwarzhandel direkt auf den Bedarf anspricht. Ferner bedarf die verstaatlichte Wirtschaft eines umfangreichen Administrations- und Kontrollapparates.

Da sich die Planerfüllung am leichtesten nach quantitativen Normen überprüfen lässt, ist der Service (auch Ersatzteile usw.) ihr Stiefkind. Hier hat sich denn auch die sogenannte «Grauzone» von halblegalen Nebenverdiensten am weitesten ausgebreitet und stellt heute einen volkswirtschaftlichen Ergänzungsfaktor dar, ohne den das Ganze gar nicht mehr funktionieren würde.

Für die wirtschaftliche Grossentwicklung gibt es die Periodizität der *Fünfjahrespläne* (zurzeit 1976 bis 1980), die in einzelne Jahrespläne aufgestaffelt sind. Diesen Plänen sucht man neuerdings auch die Planperioden der osteuropäischen Länder anzugleichen (Koordination im RGW).

Vorrang hat in der Sowjetunion die Erzeugung von Produktionsmitteln, d. h. von *Schwerindustrie*. Sie umfasst drei Viertel der gesamten Indu-

strieproduktion, der Konsumsektor dagegen nur ein Viertel.

Eine Trendumkehr ist schon häufig angesagt worden, fand aber bisher nicht statt. Der Investitionsanteil für die Schwerindustrie stieg 1970 bis 1975 von 84,7 auf 87%, ging aber im Konsumsektor von 15,3 auf 13% zurück. Die Versorgung der Bevölkerung bleibt also im Vergleich zur machtmässig interessanteren Schwerindustrie zweitrangig. Das wird durchaus auch von der sowjetischen Führung selbst mit dem steigenden Rüstungsbedarf der Armee begründet.

Die UdSSR erzeugt jährlich gut 1000 Milliarden Kilowattstunden *Elektroenergie* (16% der Weltproduktion; der amerikanische Anteil liegt bei 32%). Hierbei führen die Wärmekraftwerke (86%) und die Wasserkraftwerke (13%) noch klar vor den zurzeit 23 Atomkraftwerken (1%).

Aber das wird sich ändern. In den nächsten Jahren will man *Kernkraftwerke* mit einer Gesamtleistung von 15 Millionen Kilowatt bauen. Die Atomkraft wird sehr gepriesen; öffentliche Opposition dagegen gibt es nicht. Die westlichen Bedenken erklärt man aus der Manipulation durch die kapitalistischen Erdölgesellschaften (!).

Einen grossen Teil ihres Urans bezieht die UdSSR aus der CSSR und aus Ungarn. Aber das figuriert weder hier noch dort in den Aussenhandelsstatistiken; die Preise oder ihre Verrechnungen sind ebenfalls unbekannt.

Die Sowjetunion hat *grosse Vorkommen an Brenn- und Rohstoffen*. Aber sie befinden sich zu 91% östlich des Urals, in Sibirien und den fernöstlichen Landesteilen. Die Ausbeutung ist dort teuer, und die Transportwege bis zu den Verarbeitungszentren sind 3000 bis 4000 Kilometer lang. (Entsprechend länger zu den südosteuropäischen RGW-Partnern, die innerhalb des letzten Jahrfünfts ihren Rohstoffanteil aus der UdSSR von 41 auf 70% erhöht haben.) Zur besseren Erschliessung Sowjetasiens baut man jetzt die zweite Trasse der Transsibirischen Eisenbahn (4200 km).

Der Ausbeutungsgrad bei extraktiver Industrie ist niedrig. Viele Rohstoffe werden verschüttet statt gehoben und bleiben zurück (bei Erdöl 60—70%, bei Kohle 25%, bei Eisenerzen 20%). Die Verschwendung ist systembedingt: Wer eine Planaufgabe von 1000 Tonnen hat, holt sie so, wie es am schnellsten geht.

Die Sowjetunion ist *der grösste Erdölproduzent der Welt* (520 Mio. t 1976). Die wichtigsten Vorkommen befinden sich in den fernöstlichen Gebieten, grösstenteils nördlich des Polarkreises; sie reichen bis in den Eismeer-Schelf.

Für ihre Ausbeutung will man auch die *USA und Japan* interessieren. Momentan gibt es gemeinsame Pläne, aber noch keine definitiven Beschlüsse. Ein Fünftel der Erdölförderung geht in den Export, zu zwei Dritteln an die RGW-Mitglieder, zu einem Drittel an kapitalistische Länder.

Geographisch ähnlich gelagert ist das *Erdgas* (Ausstoss etwa 300 Mrd. m³ pro Jahr). Der Export liegt noch bei nur 6,6%, soll aber rasch expandieren, auch nach den Weststaaten. Diese würden dafür mit Kapital, Know-how und Ausrüstungen bei der Erschliessung helfen. Zurzeit gibt es 100 000 Kilometer Erdgasleitungen.

Die UdSSR zählt 46 800 *Industriebetriebe*. 8500 davon entfallen auf den Maschinenbau und die Metallbearbeitung. Diese Branche beschäftigt

13,8 Millionen Leute (40% aller Industriearbeiter) und kriegt einen Viertel aller industriellen Investitionen von 40 Milliarden Rubel (für 1975).

Die offizielle Mängelrüge (natürlich ohne Systemkritik) befasst sich speziell mit der schlechten Ausnutzung von *Investitionen*. Sie kostet Geld, Material und Zeit. «Zum Teil nicht termingerecht übergeben», sagen Breschnew und andere. Die sowjetische Berichterstattung konkretisiert diese Floskel: Demnach nimmt nur ein Viertel aller neuen Betriebe die Arbeit zur vorgesehenen Zeit auf. Ein Drittel überzieht die Bauzeit gleich um das Doppelte (106% durchschnittlich bei Erdölraffinerien). So ist es nicht selten, dass die im Plan vorgesehenen Ausrüstungen technisch bereits veraltet sind, bis ein Projekt funktionsfähig ist. Verluste: «Viele Milliarden Rubel» (Kossygin).

Ein Hauptsektor wird nicht nur von der Kritik, sondern von der öffentlichen Diskussion überhaupt ausgespart: die *Rüstungsindustrie*. Das sowjetische Budget gibt für die Verteidigungskosten seit Jahren Beträge in der Grössenordnung von 17 Milliarden Rubel an. Laut Berechnungen oppositioneller Ökonomen in Moskau sind allein schon für den eruierten Teil 80 Milliarden (1973) pro Jahr einzusetzen. Einen Wert von unbestimmt vielen Milliarden Rubel pro Jahr hat ferner der sowjetische Waffenhandel.

An den vorhandenen Kapazitäten gemessen spielt der *Aussenhandel* eine relativ geringe Rolle. Sein Beitrag am Nationaleinkommen beträgt 15%, sein Anteil am Welthandel 15% (USA 33%).

Trendmässig wird der Aussenhandel allerdings immer wichtiger. Vorangetrieben werden vor allem die Kompensationsgeschäfte (du baust bei mir und kriegst dafür einen vertraglichen Anteil der betreffenden Produktion) mit dem Westen aufgrund langfristiger Kredite.

Auf dieser neuen Grundlage ist der Westhandel in den letzten Jahren von 4,5 Milliarden (1970) auf 15,8 Milliarden Rubel (1975) gestiegen, hat sich also innerhalb dieser Planperiode gut verdreifacht.

Auch der Aussenhandel ist staatliches Monopol, so dass den zahlreichen westlichen Käufern immer nur *ein* sowjetischer Käufer gegenübersteht. Zölle, die zwar im System der Vorschriftenpreise an sich keine Rolle spielen (weil sie keinen Kostenfaktor, sondern höchstens eine Kostenetikette darstellen), sind nach den sechziger Jahren zum Zwecke eingeführt worden, den westlichen Partnern die Meistbegünstigung anzubieten (denn im Westen erschweren Zölle die Konkurrenzfähigkeit eines Produktes auf dem Markt). Weil die osteuropäischen Staaten das sowjetische Vorbild im Westhandel nachahmen wollten, kam es zeitweilig zu einem Rückgang des Handels zwischen den RGW-Mitgliedern. Moskau fing das auf mit einem *RGW-«Komplexprogramm»* über die Vertiefung der Zusammenarbeit (1971). Jetzt werden immer mehr Wirtschaftskapazitäten der Mitgliedstaaten in gemeinsame Programme gebunden, so dass der Trend zur wirtschaftlichen Westorientierung der osteuropäischen Partnerstaaten aufgehört hat.

In die gleiche Richtung zielt der Plan für *«multinationale Integrationsmassnahmen»* von 1975. Er umfasst gemeinsame Industrieprojekte und die Erschliessung neuer Brenn- und Rohstoffvorkommen im RGW-Raum, vor allem in der Sowjetunion.

Militär und Militarisation

Die Sowjetunion hat ein militärisches Potential, das ihrem Rang als Supermacht angemessen ist und sich mit dem Potential der transatlantischen Ex-Supermacht vergleichen lässt. Darüber hinaus aber betreibt sie auf ihrem Territorium eine Militarisation von Jugend und Gesellschaft, die unvergleichlich ist, es sei denn, dass man die Parallele zu Hitlers Drittem Reich zieht.

Bestand

Die Sowjetunion hat die grösste Armee der Welt; sie hält 3,7 Millionen Mann unter Waffen. Dazu kommen die dem Innenministerium unterstellten Grenztruppen (auf 200 000 Mann geschätzt) und die sogenannten KGB-Truppen (250 000?), die man in der Nähe grosser Städte stationiert hält, um allfälliger Unruhen Herr zu werden. Die Zahl der WK-pflichtigen Reservisten (Männer bis zum 50. Altersjahr) dürfte in der Grössenordnung von 25 Millionen liegen.

Man unterscheidet fünf Arten von Streitkräften: Landstreitkräfte («Heer»), Luftwaffe, Marine, Luftabwehrtruppen, Strategische Raketentruppen. In Ausbau und technischer Ausrüstung gibt es Bevorzugungen. In den sechziger Jahren hatte man das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Raketentruppen gelegt. Seither ist in stürmischem Tempo der Ausbau der Flotte forciert worden, die heute auf allen Weltmeeren operiert und den anglo-amerikanischen Seestreitkräften keineswegs mehr unterlegen ist. Daneben verstärkt man die Luftverteidigung und führt innerhalb des Heeres neue panzerbrechende Waffen und vor allem die «neue Panzergeneration» (T-72, seit 1975 bei der Truppe, u. a. in der DDR) ein, die für offensive Operationen wichtig ist.

In Osteuropa (vor allem in der DDR) unterhält die UdSSR 30 bis 32 Divisionen, an der langen Grenze zu China und in der Mongolei 45 bis 50 Divisionen.

Dienst

Laut dem geltenden Wehrgesetz von 1967 beträgt die reguläre Dienstzeit zwei Jahre, für Angehörige der Marine, der Küstenwache und zum Teil der Grenztruppen drei Jahre. Es steht dem Verteidigungsministerium frei, den aktiven Dienst um zwei Monate zu verlängern oder Umteilungen mit entsprechender Veränderung der Dienstdauer vorzunehmen (Art. 15).

Militärdienstpflichtig sind Männer von 18 bis 50 Jahren und Frauen von 19 bis 40 Jahren, wenn sie «eine medizinische oder sonstige besondere Ausbildung haben». Im allgemeinen werden aber diese dienstpflichtigen Frauen nur registriert und ausgebildet; der aktive Dienst ist für sie bis auf Sonderfälle freiwillig.

Soldaten und Unteroffiziere der Reserve absolvieren Wiederholungskurse: bis zum 35. Altersjahr vier (Piloten fünf) zu maximal drei Monaten, bis zum 45. Altersjahr einen oder zwei zu zwei Monaten, später noch einen von einem Monat. Auch hier steht es im Ermessen des Verteidigungsministeriums, für die beiden ersten Altersstufen die WK um maximal zwei Monate zu verlängern oder ihre Zahl zu erhöhen.

In der Armee herrscht Kadavergehorsam. Befehlsverweigerung wird mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren bedroht, und bis zu zehn Jahren, wenn sie gruppenweise erfolgt (RSFSR-Strafgesetzbuch, Art. 238). Als Gruppe werden (StGB-Kommentar) «zwei oder mehr Soldaten» definiert. Auf Befehlsverweigerung in Kriegszeiten «oder in gefechtsmässiger Situation» steht der Tod. (Meuterer werden denn auch hingerichtet; der Fall der «Storoschewoj» 1975.)

Für Nichtbefolgung eines dienstlichen Befehls aus Unachtsamkeit sind Strafen von drei Monaten bis zu zehn Jahren vorgesehen.

Die Degradierung kann laut Dienstreglement (Art. 36 und 47) als Disziplinarstrafe ohne Berufungsmöglichkeit angeordnet werden.

Der Militärdienst ist für die Mannschaften äusserst hart. In den Auslandsgarnisonen sind die Soldaten zudem vollständig isoliert (Ausgang in der Regel nur für zuverlässige Soldaten, gruppenweise und geführt). Folgen sind häufig Koller und abartige Praktiken, auch sadistischer Terror der «Alten» gegenüber den Novizen, die zu Bediensteten ihrer dienstälteren Kameraden herangezogen werden. Die Offiziere sehen über diese reglementswidrige «Disziplin» in den überfüllten Mannschaftsräumen hinweg. Bei Verpflegungsmissständen (zuweilen deswegen, weil Kommandanten Truppenvorräte zu eigenem Profit verkaufen) ist es in einzelnen Fällen zu Aufruhr gekommen (CSSR, DDR). Stellt die Untersuchung krasse Missstände «oben» fest (normale Kompetenzüberschreitung und Bereicherung lässt man gelten), verspricht man Abhilfe und «bestraft» die hohen Schuldigen durch Versetzung. (Das gleiche macht man im normalen Leben bei polizeilichen Uebergriffen, wenn sie dem Interesse der Staatsmacht zuwiderlaufen; sonst macht man nichts.)

Für die politische Ausrichtung sind die «Polit-



Das soldatesche Heldenbild leuchtet unversehrt aus den sowjetischen Medien.



Junge Pioniere schreiten mit Maschinenpistolen bewaffnet zur Ehrenwache am Kriegerdenkmal in Odessa.

ruks» als ideologische Ausbilder und die KGB-Offiziere bei der Truppe als Ueberwacher zuständig. Weil diese ihr Plansoll an Aufdeckung innerer Feinde erfüllen wollen, fürchtet man sie und behandelt sie trotz ihrer relativ niedrigen Dienstgrade (häufig Subalternoffiziere) auch beim Kommando mit Devotion. Praktisch haben die höheren KGB-Leute bei Beförderungsvorschlägen ein Vetorecht, von dem sie nach Gutdünken Gebrauch machen können.

Die militärpatriotische Erziehung

Laut ZK-Beschluss von 1959 ist die «militärpatriotische Erziehung» eine «Aufgabe von Volk und Partei». Sie hat folgenden Inhalt: 1. Die Propagierung der marxistisch-leninistischen Theorie von Krieg und Frieden; 2. Erläuterung der «Aktionen» der sowjetischen Aussenpolitik; 3. Kampf gegen die ideologische Subversion; 4. Mobilisierung der Bevölkerung zur Aneignung von Wehrkenntnissen; 5. moralische und politische Ausbildung der Jugend zum Wehrdienst; 6. die Pflege der militärischen Traditionen.

Seit 1966 fängt jedes Schuljahr mit einer «Stunde der Tapferkeit» an, die der militärischen Besinnung gilt. Ein Sprecher des Unterrichtsministeriums erklärte 1972, die militärpatriotische Erziehung sei «die wichtigste Aufgabe der Schule». In den Schulen, Jugendheimen usw. richtet man «Säle des Militär Ruhes» ein. Auch gibt es paramilitärische Klubs und Zirkel («Der junge Seemann», «Der künftige Soldat», «Der Jungschütze» usw.). Der militärischen Sache gelten ferner Filmvorführungen und thematische Abende. Die militärpatriotische Thematik ist in allen Unterrichtsfächern zu berücksichtigen.

Eine Zeitschrift des ZK der KPdSU stellte 1968 fest: «Die Erziehung zur Heimatliebe ist nicht zu trennen von der Erziehung zum Hass auf unsere Feinde. Inhalt und Form der militärpatriotischen Erziehung müssen eine lückenlose Vorstellung vom vertierten Gesicht imperialistischer Aggressoren vermitteln.» In der UdSSR ist das Feindbild noch heil.

Wehrsport

Der Wehrsport wird institutionell gefördert. Seine Grundlage ist die GTO-Bewegung (Bereit zur Arbeit und Verteidigung). Sie sieht Leistungs-

normen für Altersklassen von 10 bis 60 Jahren beider Geschlechter vor. 1972/73 nahmen 47 Millionen Kinder und Jugendliche am Allunionswettkampf für die GTO-Abzeichen teil.

Ausserdem gibt es vielerlei Wettkämpfe in den Wehrsportdisziplinen. Die wichtigsten sind: die jährlichen Allunionswettkämpfe für Funkeausbildung und Modellbau, der Hochsee-Mehrkampf, die Allunionsstruppenschau für Jugendliche, verbunden mit Übungen und Wettkämpfen (Teilnehmer jährlich 30 Millionen und mehr), die Allunionspartakiaden in allen Wehrsportdisziplinen (alle vier Jahre, 85 Millionen Teilnehmer beim letzten Anlass). Es gibt ferner Schüler- und Gewerkschaftspartakiaden sowie eine Olympiade in Zivilverteidigung. Seit 1965 gibt es die Allunionsmärsche der Jugend zu den Stätten des Kriegsruhmes (jeweils 30 Millionen Teilnehmer); der Marsch wird mit Kriegsspielen verbunden. Dauer von einigen Tagen (für die jungen Pioniere zwischen 10 und 14) oder zwei Wochen (für die Komsomolzen).

Die grösste paramilitärische Organisation der Welt ist mit gut 80 Millionen Mitgliedern (Ende 1976) die DOSAAF (Freiwillige Allunionsgesellschaft zur Förderung der Land-, Luft- und Seestreitkräfte der UdSSR). Sie befasst sich vorrangig mit technischen Wehrdisziplinen: Fliegen, Fallschirmspringen, Auto- und Wassersport, Schiessen (auch Artillerie), Modellbau und Radiotechnik. Ihre Sektionen (320 000 Grundorganisationen) unterrichten auch Kinder («Schulen der künftigen Panzersoldaten» usw.).

Vormilitärische Ausbildung

Die vormilitärische Ausbildung für Jugendliche ist *obligatorisch* (Wehrgesetz, Art. 17). Sie wird ab 9. Schuljahr betrieben (für Jungarbeiter gibt es entsprechende Kurse in den Betrieben), mit Spezialisierung nach zwei Jahren. Sie umfasst 140 Stunden pro Schuljahr (heute verfügen praktisch alle Schulen über eigene Schiessplätze und Wehrsportanlagen). Leiter sind in den Schulen wehrkundlich spezialisierte Lehrkräfte, in den Wehrunterrichtsstellen der Betriebe Instruktionsoffiziere.

Auch an den Universitäten ist die Wehrkunde für männliche Studenten obligatorisch. Dafür brauchen Akademiker meist nur ein Jahr zu dienen, um Offiziere zu werden. Als solche können sie je nach beruflicher Spezialisierung auch zu Arbeitseinsatz in den Betrieben der «Verteidigungsindustrie» aufgebunden werden (zwei bis drei Jahre).

An der *freiwilligen vormilitärischen Ausbildung* nimmt praktisch jedes Kind vom 10. Lebensjahr an teil. Sie erfolgt im Rahmen der Schule, dann durch die Kinderorganisation der jungen Pioniere und die Jugendorganisation des Komsomol, schliesslich durch das DOSAAF-Angebot an Freizeitbeschäftigung.



Kritik am Wehrdienst oder Dienstverweigerung werden streng bestraft. Schädigung der Militärmacht gilt als Hochverrat (Unionsgesetz von 1958 über staatsfeindliche Delikte und Art. 64 StGB der RSFSR) und kann mit dem Tode bestraft werden. *Bei Dienstverweigerung ist die Todesstrafe auch in Friedenszeiten möglich*, wenn erschwerende Umstände (namentlich gruppenweises oder organisiertes Vorgehen) vorliegen.

Kultur

Es gibt eine Sowjetkultur, und es gibt eine Kultur in der Sowjetunion. Aber trotzdem.

Höhere Parteipädagogik versteht die Kultur im weiteren Sinne als Gegenstand kommunistisch-ideologischer Veränderungen — etwa jene «sittliche Kultur der gegenseitigen Beziehungen von Mann und Frau... geformt... durch den sittlichen Aspekt der Geschlechtererziehung, der indessen häufig von der Familie wie von der Schule übergangen wird», wie neulich die «Literaturnaja gaseta» schrieb. Zur Kultur gehörte auch die Herstellung gefälliger Konsumgüter — heute sucht man vergebens Ersatz für ein vorrevolutionäres Leinentischtuch mit eingewobenem Muster.

Hier ist Kultur im engeren Sinne das Thema, und als deutlichster Sektor vorwiegend die Literatur, die sich ja laufend mit ihrer «Sowjetisierung» auseinandersetzt — oder sie belegt.



Die UdSSR markiert ihr diesjähriges rundes Jubiläum u. a. mit der neuen Verfassung, die den Bürgern der UdSSR *«in Uebereinstimmung mit den Zielen des kommunistischen Aufbaus die Freiheit des künstlerischen Schaffens»* gewährleistet. Damit diese Freiheit in dieser Uebereinstimmung genossen und ausgeübt wird, sieht die 1977er Verfassung weiterhin vor: Der sozialistische Staat *«erweist den freiwilligen Gesellschaften und schöpferischen Verbänden Unterstützung»*.

Das ist nicht neu; das verankert Bewährtes.

Allerdings hat der erste sozialistische Staat der Welt seine Kulturpolitik erst mit der Zeit in den Griff bekommen — und drohte die Kontrolle zeitweilig fast zu verlieren. Angefangen hatte der sozialistische Kunstbetrieb mit dem *«Proletkult»*, den proletarischen kulturell-aufklärerischen Verbänden, schon ab Februar 1917 unter Lunatscharskij (der zunächst im Kerenskij-Kabi-

nett amtierte). Man wollte die von Plechanow gepredigte «Klassenkultur» des Industrieproletariats, den «Ueberbau der industriellen Basis», verwirklichen.

1920 erfasste «Proletkult» immerhin 80 000 lernende Arbeiter und veröffentlichte 20 Zeitschriften. Aber Trotzki war dagegen, weil es eine «proletarische Kultur» nicht geben könne.

Und *Lenin* war dagegen, weil die Kultur — und sei sie proletarisch — nicht frei zu wuchern hatte, sondern der Partei botmässig sein sollte; er veranlasste (Dez. 1920) durch einen ZK-Erlass die Unterstellung von *Proletkult* unter das Volkskommissariat für Bildung und damit unter die KP.

Unterdessen gründeten proletarische Literaten die «Schmiede» (1920—1932), während sich die dichtenden *KP-Mitglieder* 1922 im «Oktjabr» vereinigten; nicht Arbeiterherkunft und Weltrevolution wie bei der «Schmiede», sondern parteilichem Bewusstsein war ihnen Hauptsache. Die Literaturzeitschrift dieser Dogmatiker, «Oktjabr», erscheint noch heute.



In den zwanziger Jahren der NEP-Freiheitlichkeit florierten daneben der «revolutionäre» LEF (Linke Front der Kunst) mit Majakowskij und Eisenstein; die militant kommunistische VAPP (Allruss. Assoziation proletarischer Schriftsteller) — allerdings bereit, «bei den Klassikern zu lernen»; die Konstruktivistinnen in Literatur wie in Malerei und Architektur; die teils marxistischen Autoren vom «Perewal» (Katajew, Platonow, Prischwin); die Serapionsbrüder, für die ein Kunstwerk nicht Propagandatrommel sein konnte (Soschtschenko, Kawerin). «Der Aesthetizismus», so kritisierten Marxisten diese Gruppe, «ist auch eine Ideologie, jedoch eine individualistische, stark bourgeoise, dem Proletariat feindliche. (...) Aber ausserhalb unserer Ideologie gibt es keine Rettung. Leere und Unnatürlichkeit, Tod und Verfall erwarten ihre Gegner.» («Sowremennik», 2/1923)

Sergej Jessenin nahm sich 1925 das Leben. Pa-

«Die Bürokratie der Verbände überwacht das Personal; das staatliche Netz von Verlagen, Museen, Filmstudios und Theatern, die alle dem Kulturministerium oder andern Staatsorganen in Moskau unterstehen, überwacht das Produkt. Ein Bekannter, der jahrelang in der Filmindustrie gearbeitet hatte, beschrieb mir als typisches Beispiel ein Filmstudio in Kiew:

„Der ‚Plan‘ des Studios sieht, sagen wir, fünf Filme über das Thema Arbeiterklasse vor; zwei Filme über historische, auf die Revolution bezogene Themen; vier Filme über die Bauern. Es interessiert niemanden, was für eine Art Filme es sind, wer sie macht oder wer sie schreibt. Das einzige, worauf es ankommt, ist das thematische Schema des ‚Plans‘...“

Robert Kaiser: «Alle Kinder Lenins», 1976

«Die gefährlichste Waffe zur Niederdrückung der Kunst ist der unaufhörliche Kampf gegen den unserer Zeit angemessenen Stil, die gewaltsame Aufzwingung toter Stile vergangener Epochen. Dieses Gift erwies sich als tod-

bringender denn Verlogenheit und propagandistische Ausrichtung des Schaffens. Die zeitgenössische Kunst kennt viele Beispiele dafür, dass das Talent eines Künstlers sich rasch über die ihm aufgezogene Tendenziosität erhob, aber die Gewalt, die man seinem Stil angetan hat, ist noch in keinem Fall ohne Spuren vorübergegangen. Die Kunst ist immer ein Kind ihres Jahrhunderts.»

Jurij Jelagin:

«Kunst und Künstler im Sowjetstaat», 1961

«Die russische Kunst ist um ein dreiviertel Jahrhundert zurückgeschlagen worden. Der Grund für diesen tragischen Rückschritt ist einzig und allein der Zwang, dem alle schöpferischen Kräfte unterworfen wurden, der Entzug der geistigen Freiheit. (...) Die Unterdrückung der Freiheit ist das konstanteste aller Merkmale kommunistischer Politik. (...) Die Möglichkeit zur Wahrheit ist die Grundlage geistiger Freiheit.»

Jurij Jelagin:

«Kunst und Künstler im Sowjetstaat», 1961

sternak, Mandelstam arbeiteten weiter, die Achmatowa jedoch konnte 1922—1940 nicht publizieren; ihr früherer Mann, der Lyriker Gumiljow, wurde 1921 mit anderen «Konterrevolutionären» erschossen. Dagegen liess Lenin 1922 rund 60 Kulturträger ausreisen, deren Werke besonders seit den fünfziger Jahren das Geistesleben in der Heimat — verbotenerweise — beeinflussen (so die russisch-orthodoxen Philosophen Berdjajew, Frank, Schestow, S. Bulgakow).

Gorkij arbeitete ebenfalls weiter, allerdings in Italien, u. a. am Romanwerk «Das Leben des Klim Samgin» über die vier vorrevolutionären Jahrzehnte, wobei Klim, mit dem Gorkij sich zweifellos identifiziert, überzeugte Bolschewiken als Gegenspieler hat. «Gorkij stand allem Suchen in der Form zu Beginn des 20. Jh. verständnislos gegenüber, sein romantisch-pathetischer Realismus leitet vom 19. Jh. zur Literatur des sozialistischen Realismus über» (Wolfgang Kasack).

Schostakowitsch schrieb nach 1925 in rascher Folge seine drei ersten Symphonien. Sydney Bechet machte Furore.



Noch war der Einfluss der Vereinigung Proletarischer Musiker gering; doch 1928 blies Stalin zum Kampf gegen die «Klassenfeinde an allen Fronten», und besagte Vereinigung kämpfte. Etwa im Moskauer Konservatorium. «Wir haben in unserem sozialistischen Staat keine Verwendung für Solisten. Wir brauchen Massenmusiker...!» Prüfungen und Diplome sollten wegfallen, die Ausbildung sich auf Komponisten beschränken, deren Musik «dem proletarischen Geist» verwandt sei (Beethoven und Mussorgskij galten glücklicherweise als revolutionär). Der einschneidende *Parteierlass vom 23.4.1932* rettete die musikalische Schulung vor der Ideologie, und die Interpretation ist bis heute auf einem sehr hohen Niveau geblieben... wie übrigens das im klassischen Rahmen konservierte Ballett.

Ab 1929, in den Jahren des ersten Fünfjahresplans und der Kollektivierung der Landwirtschaft, mit den Massendeportationen und dem Hunger, hiess die Parole des Sowjetstaates kontrapunktisch «Es lebt sich besser, es lebt sich froher». Leichte Musik war daher wieder gefragt; Alexandrows Film «Lustige Gesellen», untermalt von Dunajewskijs Sowjetjazz, war ein Riesenerfolg. Zfasman bereiste mit seiner Jazzkapelle ab 1933 das ganze Land.

Generell indes bedeutete der Erlass von 1932, dass die KP das Kulturleben wirksam an die

Kandare nahm: er löste all die Organisationen der Kunstschaffenden auf und rief dafür die sog. schöpferischen Verbände ins Leben: Schriftsteller, Komponisten, bildende Künstler, Architekten, Filmschaffende sowie Journalisten bekamen je ihren Einheitsverband, dem die «politische Leitung» bzw. Ueberwachung seiner Mitglieder obliegt.

Der *Schriftstellerverband* zum Beispiel tut das mittels seiner Entscheidungsbefugnis über Druckerelaubnis, Auflagenhöhe, Wohnungszuweisung, Unterstützung aus dem «Litfond»; wobei der Sekretär für ideologische Fragen (im ZK der KPdSU) Entscheidungshilfe leistet. Der Verband umschliesst «alle Schriftsteller, die die Grundlage der Sowjetmacht unterstützen und am sozialistischen Aufbau teilzunehmen bestrebt sind». Diesen stellt der Staat wiederum seine Verlage zur Verfügung. Den ändern seine Besserungsarbeitsanstalten. Bis 1947 kamen 440 sowjetische bzw. anti- oder auch nur asowjetische Schriftsteller um; diese Zahl nannte damals ein Sekretär des Schriftstellerverbandes. Babel, Mandelstam und Pilnjak waren darunter. Besonders gelitten haben die Meister des Wortes ausserdem in Georgien, Weissrussland und der Ukraine (Tabidse und Jaschwili, Galawatsch und Alexandrowitsch, Kulik und der «neue Gogol» Chwylewiz).



Die offiziell sowjetische Kunst derweil erhielt zu ihrer Leitlinie den «sozialistischen Realismus». Wie man's 1977 rekapituliert:

«Gorkijs berühmte Definition des sozialistischen Realismus, die vom Rednerpult des I. Allunionskongresses der sowjetischen Schriftsteller 1934 ertönte, war vom Gedanken der grundsätzlich neuen Beziehungen zwischen Literatur und Gesellschaft durchdrungen, wie sie unter den Bedingungen des Klassenantagonismus nicht möglich sind. Der sozialistische Realismus bestätigt das Sein als Tun, als schöpferisches Wirken, dessen Ziel die stetige Entwicklung der wertvollsten individuellen Fähigkeiten des Menschen ist...» (LG 30/1977).

Die 1977er Deutung besagt (ebenda): «Die schöpferische Methode der sozialistischen Literatur — der sozialistische Realismus — entstand als tiefe künstlerische Widerspiegelung des Kampfes der Volksmassen für ihre Rechte.»

Dass die Galionsfigur, Gorkij, 1936 eines unnatürlichen Todes starb, verschweigt man diskret.

Wozu der Sozialismus die Architekten und namentlich die bildenden Künstler beflügelt hat,

«Es geht im Grunde genommen um das Verstehen der Methode des sozialistischen Realismus und um die Rolle der Literatur in der kommunistischen Erziehung des Volkes, um die Aufgabe, in den Menschen das Streben nach einer aktiven Lebensposition zu entwickeln, um Gorkijs Vermächtnis:

«Die Kritik muss die Erscheinungen der aktuellen Literatur untersuchen, indem sie von folgender Frage ausgeht: Inwiefern ist das eine oder andere Buch dazu angetan, dem Menschen den Willen zur schöpferischen, kulturell-revolutionären Lebenstätigkeit anzuerziehen?»

«Literaturnaja gaseta», Moskau, 30/1977
Auflage (1973) 1 550 000 Ex.

ist heute noch sichtbar, soweit diese «Werke» nicht als Stalin-Kult verschrottet worden sind.

Im Theater hatten sich in den zwanziger Jahren unter den Meisterregisseuren Mejerhold und Wachtangow neue Tendenzen entwickelt, eine neue Aesthetik entfaltet. Klassiker und Zeitgenossen (Gorkij, M. Bulgakow, Afanogenow) brachten sie einem aufgeschlossenen Publikum nahe, bis Mitte der dreissiger Jahre der sozialistische Realismus auch die Szene beherrschte mit «Agitka»-Stücken, die von der Partei bestellt, aber vom Publikum nicht abgeholt wurden.

Agitka, Agitation gegen den Feind, «fürs Vaterland, für Stalin» wurde in den Kriegsjahren von den Künsten verlangt. Twardowskijs humorvoller «Wassilij Tjorkin» fand warme Aufnahme bei den Soldaten; die linientreuen Werke haben kaum ihren Druck, geschweige denn die Zeit überdauert.

Für die Linientreue sorgte in den Nachkriegsjahren Parteibüromitglied und Chefideologe Schdanow. Parteierlasse «Ueber das Repertoire der Schauspielhäuser und Massnahmen zu seiner Verbesserung» (1946) sowie zu Fragen der Musik (1948) waren Eckpfeiler seiner Kulturrevolution, die z. B. den Komponisten *historische Verfälschung, Kakophonie, Dekadenz, Lösung vom Volkslied und volksfeindlichen Formalismus* ankreidete.

Prokofjew starb 1953; Schostakowitsch schwiag vier Jahre und trat dann mit seiner zu Recht kaum gespielten 7. Symphonie hervor, nachdem die Fünfte 1937/38 «antikommunistischste, anti-sowjetischste Musik» (Jurij Jelagin) dargestellt hatte. Nach sechsjährigem Schweigen präsentierte Chatschaturjan seinen sozialistischen «Spartakus» (1954).

Das Fachgeschäft zu Ihren Diensten



35 Jahre im Dienste der Kundschaft

Elektrische Anlagen
Telephoninstallationen
Spezialisiert für Geschäfts-
und Ladenbeleuchtung
Reparaturen
Projektierungen und Offerten

Aarberggasse 40
3011 Bern
Telephon 031 22 55 81

In Theater und Film war nichts los; die Regisseure Tairow und Eisenstein starben 1949 bzw. 1948, Mejerhold war 1939 verhaftet worden. Zwar schufen, wie ein hoher Funktionär der Theaterverwaltung 1964 im Privatgespräch ausplauderte, die sowjetischen Kunstschaaffenden bis dahin über 600 (!) Sowjetopern, von denen nur rund zwanzig zur Aufführung gelangten und noch weniger sich zeitweise halten konnten.

★★★

Als Stalin 1953 starb, begann sich vieles zu regen. Aus den Schubladen tauchten Arbeiten auf. Neue Dramatiker debütierten mit verdientem Erfolg: Aljoschin, Rosow, Arbusow (dessen «Tanja», «Irkutsker Geschichte» und weitere Stücke auch im Ausland bekanntgeworden sind). Die Zeitschrift «Sowjetskaja muzyka» veröffentlichte Aufsätze von Chatschaturjan «Ueber schöpferische Kühnheit und Eingebung» sowie Schostakowitsch. Im «Nowyj mir» untersuchte W.M. Pomeranzew das Problem unter dem sozialistischen Realismus — «Die Aufrichtigkeit in der Literatur».

Damit war das *Tauwetter* eingeleitet... doch der 2. Schriftstellerkongress 1954 fuhr scharfes Geschütz auf gegen die Redaktoren von «Nowyj mir». Indes, ihre Nachfolger druckten 1956 als erste Auseinandersetzung mit der Stalin-Aera Dudinzews Roman «Der Mensch lebt nicht vom Brot allein».

In diesem Jahr gab die Chruschtschow-Geheimrede am 20. KPdSU-Kongress den Kulturfunktionären einen wenn auch inoffiziellen Rückhalt. Entsprechend begannen die Rehabilitierungen und — ansatzweise — Wiederveröffentlichungen ehemals verpönter Künstler und Literaten (Mejerhold, Mandelstam 1956, die drei namhaftesten Komponisten 1958, Achmatowa neu aufgelegt ab 1958, usw.).

1961 brach wiederum «Nowyj mir» mit Solschenizyns «Iwan Denisowitsch» das Tabu der Lagerthematik und leitete eine Bewältigung der Vergangenheit ein, die allerdings rasch wieder unterbunden wurde.

Die Liberalisierung unterspülte zwar die Dämme, brechen liess man sie aber nicht.

Schon 1958 veranlasste ein Parteidekret die «Beseitigung von Mängeln in der Veröffentlichung und Rezension ausländischer Belletristik», weil in der Tauwetterstimmung viel Ideoloiefremdes auf russisch übersetzt wurde. Pasternak musste im selben Jahr auf den Nobelpreis verzichten. Es war 1959, dass Chruschtschow seine Repressionspolitik gegen Kirche und Religion eröffnete, die wieder zum besten Nährboden für kulturelle Tradition (Orthodoxie) und Behauptung von Wahrheit und Freiheit zum Alternativen (Evangelische) zu werden drohte.

★★★

Und doch haben die Jahre des «Tauwetters» insbesondere die damalige Jugend geprägt: die Lyriker von SMOG und anderen Samisdatt-Gruppierungen, aber auch, nebst dem Chamäleon Jewtuschenko, die jüngere und junge Garde der guten Sowjetliteratur von heute — Trifonow, Tendrajakow, Andrej Bitow, Valentin Rasputin, Georgij Semjonow und erfreulich viele andere haben von dieser Zeit an zu schreiben begonnen und werden in Zeitschriften wie in Buchausgaben veröffentlicht.

Ein grosses Ereignis war die Eröffnung des Jugendtheaters «Sowremennik» (Zeitgenosse) unter Jewreinow Anfang der sechziger Jahre. Heute leitet der hervorragende Regisseur das Moskauer Künstlertheater. Ljubimow fing im «Theater an der Taganka» zu arbeiten an. Seine Vorstellungen sind — bis zu Bulgakow 1977 — stets Monate im voraus ausverkauft.

Noch unter Chruschtschow begann das Kultur-establishment die gefährdeten Dämme zu kitten, zu armerien. Die ersten Dissidenten landeten in psychiatrischen Kliniken (Jessenin-Volpin, Tarsis); 1964 verurteilte ein Gericht den völlig apolitischen Lyriker Brodskij als «Schmarotzer».

★★★

Die Breschnew-Mannschaft hat die repressive Politik ausgebaut.

Die Literatenprozesse 1966 gegen Sinjawschij und Daniel, 1968 gegen Ginsburg/Galanskow sind ebenso in Erinnerung wie der Bulldozer-Einsatz gegen eine freie Kunstausstellung in den siebziger Jahren. Eine ganze Reihe von Literaten sahen sich aus dem Einheitsverband ausgeschlossen. Noch gründlicher, nämlich mittels Ausbürgerung, Ausweisung oder Ausreisewilligung (Tarsis, Solschenizyn, Maximow) entledigte sich die Sowjetkultur zahlreicher Schriftsteller, aber auch ethlicher Journalisten und Vertreter der bildenden Kunst (Neiswestnyj); Balletstars und Musiker (Rostropowitsch), denen die Administrierung der Kultur eine freie Entfaltung benahm, sind im westlichen Ausland geblieben.

Einen Aufruf an die Literaturkritik, «aktiver die Parteilinie durchzuführen», enthielt der Parteierlass von 1972, der sich auf die Thesen des 24. KP-Kongresses vom Vorjahr stützte. Seit 1973 verwaltet die VAAP, die Allunionsagentur für Autorenrechte, den ganzen Bereich des Literaturausstausches mit dem Ausland. Laut der «Lehrerzeitung» (Moskau, 6.9.1977) hat die VAAP bereits rund 10 000 Verträge über die Uebersetzung und Herausgabe von etwa 15 000 Werken ausländischer Autoren in Sowjetsprachen bzw. von Sowjetautoren im Ausland vermittelt, wobei leider das Interesse der Ausländer an sowjetischen Werken bedeutend geringer sei als umgekehrt.

Eines der «Ziele des kommunistischen Aufbaus» ist die Vereinheitlichung der Nationalkulturen mit ihrem Eigengepräge. Die 60 Jahre Kulturpolitik in der UdSSR haben (bedauerlicherweise) viel erreicht — wie die Grosse Sowjetenzyklopädie mit Genugtuung vermerkt:

«Die sowjetische Kultur ist nach ihrem Inhalt und nach ihrer Hauptentwicklungsrichtung *sozialistisch*, nach ihren nationalen Formen *vielfältig* und nach ihrem Geist und Charakter *internationalistisch*; sie stellt eine organische Verschmelzung der von allen Völkern der UdSSR geschaffenen geistigen Werte dar.» Nicht nur das; sie ist «das Modell der weltweiten (!) geistigen Kultur der kommunistischen Gesellschaft, die einen allgemeinmenschlichen Charakter tragen wird. Die Kultur des Kommunismus, die alles Beste, was von der Weltkultur geschaffen wurde, in sich aufnimmt und entwickelt, ist eine neue, höhere Stufe in der kulturellen Entwicklung der Menschheit.» (Programm der KPdSU 1962, S. 130)»

Eberhard Puntsch
**Witze
Fabeln
Anekdoten**
Handbuch

5. Auflage

Für Politiker, Künstler, Pädagogen
Wissenschaftler, Redner, Journalisten
Schriftsteller, Manager, Korrespondenten

Witze, Fabeln, Anekdoten

6500 Witze, Fabeln, Anekdoten, Schwänke, Kurzgeschichten, Zitate, Gedichte, Epigramme, Schüttelreime, Bonmots, Wortspiele und Rätsel, gegliedert in 272 Sachgebiete, ihrer Verwandtschaft gemäss zusammengefasst in 30 Kapiteln. In ihrem Vorhandensein und Umfang bestimmt von den Ergebnissen des drei Jahrtausende hindurch bemühten menschlichen Geistes, die komischen Aspekte des Daseins zu gewinnen und symptomatische Episoden festzuhalten.

1020 Seiten, Leinen, Fr. 52.90

Bestellcoupon

Bitte einsenden an Ihre Buchhandlung oder an verlag moderne industrie, Postfach, 8050 Zürich.

Wir bestellen
(mit Rückgaberecht innert 10 Tagen):

..... Expl. Witze, Fabeln, Anekdoten	Fr. 52.90
..... Expl. Zitatehandbuch	Fr. 52.90
..... Expl. Nozick, Anarchie Staat Utopia	Fr. 40.30
..... Expl. Hayeck, Der Weg zur Knechtschaft	Fr. 33.60

Name: _____

Adresse: _____

Kirche und Religion

Die Sowjetunion bekennt sich nach aussen zum Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat. Und hält sich keineswegs daran. Denn der Staat (via Partei auch offiziell atheistisch geleitet) hat wesentliche kirchliche Kompetenzen, insbesondere das letzte Wort bei der Vergebung von Kirchenämtern. Die Kirche ist zur privaten Institution gemacht worden, wird aber als solche nicht respektiert.

«Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, statt sie neu zu gestalten.» So verkündeten Marx und Engels im Kommunistischen Manifest von 1848 (das übrigens auch als Anstoss einer neuen Religionsstiftung betrachtet werden kann).

Im Sozialismus sowjetischer Prägung gelten Religion und Kirche als *Provisorium*. Man sieht sie als Ueberreste der kapitalistischen Vergangenheit, als sogenanntes Ueberbau-Element, das angesichts der neuen Basis spätestens beim Aufbau des Kommunismus (bis anhin hat man nur Sozialismus) verschwinden muss.

Das gilt übrigens für jede axiomatisch als gesellschaftliches Produkt verstandene Erscheinung. Sie kann sich noch eine Zeitlang als Teil früherer Bewusstseinsprägung halten, muss aber von selbst verkümmern und absterben, wenn ihr die Lebensgrundlage (eben die Basis, im Marxismus die Wirtschaft und dann seltsamerweise die Wirt-

schaftsordnung, obwohl jegliche Ordnung marxistisch als Ueberbau-Element zu begreifen wäre) entzogen ist. Auffällig ist nur, dass man diesem «natürlichen» Prozess des Absterbens immer so gewaltig und gewaltsam nachhelfen muss.

Auf jeden Fall hat man in der Sowjetgeschichte zu keinem Zeitpunkt Kirche und Religion sich selber überlassen. Vielmehr hat man sie immer behandelt, wenn auch je nach innen- und aussenpolitischen Prioritäten mit Unterschieden. So kann man in der sowjetischen Kirchenpolitik bestimmte Perioden unterscheiden:

- 1917—1928: Schwächung der Kirche;
- 1928—1939 (1941): Bestrebungen zur Liquidierung der Kirchen (und vieler Gläubigen);
- 1939 (1941): Werbung um die Sympathie der Gläubigen angesichts des äusseren Feindes;
- seither: Ausnützung der Kircheninstitutionen für innenpolitische und vor allem aussenpolitische Zwecke bei gleichzeitiger Repression der Kirchen in ihrem Sinn als Gemeinschaft der Gläubigen.

Artikel 124 der bis Ende 1977 noch gültigen Verfassung von 1936 proklamiert die Trennung von Staat und Kirche; er garantiert entsprechend *Gewissensfreiheit und Freiheit der Kulthandlungen*. Eine auffällige Schlagseitigkeit durch Verzicht auf Gegenrecht: Es gibt (im gleichen Artikel) ein *Recht auf antireligiöse Propaganda, aber kein entsprechendes Recht auf religiöse Propaganda*.

Die neue Verfassung von 1977 hat in Artikel 52 diese Prinzipien übernommen. Doch ist folgende Ergänzung hinzugekommen: «Es ist verboten, wegen religiöser Ueberzeugung Feindseligkeit und Hass zu entfachen.» Das kann den Sinn haben (und hat ihn nebenbei wohl auch), die

antireligiöse Propaganda im Rahmen zu halten. Aber es lässt sich auch so auslegen, dass es den Gläubigen verboten ist, irgend etwas zu ihrer Verteidigung gegenüber der antireligiösen Propaganda zu unternehmen. Und das ist wohl die Hauptsache.

Nach wie vor verbindlich sind wichtige Bestimmungen aus einem Parteibeschluss von 1918 und einer Regierungsverordnung von 1929. Es handelt sich um die Einschränkung der kirchlichen Tätigkeit auf blosse Kulthandlungen. *Den Kirchen ist es verboten:*

- a) sekundäre Vereine zu bilden (primäre Vereine sind sie selber);
- b) ihren Mitgliedern materielle Hilfe zu erweisen;
- c) besondere Gebetsversammlungen oder anderweitige Versammlungen einzuberufen, allgemeine Bibelstunden für Kinder, Jugendliche und Frauen zu organisieren, Veranstaltungen literarischer, handwerklicher, industrieller, religiöser, unterweisender oder sonstiger Art durchzuführen, Exkursionen (Wallfahrten?; Anm.) zu veranstalten, Kinderspielplätze einzurichten, Bibliotheken oder Lesezimmer zu eröffnen, Spitäler oder Notfallstationen zu betreiben.

Der Kirche ist also jegliche soziale oder gesellschaftspolitische Tätigkeit (ein kirchliches Hauptpostulat im Westen!) untersagt. Es sei denn, dass die Tätigkeit z. B. in der Propagierung des sowjetisch verstandenen Weltfriedens besteht. Auch das wäre gemäss den geltenden sowjetischen Normen eigentlich eine verbotene politische Aktivität. Aber wie es sich trifft, ist sie für die staatlich anerkannten Kirchenobrigkeiten praktisch eher ein Gebot.

In kirchlichen Räumlichkeiten dürfen nur Bücher vorhanden sein, die man für Kultzwecke benötigt.

Alle diese Bestimmungen sind durch die Instruktion über die Anwendung der Kultgesetzgebung und die Verfügung des Amtes für die Angelegenheiten der Russisch-orthodoxen Kirche beim Unionsministerrat vom 16. März 1961 reaktiviert worden. In Punkt 9 hat man noch einige zusätzliche Präzisierungen aufgenommen. Den religiösen Gemeinschaften und Kultdienern ist es ohne die Genehmigung des Exekutivkomitees von Stadt- oder Bezirkssowjet nicht gestattet,

- a) allgemeine Versammlungen von Gläubigen einzuberufen,
- b) religiöse Prozessionen durchzuführen, religiöse Riten und Zeremonien unter offenem Himmel oder in Wohnungen und Häusern von Gläubigen abzuhalten.

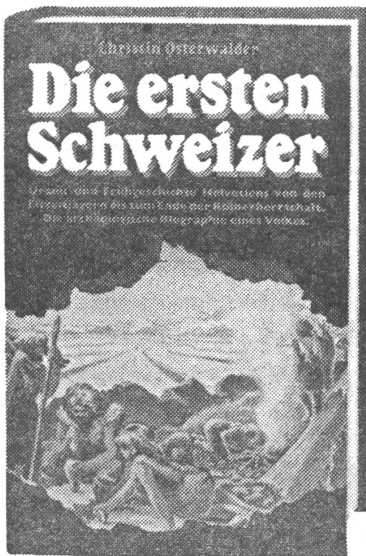
Unter Punkt 10 wird neben der Erneuerung bestehender Verbote den Kirchen noch ausdrücklich untersagt,

- Wallfahrten «zu sogenannten Heiligen Stätten» zu organisieren (usw., Abs. b);
- Zwangskollekten und Besteuerung der Gläubigen durchzuführen (c).

Laut Punkt 11 b dürfen die Kirchen ohne Erlaubnis der zuständigen Staatsorgane auch keine religiöse Literatur herausgeben. Mit andern Worten: Die staatlichen Zensurbestimmungen gelten auch für kirchliche Veröffentlichungen.

Schliesslich ist es den Kirchen verboten, Kulthandlungen in Spitälern, auf Friedhöfen, in Krematorien sowie in Strafanstalten vorzunehmen. *Wie gesagt, «gilt» der Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche; eingehalten wird er aller-*

Urzeit und Frühgeschichte Helvetiens von den Eiszeitjägern bis zum Ende der Römerherrschaft. Die archäologische Biographie eines Volkes.

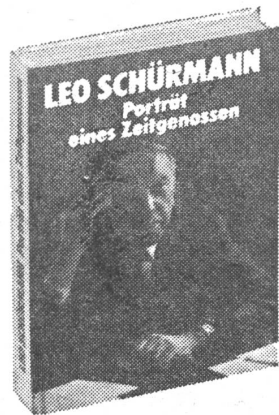


304 Seiten, reich illustriert, Leinen, ca. Fr. 34.-

Bestellcoupon

Einsenden an:
Buchhandlung SOI, Postfach, 3000 Bern 6
..... Ex. Christin Osterwalder,
Die ersten Schweizer

Name _____
Strasse _____
PLZ, Ort _____



Neu – im Orell Füssli Verlag

Leo Schürmann Porträt eines Zeitgenossen

Wer ist dieser Mann?
Woher kommt er?
Was denkt er?

224 Seiten, mit zahlreichen
Photos. Gebunden Fr. 25.-

dings nicht. Seine schwerste Verletzung ist das Bestehen zentraler Staatsbehörden zur Kontrolle der Kirchen (seit 1943).

Das Amt («der Sowjet») für religiöse Angelegenheiten beim Unionsministerrat kontrolliert im Sinne seiner Statuten die gesamte Tätigkeit der Kirchen. Dazu verfügt es über eigene bevollmächtigte Stellen auf allen höheren Ebenen (Unionsrepubliken, Autonome Republiken, Regionen und Gebiete). Ausserdem gibt es bei den Lokalbehörden noch Kommissionen, welche die Einhaltung der religiösen Kultgesetzgebung durch die Kirchen zu überwachen haben. Vor allem aber: Zur Ausübung eines jeden Amtes in der Kirche ist die Bestätigung durch die zuständigen staatlichen Stellen erforderlich.

Die verschiedenen Religionsgemeinschaften in der UdSSR sind einander konstitutionell gleichgestellt; behandelt werden sie unterschiedlich.

De facto, wenn auch nicht de jure, hat zunächst die Russisch-orthodoxe Kirche eine Sonderstellung. Dann ist sowohl ihr als auch der evangelischen Kirche der Kontakt mit internationalen kirchlichen Zentren und Organisationen erlaubt oder vielmehr angeraten: Sie sollen dort für sowjetische Friedens- und Gerechtigkeitsdarstellungen werben. Diese Kirchen beteiligen sich auch an der Prager Christlichen Friedenskonferenz (dürftig getarnte Propagandainstitution des Sowjetlagers). Die in den Zentralen der beiden Kirchen tätigen Geistlichen sind Kirchenvertreter und funktionieren als Staatsbeamte. Der katholischen Kirche hingegen wird eine entsprechend enge Zusammenarbeit mit Rom nicht zugebilligt (möglicherweise ist die vatikanische Ostpolitik immer noch nicht so positiv, wie die Politik des

veröffentlicht, weist empört die Forderung von zwei orthodoxen Priestern zurück, man möge dann kirchliche Gegendarstellung gestatten: «Unser Volk lässt sich solche Ausfälle nicht gefallen.» (Die betreffenden Geistlichen wurden in der Folge gemassregelt — von ihrer Kirche.)

Oeffentlich-rechtliche und strafrechtliche Bestimmungen widersprechen den elterlichen Rechten von Gläubigen.

Artikel 52 des RSFSR-Ehe- und -Familienrechts (gültig seit 1.11.1969) verpflichtet die Eltern, ihre Kinder nach dem «Moralkodex der Erbauer des Kommunismus» zu erziehen, und erklärt grundsätzlich: «Die elterlichen Rechte dürfen nicht gegen die Interessen der Kinder' ausgeübt werden. Dazu der «Gesetzeskommentar» von 1971: «Als Interessen der Kinder sind ihre Interessen an einer richtigen Erziehung zu betrachten, die den erzieherischen Zielsetzungen unseres Staates entsprechen. Die Ausübung der elterlichen Rechte gegen die Interessen der Kinder kann den Entzug oder die Einschränkung der elterlichen Rechte nach sich ziehen.» Nun duldet der «Moralkodex», auf den das Gesetz Bezug nimmt, eine Kindererziehung im religiösen Sinne nicht. (Entsprechendes steht auch im geltenden Parteiprogramm, Teil 2, Kap. V/1.) Also Entzug der elterlichen Rechte für religiöse Kindererziehung.

Jede Religionsgemeinschaft in der UdSSR untersteht dem Vereinsrecht. Und zum Recht auf Vereinigung stellt die neue Verfassung die Bedingung, sie müsse «in Uebereinstimmung mit den Zielen des kommunistischen Aufbaus» stehen und arbeiten. Die Ziele des kommunistischen Aufbaus sind erklärterweise atheistisch. *Vereinsrechtlich betrachtet sind also die Kirchen ver-*

Der Standard

Der kleine Mann kann in der Sowjetunion von seinem offiziellen Verdienst wenig mehr als vegetieren; leben tut er — wenn er kann — von seinen inoffiziellen Einkünften.

Löhne und Preise

Wenn wir fürs erste die Kaufkraft des Rubels mit drei Franken veranschlagen, stellen wir ausgesprochen niedrige Einkommen fest. Für Arbeiter und Angestellte gibt man einen monatlichen Durchschnittslohn von rund 150 Rubel an, und das Haushaltseinkommen wäre wegen des üblichen und nötigen Doppelverdienstes ebenfalls ungefähr zu verdoppeln. Und das ist noch lieb gerechnet, denn, wie ein Direktor zu aufbegehrenden Arbeitern sagte: «Aber die Durchschnittslöhne kriegt ihr doch nirgends!» Die Mindestlöhne (immer noch abhängig von der Erfüllung der Arbeitsnormen) liegen bei 70 Rubel, die Mindestrenten bei 50 Rubel, und die Einführung geht «schrittweise».

Bei Kolchosbauern sind die Ansätze tiefer: Durchschnittseinkommen 90 Rubel, Minimalrente 20 Rubel. Bei ihnen kommt es wesentlich darauf an, was sie aus ihrer Nebenwirtschaft herauschlagen.

Die grosse soziale Errungenschaft des letzten Fünfjahresplanes (bis 1975) war die Gewährung einer Kinderzulage von 12 Rubel für Familien mit einem Pro-Kopf-Einkommen unter 50 Rubel.

Wie können die Leute davon leben? Dadurch, dass die Preisrelationen anders sind als bei uns. Grundnahrungsmittel sind erschwinglich, Transportmöglichkeiten, (empfohlene) Lektüre, Unterhaltung usw. ausgesprochen billig. Schwarzbrot kostet 12 und Weissbrot 28 Kopeken, ein Kilo Rindfleisch 2 Rubel, ein Kilo Dorsch 56 Kopeken. Eine beliebige Fahrt in der Moskauer Metro kommt auf 5 Kopeken zu stehen, eine Kinokarte auf 0,50 Rubel, ein Theaterabend auf 1—3 Rubel. In der Betriebskantine kann man für weniger als einen Rubel zu Mittag essen.

Allerdings: Wenn eine Ware selten ist, nützt der offizielle Preis nichts; man kriegt sie nur, wenn man dem Verkäufer extra etwas zuhält.

Wie sieht es bei Kleidern und Bedarfsartikeln aus? Zum Beispiel (1976 in Moskau): Damenhalschuhe 42 Rubel, Damenstrumpfhose 6,30, Herrenanzug (einfach) 60, gute Aktentasche 19,20, guter Rucksack 25, schlechter Mini-Staubsauger ohne Zubehörteile 49,90, Kugelschreiber 2,40 Rubel usw. Für solche Artikel muss die Person mit dem überdurchschnittlichen Durchschnittslohn schon ordentliche Anteile des Monatseinkommens rechnen.

Und noch viel schwerer erschwinglich ist der überall sehnsüchtig begehrte Kleinwagen (4500 Rubel = 30 Monatslöhne) oder gar der grössere «Wolga» (7500 Rubel).

Waren sind in der Sowjetunion allgemein nicht nur mit Geld, sondern auch mit viel Zeit zu bezahlen. Die amtliche Verteilungsmaschinerie harzt; bald herrscht Knappheit an diesem, bald an jenem. Ob nun die Bewohner der UdSSR jährlich wirklich, wie eine sowjetische Zeitung schrieb, insgesamt 30 Milliarden Stunden Schlange stehen oder nicht, sie tun es jedenfalls ausgiebig.



Interkonnessionelle Friedenskonferenz in Sagorsk, Juli 1969. Den Kirchen ist in der Sowjetunion jegliche politische Tätigkeit untersagt, aber für die sowjetische Friedensordnung werben, das dürfen sie.

Weltkirchenrates). Auch darf die katholische Kirche in der UdSSR keine Zentrale haben. Man gibt an, dass eine solche zu sehr dem vatikanischen Einfluss erliegen würde, aber vielleicht fürchtet man (siehe Polen) das Gegenteil.

Ein anderes Thema ist die Diskriminierung der Gläubigen in der UdSSR.

Aufgrund eines ZK-Beschlusses dekretierte das Unionsministerium für Hoch- und Fachschulen 1964 den obligatorischen Unterricht in Atheismus für alle Hoch- und Mittelschulen seiner Zuständigkeit. Ein Buch «Ueber die wissenschaftliche und die atheistische Erziehung», 1974 in Moskau

pflichtet, im Sinne des Atheismus tätig zu sein. Für die Kirchen als Gemeinschaft der Gläubigen erweist sich das als unerfüllbar, und die Konflikte zwischen den Gläubigen und dem Staat sind denn auch unübersehbar geworden. Anders verhält es sich mit den staatlich genehmten Kirchenleitungen. Ihnen sind die Vorzüge des Lebens im Austausch dafür angeboten, dass sie die Konflikte nicht sehen oder so sehen wie die Polizei.

Es gibt religiöse Oppositionelle der Orthodoxie, die ihre kirchliche Obrigkeit dem KGB gleichstellen. Das ist ungerecht. Das KGB bekennt sich zu seinem Zweck.

Die graue Zone

Aber gerade angesichts der vielen Funktionsstörungen in der Versorgung blüht der *private Nebenverdienst*, der manchmal geradezu das Haupteinkommen ist.

Eine Ware wird wegen Qualitätsmangels auf den halben Preis gesetzt. Der Verkäufer erzählt unter der Hand seinen Bekannten von einer besonderen Occasion und verkauft sie für etwas mehr: Den offiziellen Preis tut er in die Ladenkasse, den Rest behält er. Oder: Ein Dienstleistungsbetrieb ist während der offiziellen Arbeitszeit ausgebuht, aber nachher nehmen seine Angehörigen diverse Reparaturaufträge privat an, oder sie lassen sich auch während der offiziellen Arbeitszeit einen Zustupf geben, um die Reparatur so zu machen, dass sie ihr Geld wert ist. Oder: Man kauft einen Apparat, zerlegt ihn und verkauft die Einzelteile mit Profit. Oder man kauft eine subventionierte Ware und macht daraus eine unsubventionierte und momentan gefragte (z. B. Knöpfe aus Schallplatten).

Leute mit entsprechenden Berufen suchen sich am Arbeitsplatz möglichst mit Waren oder Bestandteilen für Eigengebrauch oder Weiterverkauf einzudecken. Die bewaffneten Fabrikwachen haben nicht so sehr das Werk vor einem Sprengstoffattentat zu schützen als vielmehr die Belegschaft daran zu hindern, alles mögliche mitlaufen zu lassen. Aber praktisch spielen sich meist Toleranzgrenzen ein; Wachen und Kontrolleure sind auch Menschen, besonders wenn man sie beteiligt.

Was in der Sowjetunion alles «na lewo», mit der linken Hand, verdient wird, geht jährlich in die Milliarden Rubel. Legal, halblegal, illegal? Die Grenzen sind fließend. Von Zeit zu Zeit statuiert man ein Exempel (schlimmstenfalls Erschiessung), aber dazu braucht es schon viel, möglicherweise auch ein zusätzliches Motiv, z. B. nationalistische Gesinnung in den transkaukasischen Gebieten. In Georgien ist man vor

fünf Jahren der alles überwuchernden Privat- und Korruptionswirtschaft (nur beim illegalen Ikonenhandel gab es ein unfaires Monopol, gegen das die individuelle Initiative nicht aufkam; es lag bei der Polizei) mit grossen Säuberungen zu Leibe gerückt. Aber man hätte es nicht, oder nicht in diesem Umfang, getan, wenn man nicht gleichzeitig auf die Liquidierung des «Chauvinismus» bedacht gewesen wäre.

Die Möglichkeiten zu beiläufiger Bereicherung vervielfältigen sich für Leute in gehobenen Stellungen.

Privilegien

Überhaupt unterscheiden sich die gehobenen Schichten von den andern nicht so sehr durch ihre immerhin auch höheren offiziellen Einkommen (800 bis 2000 Rubel), als vielmehr durch ihre *Privilegien*. Für sie gibt es spezielle Läden mit besseren Waren und günstigeren Preisen. Für sie gibt es bessere Spitäler, in denen man u. a. die nötigen Medikamente auch dann kriegt, wenn man das Personal nicht schmiert. Für sie gibt es auch zu privaten Zwecken Dienstautos, staatliche Dienstboten und Chauffeure.

Das wichtigste Kennzeichen der Privilegierung in der UdSSR besteht nicht darin, dass man alles bezahlen kann, sondern darin, dass man nichts zu bezahlen braucht. Deshalb ist auch das westliche Wohlwollen für die «eigentlich doch ganz soziale Regelung», dass Luxusgüter so teuer sind, fehl am Platz: so teuer sind sie nämlich nur für den kleinen Mann, weil er dafür den vollen Preis bezahlen muss.

Zwischen amtlicher und ausseramtlicher Privilegierung sind die Grenzen ebenfalls fließend.

Im Militärdienst zum Beispiel darf man Leute zu gewissen Arbeiten für die Offiziere abkommandieren. Aber man darf solcherweise keine privaten Villen bauen lassen. Frage: Warum eigentlich nicht? Antwort: Weil das nur für Generäle üblich ist.

Denn die sowjetische Gesellschaft hat *ausgesprochene Kasten*. Und jede Kaste hat nicht nur zugewiesene Privilegien, sondern auch einen zugewiesenen Spielraum für ihren Missbrauch. Das ist ungesetzliches Gewohnheitsrecht.

In einer DDR-Garnison machte die Frau eines Generals einen offenen Skandal. Die Frau eines Obersten hatte nämlich aus einer Lieferung für das Magazin zum vornherein für sich *das* abgezweigt, was zur ersten Wahl der «Generalin» gehört hätte. (In diesem Fall *gab* es eine Untersuchung, aber nur, weil die rangbewusste Dame ein standeswidriges Geschrei erhob.)

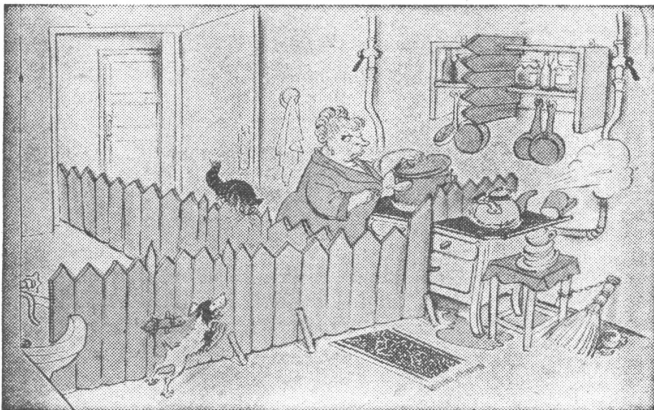
1. Du sollst den Staat nicht bestehen. 2. Wenn du ihn aber schon bestiehlst, vergiss nicht, wer du bist.

Sozialleistungen

Zu den wichtigen Unterschieden zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Ländern gehörten früher die *Sozialleistungen*. Aber in dieser Beziehung haben die westlichen Industriestaaten viel aufgeholt, und so bietet die Sowjetunion heute nur noch ein Mehr an Sortiment, aber kaum noch an konkreter Leistung (wie man vor allem aus den kleinsten Renten sieht).

Das Mehr an Sozialleistungen ist namentlich in folgenden Bereichen zu sehen: Der Gesundheitsdienst wird vollständig erfasst, wenn auch mit erheblichen Unterschieden in der Qualität der Behandlung. Bezahlt wird auch der Erholungs-aufenthalt in staats- oder gewerkschaftseigenen Sanatorien.

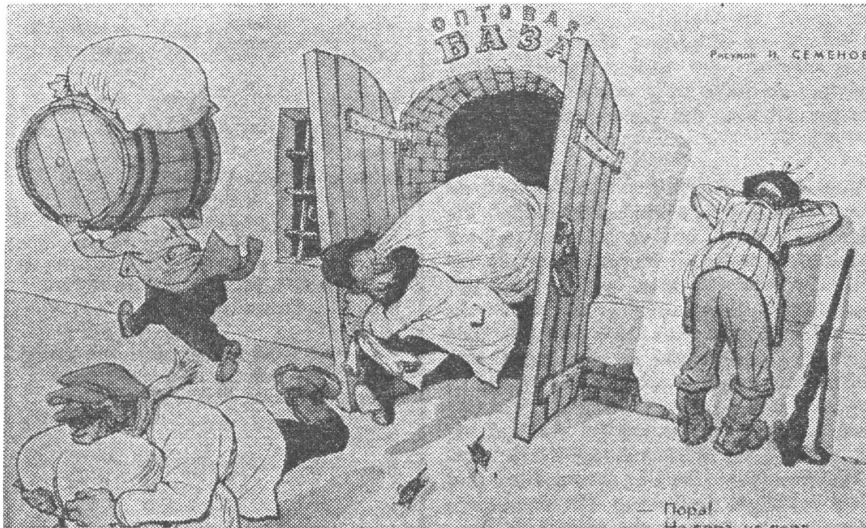
Reguläre Ferien können ebenfalls in entsprechenden Heimen verbracht werden, aber hier ist immerhin zu sagen, dass man als Zeichen des wachsenden Wohlstandes die Zunahme der «individuellen Ferien» vermerkt; demnach wäre der Abbau dieser Sozialleistung ein Fortschrittsindikator. Manches, was man hier als soziale Errungenschaft der Sowjetunion gelten lässt, gilt dort eigentlich nur *faute de mieux*.



Oben: «Gemeinsame Küche» heisst die Legende zu dieser Karikatur (die wie alle Karikaturen zu diesem Beitrag von «Krokodil», Moskau, ist). Sie zeigt das Nebeneinanderleben von verschiedenen Familien, welche die gleiche Wohnung teilen. Auf's Korn genommen werden aber nicht die Wohnverhältnisse, sondern die Mieter, die sich unsozial verhalten.



Rechts: Mit der Verurteilung wegen Arbeitsversäumnis fliegen dem Trunkenbold die Vergünstigungen davon. Sie machen übrigens für westliche Leser eine interessante Lektüre: Prämie, 13. Monatslohn, Platz auf der Liste für Wohnungssuchende (geht ein paar Jahre länger), Anrecht auf Ferien im Erholungsheim, Anrecht auf Ferien in der Sommersaison.



Vor dem Eingang zum Magazin: «Kann ich schauen?» – «Moment, Moment.»

Der Schulunterricht ist gratis, das Studium stark stipendiert. Tatsächlich kann in der UdSSR auch der Arme studieren; Voraussetzungen sind Leistungen (starker Numerus clausus) und staatsfromme Gesinnung (oder ihre Vortäuschung). Nicht oder nur teilweise gratis sind übrigens im Schulwesen die Schulutensilien und Lehrmittel, ebensowenig die dort übliche Schuluniform.

Zwei Dinge sind noch besonders zu erwähnen: das Recht auf Arbeit und das billige Wohnen.

Arbeit

Grundsätzlich hat man in der Sowjetunion ein Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit. Arbeitslosigkeit gibt es offiziell überhaupt nicht und faktisch nicht soviel. Allerdings wird die sogenannte «innerbetriebliche Arbeitslosigkeit» mit Zuweisung von Alibi-Arbeit für Unbeschäftigte letztlich von den Werkträgern bezahlt.

Zu den Reformmassnahmen gehört das (nach einem Chemiekombinat benannte) «Schtschekino»-System, das die Entlassung von Arbeitern aus Rationalisierungsgründen ermöglicht. Betriebe, die nach diesem System arbeiten, haben die Belegschaft reduziert, manchmal um ein Viertel.

Nun haben Entlassene ein Recht auf eine neue Stelle. Aber bis sie eine kriegen, sind sie nicht etwa arbeitslos (deshalb auch keine Arbeitslosenentschädigung), sondern sie «fluktuieren». Jährlich tun das etwa 6 Millionen Leute (natürlich nicht alles Opfer des «Schtschekino»-Systems), und sie tun es durchschnittlich 28 Tage lang, in Einzelfällen aber auch ein Jahr oder länger. Das ist also eine Form von indirekter Arbeitslosigkeit.

Direkte Arbeitslosigkeit gibt es in einem vor allem geographisch beschränkten Raum (Usbekistan, Kirgisien, Georgien), aber auch dann spricht man das Wort nie aus, sondern sagt gehobenen «Arbeitskraftreserven» oder umständlich «Anteil der nicht in den Arbeitsprozess eingegliederten arbeitsfähigen Bevölkerung». Hauptsache, dass es «Arbeitslosigkeit» weiterhin nur im Westen gibt.

An ihrem Arbeitsplatz sind die Arbeiter allerdings Willkür und Retorsionsmassnahmen ausge-

setzt. Ein Direktor in Podolsk (bei Moskau) entliess «alle, die es wagten, ihre Stimme gegen ihn zu erheben und ihre eigenen Ansichten (zu Betriebsproblemen; die Weltanschauung steht da nicht zur Diskussion) zu äussern». Natürlich tadelte diese Berichterstattung die Willkür des betreffenden Direktors, aber man sieht, was möglich ist.

Zu den Strafen für verspätetes oder alkoholisiertes Erscheinen am Arbeitsplatz (der Alkoholismus und insbesondere der Jugendalkoholismus ist das Hauptlaster der Sowjetgesellschaft, und er nimmt zu) gehört der Entzug von Prämien und Ferienvergünstigungen. Man kann den Leuten die Prämie auch wegen Fluchens am Arbeitsplatz streichen. Das kommt wahrscheinlich nicht so häufig vor, aber dass der Fall voller Stolz in der deutschsprachigen Zeitschrift «Neues Leben» auch dem ausländischen Leser mitgeteilt wurde, zeigt den Erziehungsdünkel gegenüber den Arbeitern, denen man wie kleinen Buben auf die Finger klopfte, aber so, dass es der ganzen Familie wehtut.

Wohnen

Was das Wohnen angeht: billig ist es wirklich. Die Mietnorm (für die allerdings besonders billigen amts- oder betriebseigenen Wohnungen) beträgt 16,5 Kopeken pro Quadratmeter. Und da ist wahrhaftig wenig zu bezahlen, denn in den Moskauer Mietwohnungen entfallen 7 bis 9 Quadratmeter Wohnfläche auf eine Person. Und viele wären froh, das zu haben. Es gibt lange Listen von «berechtigten» Wohnungssuchern, und berechtigt sind jene, in deren Wohnung die Wohnfläche weniger als 5 Quadratmeter pro Person beträgt. Und wie lang die Listen sind: Letztes Jahr konnten jene Personen berücksichtigt werden, die ihre gerechtfertigten Ansprüche 1965 und 1966 eingereicht hatten. Gewiss: Man baut viel, aber schon wieder weniger als im Plan vorgesehen, und der Zustand der Neubauten ist oft so schlecht, dass sie demnächst wieder ins Bauvolumen aufgenommen werden könnten.

Also, auch wenn das Wohnen ganz geschenkt wäre, bliebe es immer noch ein kleines Geschenk zum kleinen Lohn.

Bild der Völker

«Bild der Völker» zeigt uns die ganze Vielfalt menschlicher Lebensformen, menschlichen Denkens und Handelns, und wir erfahren, wie fremd wir uns noch immer sind in dieser angeblich so klein gewordenen Welt. Vieles ist uns unverständlich, manches erscheint uns rückständig, brutal oder sogar «unmenschlich». «Bild der Völker» sagt uns, welche Vorstellungen hinter rätselhaften Verhaltensweisen stecken und welche Umweltbedingungen darin ihren Ausdruck finden. Hervorragende Photographen haben an dem Werk mitgearbeitet. Ihre Bilder – meist grossformatige Farbphotos – geben den Bänden ihre eindrucksvolle Unmittelbarkeit.



Das Gesamtwerk umfasst 10 Bände.

Erhältlich durch die Buchhandlung

Hans Huber

Marktgasse 9, 3000 Bern 9, Tel. 031 24 25 33

Sonder-Bestellschein

für das faszinierende Werk «Bild der Völker» zum günstigen Vorbestellpreis.

- Senden Sie mir Band 1 des Werkes «Bild der Völker» gratis und unverbindlich für 10 Tage zur Ansicht.
- Ich bestelle das Gesamtwerk (10 Bände) und begleiche jeden Band nach Erhalt zum Preis von je Fr. 74.–.

(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname _____

Strasse _____

PLZ _____ Ort _____

Datum _____

Opposition

Ein Phänomen vor allem der letzten zehn Jahre ist in der Sowjetunion das Entstehen eines geistigen Widerstandes, der artikuliert, gefächert und verbreitet ist.

Unter Chruschtschow hatten sich mehr oder weniger in Weiterführungen der offiziellen Entstalinisierung reformerische Gedankengänge (vor allem bei den Intellektuellen) und nonkonformistische Verhaltensformen (vor allem bei der Jugend) eingebürgert. Vom Regime wurde das halb toleriert und halb repressiert, bald so, bald anders oder auch gleichzeitig.

Dann kamen die neuen Führer und versuchten, aus der aufkommenden Vielfalt wieder eine stramme Einfalt zu machen. Sie setzten Zeichen mit der Wiederaufnahme von Schriftstellerprozessen und härteren Strafen für «Verleumdungen». Die als exemplarisch gedachte Zurücknahme der Liberalisierung zeigte sich auch nach ausen (CSSR 1968).

Aber die Einschüchterung wirkte nicht so wie erwartet. Vielmehr wurde aus der systembejahenden Regimekritik (die noch heute die Sache eines Roy Medwedew und anderer Dissidenten ist) immer mehr Systemkritik, ja Opposition. Das Wort hätte sich vor fünfzehn Jahren noch «unmöglich» ausgenommen, es sei denn, man hätte es auf ein paar «verrückte» Individuen bezogen und nicht auf eine gesellschaftliche Erscheinung. Heute ist die Opposition als Teil der sowjetischen Wirklichkeit nicht mehr zu übersehen.

An der Zahl ihrer Aktivisten gemessen (noch lange kein Promillesatz der Bevölkerung) ist sie klein. Aber sie hat viele Ausläufer, und sie schafft eine Randzone oppositioneller Stimmungslage, wo es früher nur Resignation gab.

Man kann drei Hauptströmungen unterscheiden, die einander übrigens nicht auszuschliessen brauchen:

● **Die demokratische Bewegung.** Sie versteht und erklärt sich heute immer mehr als menschenrechtlich und bürgerrechtlich. Ihre Gegnerschaft gilt, auf den kleinsten Nenner gebracht, der Diktatur, ihrem System und ihrem Alibi. Das Interesse an Fragen der Eigentumsordnung ist nicht gar so gross. Man überlässt es vorwiegend dem Westen, der noch an ideologische Kategorien glaubt. Der demokratischen Bewegung gehören (noch?) vorwiegend Angehörige der «Intelligenzia» an, unter ihnen fast alle im Westen namhaften «Dissidenten» (Sacharow, Grigorenko, Ginsburg).

● **Die nationale Opposition** unter den nichtrussischen Völkern. Sie ist besonders seit 1972 (als es zu Fällen offener Auflehnung und entsprechender Niederschlagung kam) virulent geworden und hat am ehesten eine Massenbasis. Protesteingaben an die Behörden haben im Baltikum bis zu zehntausend und mehr Unterschriften vereinigt. In Georgien ist es zu Sprengstoffanschlägen gegen Denkmäler usw. gekommen. In der Ukraine hat das Untergrund-Schrifttum besonders «nationalen» Charakter.

● **Die religiöse Opposition.** Sie umfasst einerseits grössere religiöse Gruppen als solche (die Evangelischen Christen-Baptisten, einen grossen Teil der Katholiken Litauens), und andererseits namentlich orthodoxe Priester und Gläubige, die sich von der eigenen staatsfrommen Kirchenführung unterscheiden. Zugehörig sind Vertreter aller Be-

völkerungsschichten. Hauptanliegen ist der Kampf gegen die Diskriminierung bis Verfolgung der aktiven Gläubigen; aber immer mehr werden Postulate der andern oppositionellen Strömungen ebenfalls aufgenommen (sehr deutlich in der «Chronik der Katholiken Litauens»).

*

Wie kann sich die Opposition manifestieren, da ihr (und dem Andersdenkenden überhaupt) die Medien des Landes doch verschlossen bleiben? Hauptträger ihrer Äusserungen ist der «Selbstverlag», der Samisdat. Man kopiert Texte mit möglichst vielen Durchschlägen und verteilt sie. Die neuen Bezüger machen das gleiche; Methode Kettenbrief. Daneben gibt es vermehrt direkte Kontaktaufnahme mit westlichen Korrespondenzen und Instanzen. Informationen und Stellungnahmen werden so nicht nur im Ausland bekannt, sondern via Rückstrahlung durch westliche Radiosendungen auch im Inland. Diese sind also ein wichtiges Instrument für unzensurierte Kommunikation innerhalb der UdSSR.

Im Samisdat-Schrifttum (etliche tausend Einzeltitle vom Protestbrief bis zum Buch) gibt es auch regelmässig «erscheinende» Periodika. Hauptquelle für Nachrichten über sowjetische Repressionen und den geistigen Widerstand dagegen ist die «Chronik der laufenden Ereignisse» seit 1968 (mit polizeilich verursachtem Unterbruch nach 1972).

*

Was tun die Machthaber dagegen? Sie behandeln Oppositionelle oder Dissidente letztlich meist mit Aussperren oder Einsperren. Die Landesverweisung, ein früher ganz unübliches Mittel, ist relativ häufig geworden; man wendet sie bevorzugt gegen Leute an, die einen gewissen Bekanntheitsgrad haben. Beim Einsperren ist die vielleicht perfideste Methode die Einweisung in eine psychiatrische Klinik. Breschnew hat dieses Vorgehen keineswegs erfunden, wohl aber systematisiert.

Aber bevor man die «Verleumder» oder «feindlichen Elemente» mit oder ohne Gerichtsurteil gefangensetzt, sucht man sie gewöhnlich durch eine regelmässig verstärkte Dosierung an Schikanen nachgiebig zu stimmen: Entlassung vom Arbeitsplatz, Entzug der Wohnung oder der Aufenthaltsbewilligung in der Stadt, Ueberfälle von polizeilich rekrutierten «Rowdies» gehören nebst Vorladungen zu «offenen Aussprachen» dazu. Dieser scheinbar nur kleinkarierte Terror ist angesichts der Alternativlosigkeiten des sowjetischen Lebens (der Staat ist Monopolzuweiser von Arbeit und Wohnung) durchaus ernstzunehmend.

Und um so ernster zu nehmen ist es deshalb, dass die Opposition trotzdem besteht.

Dass sie es tut, führen etliche sowjetische Oppositionelle selbst unter anderem auf Solidarität im Westen zurück. Ihre Dankbarkeit gegenüber dem Ist-Zustand braucht uns nicht an der Einsicht zu hindern, dass wohl noch mehr ein Soll-Zustand gemeint ist.

*

Neben der Opposition als bewusste Haltung gibt es *latente Unzufriedenheit*. In den letzten Jahren ist es im Baltikum zu Demonstrationen gekommen, die eindeutig politischen Charakter hatten. In der Ukraine gab es Unruhen aus fast zufälligen Anlässen; zur politischen Akzentuierung kam es dann später. Die Polizei- und Sicherheitskräfte konnten solche Ausbrüche isolieren. Noch? ■

ZEITBILD

erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-
(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Hanni Tarsis, Prof. Dr. Laszlo Revesz,
Dr. Ernest Schmidt, Dr. Max Keller,
Predislav Kuburovic, Ian Tickle, Saulo Herrero,
Dr. Chen Chien-jen

Korrespondenten

Oskar Angelus (Lund), Dr. Alphonse Max (Montevideo), Dr. Michael Stemmer (Tel Aviv), Valerij Tarsis (Bern)

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 6

Druck und Versand

Verbandsdruckerei AG Bern
Maulbeerstrasse 10, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information über internationale Entwicklungen

SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)
SOI-Bilanz (monatl. Kurzanalyse der internationalen Lage)
Informationsdienst (Uebersicht über die Presse kommunistischer Staaten)
Wirtschaftsdienst (Wirtschaftsentwicklung Osteuropas)
Freier Korrespondenz-Dienst (Artikel für die Presse Schweiz)
Swiss Press Review and News Report (Artikel für die Presse Asien und Afrika)
Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (Artikel für die Presse Afrika)
Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (Artikel für die Presse Lateinamerika)
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
Vortragsdienst
Buchhandlung (kostenlose Uebersicht: Das aktuelle Buch)
Verlag (Taschenbuchreihe Tatsachen und Meinungen)